Nr. 184. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 10. August 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Ein unüberbrückbarer Gegensatz?

Der „Zimmerer", das Organ des Zimmererverbandes, bringt in seiner Nummer 30 vom 28. Juli eine offizielle Erklärung, die als Beitrag zu dem Thema „Partei und Gewerkschaften" bemerkenswert ist. Es ist eine Veröffentlichung der Preßkommission des Zentralverbandes der Zimmerer, betitelt: „Erklärung betreffend die Polemik zwischen dem „Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands", dem „Vorwärts", und dem „Zimmerer."

Der Wortlaut ist folgender:

„Zwischen der Redaktion des „Zimmerer" und der unterzeichneten Kommission hat eine Aussprache über die Haltung unseres Fachorgans zu einem Teil der sozialdemokratischen Parteipresse stattgefunden. Die Unterlage dieser Aussprache bildete die nachstehende Redaktionserklärung:

„Die Redaktion des „Zimmerer" bedauert lebhaft und aufrichtig, daß zwischen einem sozialdemokratischen Gewerkschaftsorgan, wie der „Zimmerer" eins ist, und einem Teil der sozialdemokratischen Parteipresse, besonders dem „Vorwärts", eine Polemik geführt werden mußte, die nach außen den Anschein erwecken konnte, als handle es sich um einen regelrechten Kampf zwischen zwei feindlichen Parteien. Allein die Redaktion des „Zimmerer" lehnt die Verantwortung für diese Polemik entschieden ab. Die Ursache der Polemik bilden Bestrebungen einer Gruppe von Nurparteigenossen, die darauf abzielen, die Gewerkschaftsorganisation als solche in den politischen Klassenkampf zu bugsieren und dadurch die traditionelle Gewerkschaftstaktik illusorisch zu machen. Außerdem ist es die Art und Weise, wie besonders der „Vorwärts" die Bestrebungen jener Gruppe von Nurparteigenossen unterstützt und sie der Gewerkschaftspresse gegenüber vertritt. Die Haltung des „Vorwärts", die Art und Weise und der Ton seiner Journalistik müssen zu widerlichen Polemiken führen.

Die Ziele und Bestrebungen der deutschen Gewerkschaften vertragen sich nicht mit den angedeuteten Bestrebungen einer Gruppe von Nurparteigenossen. Der Zweck unseres Zentralverbandes ist: die Wahrung und Verbesserung der beruflich-wirtschaftlichen Lage der Zimmerer Deutschlands, und unser Zentralverband will dieses Ziel erreichen durch seine demokratische Organisation und eventuell durch den Kampf gegen die Kapitalisten und Arbeitgeber unseres Berufes. Das Verbandsorgan, der „Zimmerer" ist verpflichtet, diesen Verbandscharakter „mit der gehörigen Schärfe" zu vertreten bezw. diesen „unseren Standpunkt scharf hervorzukehren".

Bei dieser Sachlage sind Auseinandersetzungen von dem Zeitpunkt an unvermeidlich, wo die angedeuteten Bestrebungen einer Gruppe von Nurparteigenossen, die in einer Anzahl Parteiorgane rücksichtslos vertreten werden, anfangen, auf unseren Zentralverband schädigend einzuwirken. Dieser Zeitpunkt ist längst erreicht, die Propaganda für die angedeuteten Bestrebungen einer Gruppe von Nurparteigenossen wirkt längst lähmend und das gegenseitige Vertrauen untergrabend auf unseren Zentralverband ein.

Die Redaktion des „Zimmerer" ist sich bewußt, trotz alledem immer versucht zu haben, in ruhiger und sachlicher Weise den Charakter bezw. den Standpunkt des Zentralverbandes zu vertreten und alles zu meiden, was die Auseinandersetzungen abstoßend hätte machen können. Die Redaktion des „Zimmerer" ist jederzeit bereit, ihre diesbezügliche Tätigkeit einzustellen, wenn die Zentralinstanzen unseres Zentralverbandes das beschließen bezw. die Verantwortung für die Konsequenzen unserer Untätigkeit übernehmen."

An dieser Auffassung der Sachlage ist nichts auszusetzen. Es besteht tatsächlich ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen den Bestrebungen einer Gruppe von Nurparteigenossen, die in einem Teile der Parteipresse ihre Vertretung finden, und unseren Verbandsbestrebungen, welche unser Verbandsorgan selbstverständlich zu vertreten hat. Ein Ausgleich ist nur zu schaffen durch die Aufgabe der einen oder anderen Bestrebungen. Die unterzeichnete Kommission kann aber unsere Verbandsbestrebungen ebenso wenig aufgeben, wie die Redaktion des „Zimmerer" die Vertretung derselben nach innen und außen. Das kann vielmehr nur eine Generalversammlung unseres Verbandes.

Wir stellen ferner fest, daß zwischen unseren Verbandsbestrebungen und der offiziellen Auffassung der sozialdemokratischen Partei über den Zweck der Gewerkschaften ein Gegensatz nicht besteht. In einer Kundgebung des Parteivorstandes nach dem Parteitage in Jena wird in bezug auf die Haltung der Parteigenossen und der Parteipresse zu den Gewerkschaften ausgeführt:

„Die gewerkschaftlichen Organisationen, die die Aufgabe haben, die Lage der Arbeiterklasse auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung nach jeder Richtung hin zu heben und zu verbessern und andererseits ungehörige Zumutungen der Unternehmer an die Arbeiter zurückzuweisen, sind eine unbedingte Notwendigkeit in der bestehenden sozialen Ordnung.

Diese Organisationen erfüllen in um so vollkommenerem Maße ihren Zweck, je größer die Zahl der Arbeiter ist, die in einem bestimmten Berufe ihrer Gewerkschaftsorganisation angehören. Sind sämtliche in einem bestimmten Berufe vorhandenen Arbeiter in ihrer Gewerkschaft organisiert, so hat dieselbe das Ideal einer Gewerkschaftsorganisation erreicht.

Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, wie es in der vom Jenaer Parteitage über den politischen Massenstreik angenommenen Resolution heißt, für dessen Beruf eine Gewerkschaftsorganisation vorhanden ist oder gegründet werden kann, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen.

Das letztere ist selbstverständlich auch Aufgabe der Parteipresse, die dort, wo sie kritisch gegen Vorgänge in einer Gewerkschaft auftritt, nie vergessen möge, welche Aufgabe sie als Arbeiterpresse den Gewerkschaften gegenüber zu erfüllen hat."

Das ist auch unser Standpunkt und der Standpunkt der Redaktion des „Zimmerer".

Die Preßpolemik, welche sich an einen Artikel im „Zimmerer" Nr. 14 vom 7. April 1906 knüpfte, ist abgeschlossen; wir stellen fest, daß der „Zimmerer" in allen Fällen dann seine Verteidigung eingestellt hat, wenn Angriffe nicht mehr erfolgten. Wir haben die Ueberzeugung, daß solche bedauernswerte Polemik nicht wiederkehrt, wenn die Parteipresse sowohl wie auch die Gewerkschaftspresse die zitierte Kundgebung des Parteivorstandes, die mit unseren Verbandsbestrebungen harmoniert, sich zur Richtschnur ihrer Haltung nehmen."

Die Preßkommission des „Zimmerers" erklärt also die Redaktion des „Zimmerers" für gerechtfertigt und der „Vorwärts" wäre demnach der an den „widerlichen Polemiken" allein schuldige Teil. Wir wissen nicht, auf Grund welchen Materials die Preßkommission des „Zimmerers" ihren Urteilsspruch gefällt hat, ob sie alle beiderseitigen Aeußerungen, die in der Auseinandersetzung zwischen „Vorwärts" und „Zimmerer" getan worden sind, genau geprüft hat. Hat sie es getan, so ist ihre Erklärung noch weniger zu verstehen, als im anderen Falle. Denn das Urteil der Preßkommission des „Zimmerers" ist falsch. Wir werden das im einzelnen nachweisen.

Das Wichtigste zunächst. Die Redaktion des „Zimmerers" sagt:

„... Die Ursache der Polemik bilden Bestrebungen einer Gruppe von Nurparteigenossen, die darauf abzielen, **die Gewerkschaftsorganisation als solche in den politischen Klassenkampf zu bugsieren** und dadurch die **traditionelle Gewerkschaftstaktik illusorisch zu machen.** Außerdem ist es die Art und Weise, wie **besonders der „Vorwärts"** die Bestrebungen jener Gruppe von Nurparteigenossen unterstützt und sie der Gewerkschaftspresse gegenüber vertritt...!"

Und die Preßkommission sagt dazu:

„... Es besteht tatsächlich ein **unüberbrückbarer Gegensatz zwischen den Bestrebungen einer Gruppe von Nurparteigenossen,** die in einem Teile der Parteipresse ihre Vertretung **finden und unseren Verbandsbestrebungen, welche unser Verbandsorgan** selbstverständlich zu vertreten hat..."

Diese Anklage ist in allen Punkten haltlos. Es wird mit dem neugeschaffenen Begriff Nurparteigenossen operiert. Näher bestimmt wird er nicht, denn bei dem Nachsatz: „... die darauf abzielen, die Gewerkschaftsorganisation als solche in den politischen Klassenkampf zu bugsieren und dadurch die traditionelle Gewerkschaftstaktik illusorisch zu machen..." läßt sich das Verschiedenartigste denken. Was heißt: „die Gewerkschaftsorganisation als solche in den politischen Klassenkampf bugsieren"? Versteht der „Zimmerer" darunter die Bestrebungen, die Gewerkschaften von ihrer ablehnenden Stellung zum Massenstreik abzubringen oder sie zu größerer Förderung der Ansätze zur Arbeitsruhe am 1. Mai zu bewegen? Dann wird der Ausdruck „Nurparteigenossen" sinnlos, denn diese Bestrebungen sind in den Gewerkschaften selbst lebendig. Die Maifeier ist in eben demselben Maße eine gewerkschaftliche wie eine politische Demonstration und der politische Massenstreik kommt für Situationen in Frage, wo die Unterscheidung der Arbeiterbewegung in politische und gewerkschaftliche sich unter dem Drange der Notwendigkeit selbst aufhebt. Die Forderung aber, daß die Gewerkschaften sich allezeit bewußt bleiben sollen, daß sie ein Glied der allgemeinen Arbeiterbewegung sind und Pflichten gegen sie haben, daß sie ihre Mitglieder nicht in den Glauben einlullen sollen, mit der gewerkschaftlichen Betätigung sei alles getan und die Befreiung der Arbeiterschaft könne durch sie allein erreicht werden, daß sie in ihren Mitgliedern die Erkenntnis wecken sollen für die Notwendigkeit der völligen Beseitigung des Kapitalismus, für die Notwendigkeit der politischen Arbeiterbewegung, auch diese Forderung kann nicht das Merkmal der „Nurparteigenossen" sein und nicht als Versuch gedeutet werden, „die traditionelle Gewerkschaftstaktik illusorisch zu machen". Denn das ist „traditionelle Gewerkschaftstaktik" in Deutschland, die erst in neuerer Zeit durch die Vertreter der schärferen Neutralität illusorisch zu machen versucht worden ist.

Wer sind denn nun aber die „Nurparteigenossen" und was für schwarze Pläne verfolgen sie? Es gibt sie nicht in der deutschen Sozialdemokratie! Es gibt keine deutschen Sozialdemokraten, die den Gewerkschaften etwa die Existenzberechtigung absprächen und sie beseitigt sehen möchten oder die die Gewerkschaften ihrer Hauptaufgabe, dem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, entfremden und sie etwa lediglich zu Organen des politischen Kampfes machen möchten. Diese letztere Absicht hat ja der „Zimmerer" in der Polemik gegen uns auf Grund eines Artikels, den ein ungenannter Genosse vor etwa Jahresfrist in der Magdeburger „Volksstimme" — gegen die Redaktion der „Volksstimme" — veröffentlichte, fälschlicherweise dem „Vorwärts" und seinen „Hintermännern" unterstellt, weil der „Vorwärts" einen Teil dieses Artikels in einer Uebersicht über die Aeußerungen der Parteipresse zum Massenstreikthema — wiedergegeben hatte! Diese vom „Zimmerer" in eine Aeußerung des „Vorwärts" umgefälschte Ansicht eines ungenannten Genossen aus Magdeburg, der mit seiner Forderung nirgends Widerhall in der Partei gefunden hat, ist eine der festen Stützen der Legende des „Zimmerer" von den „Nurparteigenossen" und der Vertretung ihrer Bestrebungen durch den „Vorwärts".

Wir wiederholen: Es gibt keine deutschen Sozialdemokraten, die „Nurparteigenossen" sind. Gerade in den Kreisen der Partei, die der „Zimmerer" verdächtigt, wird den Gewerkschaften eine sehr hohe Bedeutung beigemessen für den Befreiungskampf des Proletariats, ist die Erkenntnis ihrer absoluten Unentbehrlichkeit stark und lebendig.

Der „unüberbrückbare Gegensatz", den der „Zimmerer" konstruiert, besteht nicht. diese Grundlage seiner Rechtfertigung ist ein Nichts, ein Phantom! Der Gegensatz, der in der Frage der Maifeier und des Massenstreiks besteht, ist kein unüberbrückbarer, wie die Tatsache zeigt, daß innerhalb der Gewerkschaften selbst die von uns in diesen Fragen vertretenen Bestrebungen verfolgt werden. Die Behauptung des „Zimmerers", daß Bestrebungen „einer Gruppe von Nurparteigenossen", die vom „Vorwärts" unterstützt werden, mit den Zielen der Gewerkschaften unverträglich seien und dagegen der „Zimmerer" losgehen mußte, ist ein ähnliches polemisches Kunststück, wie jenes, das der „Zimmerer" verübte, als er eine Reihe von Parteiblättern als „gewerkschaftsfeindlich" denunzierte, weil sie das Recht der Kritik an gewerkschaftlichen Vorgängen gebraucht hatten und nicht immer mit verschiedenen Gewerkschaftsführern derselben Meinung waren.

Und nun die andere Seite der Sache:

Wer die Erklärung der Preßkommission des „Zimmerers" liest, ohne die Polemik selbst zu kennen, der muß auf den Gedanken kommen, der „Zimmerer", der kein Wässerlein getrübt habe, sei vom bösen „Vorwärts" in einer Art und Weise und in einem Tone angegriffen worden, daß ohne Verschulden des „Zimmerer" eine widerliche Polemik entstehen mußte. Der friedfertige und wohlanständige „Zimmerer" aber hat allemal dann seine Verteidigung eingestellt, wenn Angriffe nicht mehr erfolgten.

Wie aber ist der tatsächliche Hergang?

Der „Zimmerer" greift einen Teil der Parteipresse an, indem er behauptet, sie sei gewerkschaftsfeindlich. Ein außerordentlich schwerer Vorwurf, dem durch Ausfälle auf „bürgerlich erzogene Berufsliteraten" und „theoretische Silbenstechereien" usw. vergiftete persönliche Spitzen angeschliffen wurden. Der „Vorwärts" im besonderen wurde wider die Wahrheit bezichtigt, er habe „die Gewerkschaften nur als Staffage für die Beamten" denunziert.

Es war wohl selbstverständlich, daß der „Vorwärts" diesen unbegründeten Angriff zurückweisen mußte. Er hat es, wie jeder, der die Notiz in der 1. Beilage der Nr. 85 nachschlagen wird — einen Abdruck dieser und der folgenden Notizen verbietet uns der beschränkte Raum —, bestätigen muß, in entschiedener, aber ruhiger und sachlicher Weise getan, ohne auch nur ein Wort zu gebrauchen, das außerhalb des Bereichs des „guten Tons" fiele.

Der „Zimmerer" antwortet auf diese Abwehr, indem er seine Behauptungen aufrecht erhält, sie verstärkt durch die Beschuldigung, daß durch den „Vorwärts" „ein geradezu gewerkschaftsfeindlicher Zug geht", und auf unsere Richtigstellung, daß der „Vorwärts" die Gewerkschaften nicht als Staffage für die Beamten denunziert, sondern sich anläßlich des Falles Nerhäuser dagegen gewendet hat, daß man sie dazu mache, u. a. erwiedert: „Wortspiel für Dumme! Der „Vorwärts" hat die niederträchtige Wortprägung in die Arbeiterwelt geworfen ...", worauf er uns belehrt, daß sie die Quertreiber in den Gewerkschaften um ein Schlagwort bereichert habe. Der „Vorwärts" habe es ihnen geprägt, ob mit oder ohne Absicht, komme weniger in Betracht, denn in der Politik gelte bekanntlich niemals die Absicht, sondern die Wirkung. „Wenn eine Absicht nicht bestanden hat, kann nur Mangel an proletarischem Empfinden es erklären, wenn jene Wirkung nicht vorausgesehen worden ist. Entschuldigen läßt sich die Taktlosigkeit nicht".

Der „Vorwärts" hat sich darauf erlaubt, die Antwort „klotzig" zu nennen und zu bemerken, daß er für Verdrehungen seiner Worte nicht verantwortlich sei, daß aber der Redakteur des „Zimmerers" in seiner auf dem Parteitage zu Jena behandelten Broschüre Wendungen gebraucht habe, die auch ohne Verdrehungskünste als gegen die politische Arbeiterbewegung gerichtet aufgefaßt werden konnten, ohne daß ihm übrigens die Absicht dazu unterstellt werden solle. „Aber wenn, wie der „Zimmerer" sagt, in der Politik niemals die Absicht, sondern die Wirkung gilt, dann hat er seinen eigenen Redakteur gerichtet".

Der „Zimmerer", ohne seinen Lesern zu sagen, was der „Vorwärts" geschrieben hat, entzog sich der weiteren Auseinandersetzung durch folgende Leistung:

„Der „Vorwärts" erwidert uns in seiner Nummer vom 21. April mit einer persönlichen Pöbelei. Damit ist die Auseinandersetzung mit ihm und die Klärung der Sachlage in diesem Falle erschöpft."

Der „Vorwärts" schloß dann die Auseinandersetzung mit der Bemerkung, daß diese Polemik unehrlich sei und daß er das Urteil den Lesern überlasse.

Noch viel schlimmer liegt die Sache für den „Zimmerer" im zweiten Falle.

Der „Zimmerer" polemisierte gegen den Genossen Kautsky anläßlich der Ausführungen, die dieser im „Vorwärts" zu der Beschuldigung der „Zeitschrift für Lithographen ꝛc." gegen die Genossin Luxemburg gemacht hatte und fälschte dabei die Aeußerung Kautskys von dem „bornierten Haß dieser Elemente gegen jede Form der Arbeiter-

bewegung, die sich ein höheres Ziel setzt als fünf Pfennig Stundenlohn", indem er hinter dem Wort „Elemente" in Klammern einfügte: „er meint damit die Leiter der Gewerkschaften insgesamt".

Im weiteren Verlauf des Artikels folgte die Unwahrheit;

„Seit dem Sturze der alten „Vorwärts"-Redaktion sitzt ein Genosse darin, der im Jahre 1905 eine längere Zeit die Redaktionsgeschäfte der „Einigkeit" (bekanntlich das gewerkschaftsfeindlichste Blatt in Deutschland) besorgt hat und zwar zu derselben Zeit, wo nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß die große Schlammflut gegen die freien Gewerkschaften von diesem Blatt ausging . . ."

Der „Vorwärts" nannte das eine skandalöse Unwahrheit, nagelte die Fälschung der Kautskyschen Ausführung an und forderte, wie ganz selbstverständlich, daß der „Zimmerer" den Namen des „Vorwärts"-Redakteurs angebe, dem er das obige nachgesagt hatte.

Der „Zimmerer" ging auf die Anklage der Fälschung der Kautskyschen Worte nicht ein, und beantwortete die Aufforderung, den Namen des „Vorwärts"-Redakteurs zu nennen, mit allerhand Winkelzügen, mit der Frage, ob kein jetziger Redakteur des „Vorwärts" für die „Einigkeit" geschrieben habe und den beleidigenden Schlußsätzen:

„Erst wenn der „Vorwärts" diese bestimmte Frage bestimmt verneint, dann werden wir mit der Sprache herauskommen. Bei dem Umgang mit Advokaten ist diese Methode zur Ermittelung der Wahrheit die einzige zum Ziele führende."

Dem „Vorwärts" riß angesichts dieser unqualifizierbaren Kampfesweise endlich die Geduld und, indem er feststellte, daß auch kein jetziger Redakteur des „Vorwärts" für die „Einigkeit" geschrieben habe, sagte er dem „Zimmerer", daß er lüge und nach der Methode des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie" kämpfe.

Der „Zimmerer" beklagte sich darob über den schlechten Ton des „Vorwärts", verweigerte aber mit einer verworrenen, unverständlichen Begründung die selbstverständliche Pflicht eines ehrlichen Blattes, den Namen des von ihm beschuldigten „Vorwärts"-Redakteurs zu nennen, nahm seine Behauptung aber auch nicht als falsch zurück.

Der „Vorwärts" nannte darauf, um den „Zimmerer" endlich zu zwingen, seine Behauptung zu beweisen oder zurückzunehmen, den Genossen Stadthagen als den beschuldigten Redakteur und erklärte in seinem Namen ausdrücklich, daß er „weder auch nur mittelbar die Redaktionsgeschäfte der „Einigkeit" besorgt hat, noch je an ihr mitgearbeitet hat". Gleichzeitig wies der „Vorwärts" nach, daß der „Zimmerer", um seine Behauptung von furchtbaren Plänen der Radikalen in der Partei gegen die Gewerkschaften zu stützen, ein in der Magdeburger „Volksstimme" gegen ihre Redaktion von einem ungenannten Genossen veröffentlichte Ausführung zum politischen Massenstreik fälschlich so serviert habe, als sei sie „von einem Genossen aus den höheren Regionen" im „Vorwärts" unter mindestens stillschweigender Billigung der „Vorwärts"-Redaktion erfolgt.

Das war die letzte Aeußerung des „Vorwärts" in dieser Polemik, denn als wir die Antwort des „Zimmerers" lasen, sahen wir ein, daß eine Fortführung zwecklos sei und nur die Leser anekeln werde. Jetzt aber müssen wir zur Rechtfertigung dieses Entschlusses das Wesentliche der Antwort des „Zimmerers" abdrucken. Sie lautete:

„Stadthagen bekennt sich als Verfasser der Parteinachrichten des „Vorwärts" (was falsch ist. Red. d. „Vorw."); er bestätigt die Richtigkeit unseres Zitats über den Zweck der Generalstreikspropaganda und gesteht, seinerzeit den „Vorwärts"-Artikel verfaßt zu haben, worin er Dr. Friedeberg wegen seines Anarchosozialismus verteidigt, ja geradezu umschmeichelt, und zugleich versucht, die Lokalisten hinter Friedeberg weg in die Zentralverbände zu bugsieren, um diese im Stadthagenschen Sinne zu reformieren. „Von A bis Z unwahr" bezeichnet hingegen Stadthagen, „daß er weder auch nur mittelbar die Redaktionsgeschäfte der „Einigkeit" besorgt hat, noch je an ihr mitgearbeitet hat." Schön! Nur muß sich Stadthagen diese seine Behauptung — daß er nie etwas mit der „Einigkeit" zu tun gehabt hat — noch von Dr. Friedeberg bestätigen lassen, dann sind wir in diesem einen Falle endlich auf dem Grunde des Lügensystems der Anarchos und ihrer Helfershelfer. Also Stadthagen, noch einen kleinen Schritt weiter!"

Die unumwundene Erklärung des Genossen Stadthagen wurde mit Verdächtigungen seiner Wahrheitsliebe beantwortet, der Nachweis der Falschmünzerpraktiken, die sich der „Zimmerer" mit der Aeußerung zum Generalstreik in der Magdeburger Volksstimme erlaubt hat, wird mit der famosen Erklärung abgetan: „. . . er bestätigt die Richtigkeit unseres Zitats über den Zweck der Generalstreikspropaganda . . .".

Vor so viel Unehrlichkeit haben wir schließlich die Waffen gestreckt.

Und nun kommt die Redaktion des „Zimmerers" und erklärt: „Die Haltung des „Vorwärts", die Art und Weise und der Ton seiner Journalistik müssen zu widerlichen Polemiken führen."

Und die Preßkommission des „Zimmerers" sagt: „Dagegen ist nichts einzuwenden. . . ."

Ja, es ist wahr, wir haben den guten Ton verletzt, wir haben von Unehrlichkeit, von Lüge, von Fälschung, von einer Methode, die die des Reichsverbandes ist, gesprochen. Aber den möchten wir sehen, der das, was der „Zimmerer" getan hat, anders nennen will, wenn er der ehrlichen deutschen Sprache nicht Gewalt antun will!

Der „Zimmerer" hat Anklagen erhoben, und auf die Aufforderung, zu beweisen oder zu widerrufen, mit neuen Verdächtigungen geantwortet. Das hat der „Vorwärts" nicht getan. Aber die Preßkommission bestätigt die Behauptung des „Zimmerers", daß der „Vorwärts" schuld ist an den widerlichen Polemiken mit einem: „Dagegen ist nichts einzuwenden!"

Es ist weit gekommen in der deutschen Arbeiterbewegung, wenn sich eine Preßkommission nicht scheut, das Verhalten des „Zimmerers" in diesen Auseinandersetzungen zu billigen!

Wir haben unseren Lesern nicht gern die traurige Sache in dieser Breite vorgeführt, nicht gern den Raum des Blattes dafür geopfert. Aber es war nötig, um ihnen einmal deutlich zu zeigen, wie von gewisser Seite gegen den „Vorwärts" gearbeitet wird.

Von einem unüberbrückbaren Gegensatze zwischen Nurparteigenossen und Gewerkschaftlern sprach die Redaktion des „Zimmerers" in ihrer Rechtfertigung. Er besteht nur in ihrer Phantasie. Wirklichkeit aber ist ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen ihrer Art der Polemik und der des „Vorwärts", ein Gegensatz, der andere unüberbrückbare Gegensätze gebären könnte, wenn die polemischen Sitten des „Zimmerers" in der Gewerkschaftspresse Billigung oder gar Nachfolge fänden. Daß es dazu nicht komme, erfordert das Interesse der Arbeiterbewegung, und auch deshalb war diese längere Darlegung nötig.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. August.

Der Rattenkönig der Tippelskirch-Gründungen.

Die „Germania" leuchtet heute in einem Artikel wieder etwas tiefer in die Geheimnisse der außerordentlich vielseitigen Gründungen der Herren Tippelskirch, Podbielski, Bumiller usw. hinein. Der Artikel beweist, welch geriebene Geschäftsleute die Teilhaber der famosen Kolonialfirma waren, wie sie ihr Lieferungsmonopol nach allen Erdteilen auszudehnen strebten und überall dabei waren, wo es an der Kolonialpolitik etwas zu verdienen gab. Die „Germania" schreibt:

„Die geschäftlichen Beziehungen der Firma Tippelskirch u. Co. zum Reiche legen es nahe, die Geschichte dieser ungemein rasch aufblühenden Gesellschaft kurz zu betrachten. Die Lieferungen für die Schutztruppe hatte bis zum Jahre 1895 das „Warenhaus für Armee und Marine", das sich zu diesem Zwecke eine eigene Exportabteilung beilegte; die Leitung dieser Abteilung war Herrn Tippelskirch anvertraut. Am 1. April 1895 schied dieser aus seiner Stellung aus und gründete in Verbindung mit dem Rittergutsbesitzer und jetzigen Staatsminister Viktor v. Podbielski die Gesellschaft Tippelskirch u. Co., diese neue Firma hat die Exportabteilung des Warenhauses für Armee und Marine käuflich übernommen und setzte diesen Geschäftszweig für eigene Rechnung fort; sie erhielt auch sofort im Mai 1896 einen fünfjährigen Lieferungsvertrag für die Schutztruppen. Herr v. Podbielski, der damals sehr regsame Teilhaber der Firma, war zu dieser Zeit einfacher Reichstagsabgeordneter; er wurde erst am 25. Juni 1897 zum Staatssekretär des Reichspostamtes ernannt und legte infolgedessen am 2. Juli sein Mandat nieder. Im Herbst des genannten Jahres ist er auch für seine Person aus der Gesellschaft Tippelskirch u. Co. ausgeschieden, ohne aber sein reges Interesse für das Blühen dieses Unternehmens zu verbergen: er hat ja persönlich im letzten Winter noch Abgeordnete eingeladen, das Geschäft seines Freundes Tippelskirch (also auch seiner Frau, der Frau v. Podbielski) zu besichtigen.

Im Herbst 1899 hat die Firma in Swakopmund in Deutsch-Südafrika eine Zweigniederlassung gegründet und zu derselben Zeit auch ihren Wirkungskreis auf Kiautschou ausgedehnt, indem sie sich als Gesellschafterin an dem Unternehmen „Kiautschougesellschaft G. m. b. H." beteiligte. Seit einiger Zeit aber sind sämtliche Betriebe dieser mit einem Kapital von 300 000 Mark ausgerüsteten Gesellschaft im Besitze der Firma Tippelskirch u. Co. Die Kiautschougesellschaft ist somit nichts anderes als eine Filiale dieser Firma. Für die Filiale in Swakopmund ist im Februar 1901 die Firma „v. Tippelskirch u. Co." mit dem Sitz in Berlin angenommen und in diese Gesellschaft (300 000 Mark Kapital) das seitherige Filialgeschäft daselbst zum Werte von 29 000 Mark aufgenommen worden. Gesellschafter dieser Firma sind die Firma Tippelskirch u. Co. in Berlin mit einer Einlage von 290 000 Mark und der Kaufmann Arnold Schad in Berlin mit 10 000 Mark. Diese Gesellschaft in Swakopmund hat sich zur Aufgabe gesetzt, Lebensmittel, Kleidungsstücke, Waffen, Munition, Kohlen, Maschinen, Papierwaren und ähnliche Gegenstände, die im dortigen Schutzgebiete gebraucht werden, einzuführen, dagegen aus diesem Gebiete Felle, Straußenfedern, Gummi und andere Landesprodukte auszuführen, ferner Konzessionen zur Ausnutzung von Land und Minen zu erwerben. Das Geschäft der Einfuhr blüht; inwieweit die Gesellschaft Konzessionen erhalten hat oder bei anderen Konzessionsgesellschaften beteiligt ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

Selbstverständlich hatte die Firma zur Ausführung dieser vielen Unternehmungen nicht immer genügend eigene Mittel, weshalb sie wiederholt stille Teilhaber hinzuzog, die inzwischen teilweise wieder zurückgetreten sind. Im Jahre 1902 wurde als stiller Teilhaber der in der Kolonialabteilung beschäftigte (!!) Legationsrat Dr. Bumiller gewonnen, der 100 000 M. in das Geschäft gesteckt hat.

Die Firma Tippelskirch hatte aber in dem letzten Vertrag mit der Kolonialabteilung auch die Verpflichtung übernehmen müssen, gewisse Artikel im eigenen Betrieb herzustellen; die winzig kleine „Fabrik" in der Usedomstraße reichte nicht aus, und es ist ja allgemein bekannt, daß eine ganze Anzahl anderer Firmen für Tippelskirch lieferte, daß dieser nur der Makler war, der in einigen Fällen bis zu 70 Proz. und mehr Zuschlag nahm! Aber man wußte ja nicht, ob sich auf die Dauer die geeigneten Personen zur Fortsetzung dieses Geschäftes finden würden und ging deshalb an die Erbauung einer eigenen Fabrik, die jetzt dem Reiche um 2 200 000 M. angeboten worden ist; natürlich furchtbar teuer. Jedoch nicht die Firma v. Tippelskirch kaufte die hierfür erforderlichen Grundstücke Lehrterstraße 16—19 und errichtete die Fabrik, sondern die „Immobilien-Syndikatgesellschaft m. b. H." An dieser ist Herr v. Tippelskirch mit 50 000 Mark beteiligt; zu den Mitgliedern dieses Syndikates zählten unter anderem auch der Minister v. Podbielski, Herr Reichelt, ein Gesellschafter der Firma Tippelskirch und andere mehr. Herr Reichelt war früher (wie Herr v. Tippelskirch selbst) auch Angestellter im Warenhaus für Armee und Marine, und hat heute wie Herr v. Tippelskirch ein ziemlich bedeutendes Vermögen, das er nicht als Angestellter sich ersparen konnte. Dabei ist die Firma v. Tippelskirch noch Agent der Wörmann-Linie, auch der Deutsch-Ostafrika-Linie. Diese Beziehungen der beiden kolonialen Hauptinteressenten sind auch beachtenswert."

Die „Germania" fordert zum Schlusse die bestimmte Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat sich der damals aktive Legationsrat Bumiller mit Erlaubnis der Kolonialabteilung an einem Unternehmen beteiligt, das von dieser Behörde so bevorzugt worden ist? Dr. Bumiller hat sich nach eigenen Mitteilungen mit insgesamt $1^1/_2$ Millionen an den kolonialen Unternehmungen beteiligt. 2. Wer hat dem verhafteten Major Fischer die fehlenden 93 000 Mark gepumpt, wenn es richtig ist, daß dieser 110 000 Mark Schulden hat? Ist es Herr Reichelt, Herr Podbielski, sind es andere Teilhaber der Gesellschaft Tippelskirch, vielleicht mehrere gewesen? Sind es Mitglieder des Immobiliensyndikats oder wer sonst?

Mit der Beantwortung dieser Fragen werden es die Beteiligten nicht allzu eilig haben! —

Das Koalitionsrecht der Landarbeiter.

Auch für die katholischen Agrarier des Westens ist das Koalitionsrecht der Landarbeiter der schrecklichste der Schrecken. Im weiteren Verlaufe ihrer Auseinandersetzung mit dem Zentrumsabgeordneten Giesberts geht die in Köln erscheinende katholisch-agrarische „Rheinische Volksstimme" in einer Weise zu Werke, als ob es den zentrümlichen Gewerkschaftsführern mit der Verwirklichung des Koalitionsrechtes der ländlichen Arbeiter wirklich ernst wäre. Das Blatt sollte doch wissen, daß den Herren Giesberts und Genossen das Interesse der Zentrumspartei in erster und zweiter Linie steht und daß das Arbeiterinteresse dann noch lange nicht kommt. Wenn es nach den Reden dieser Demagogen einmal anders scheint, so ist das eben nur Theorie. In der Praxis haben diese Arbeiterführer, insbesondere gerade Herr Giesberts, noch stets bewiesen, daß ihnen das Parteiinteresse obenan steht, und daß sie diesem zu Liebe zu jeder Zeit bereit sind, die Sache der Arbeiter dem Agrariertum zu opfern. Hat doch Herr Giesberts den seinerzeit in Köln versammelten Zentrumsbauern versichert, daß die katholischen Arbeiter die Zollerhöhungen gerne tragen würden; war er doch mit August Brust vornan, als es galt, den zollgegnerischen Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes zu strangulieren; hat er doch bei der Wahl in Essen a. d. Ruhr erklärt, daß er garnicht daran denke, die Landarbeiter so bald zu organisieren, und hat er doch im Reichstag stramm agrarisch gestimmt und bei der Fleischnotinterpellation den Mund nicht aufgetan. Dieser Arbeiterführer mit dem zerbrochenen Rückgrat wird auch in Zukunft den Agrariern nicht zu nahe treten.

Die „Rheinische Volksstimme" fürchtet auch, die „christliche" Gewerkschaftsbewegung könne eines Tages den Führern über den Kopf wachsen, und sie greift diese Verbände an, weil sie ihren ursprünglichen Zweck (!!), ein „Schutzdamm gegen die Sozialdemokratie" zu sein, außer acht ließen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung habe sich „durch das wüste demagogische Treiben ihrer Führer nach und nach immer mehr Sympathien verscherzt, insbesondere auch von Geistlichen, die ursprünglich ihre wärmsten Freunde waren"; denn aus der Bewegung (wohlgemerkt: der christlich-zentrümlichen Gewerkschaftsbewegung! Red. d. „Vorw.") „weht nicht mehr der Geist des Friedens, sondern des Hasses und der Zwietracht". Und schließlich meint das katholische Bauernblatt, anknüpfend an einen Bericht über angebliche Ausschreitungen russischer, in der Nähe Berlins beschäftigter Landarbeiter: Solchen „Phrasendreschern und Sprüchreißern", die angesichts solcher Vorkommnisse noch das Koalitionsrecht der Landarbeiter fordern, gehöre „von Staatswegen das Handwerk gelegt"; andernfalls würden „das die Bauern selbst besorgen, wenn diese Apostel — unter dem Vorgeben, das Licht der Aufklärung zu bringen — die Brandfackel des Aufruhrs aufs Land hinaustragen wollen."

So sieht die klerikal-agrarische Sozialpolitik bei Licht besehen aus, und so redet ein Blatt, dessen Macher und Leser ausschließlich dem „arbeiterfreundlichen" Zentrum angehören. —

* * *

Deutsches Reich.

Die Kolonial-Spritztour der Wörmann-Gäste.

Ueber die genasführten Kolonialfexe, die sich seinerzeit auf Kosten der Wörmann-Linie eine „Studienreise" nach Kamerun und Togo leisteten, ergießt jetzt die „Freisinnige Zeitung" ihren Spott. Diese Leutchen, die sich eingebildet hatten, in 14 Tagen tiefgründige Kolonialstudien machen und als Koloniallenner im Reichstag paradieren zu können, seien niemals so gründlich eingeseift worden, wie durch den famosen Jesko v. Puttkamer.

Die tollste Leistung dieser eingeseiften Afrikaner sei das Buch „Togo und Kamerun" gewesen, das ein ungenannter Teilnehmer der Tropenspritztour veröffentlicht habe. Habe dieser Abgeordnete doch behauptet, daß Kamerun niemals einen besseren Gouverneur gehabt habe, als den „tollen Jesko". In dem Buche heiße es:

„Möglich, daß der unbewußte Zauber seiner Persönlichkeit mit dem liebenswürdigen Sichgehenlassen, mit der heiteren Freude am Lebensgenuß, mit den verbindlichen Formen das Urteil derjenigen beeinflußt, die ihn persönlich kennen gelernt haben. Aber wahrscheinlich auch, daß ein Mann, der sich seines eigenen Könnens bewußt ist, den ich mit seiner reichen Kolonialerfahrung bereitwilligst an die Spitze der Kraftgestalten stelle, wie wir sie in Kamerun unter Pflanzern und Kaufleuten vorgefunden haben, auch eher Gegenstand der Anfeindungen ist, als eine weichere Natur. Mir persönlich gefällt ein Mann, der wie dieser nachts um 2 Uhr nach einem Tage voller Anstrengungen, die unser Besuch ihm brachte, nach einem Mahle und nach einer sogenannten schweren Sitzung noch so glänzend die Kolonie und ihre Verhältnisse zu schildern versteht, mit so durchdringendem Blick auch die Schwächen der Verwaltung erkennt und sie so freimütig darlegt, wie Herr v. Puttkamer es mir gegenüber in nächtlicher Stille getan hat. Charakteristisch erscheint mir für ihn die Antwort, die er auf die Frage eines der Unsrigen gab, was er uns sehen lassen wollte. Sie lautete: „Die Wahrheit, nur die Wahrheit! . . .

Unsäglich komisch berührt es, wenn der Anonymus mit wirklich rührender Bescheidenheit in der Einleitung seines Buches versichert:

„Das ganze war doch glühend interessant, eine Zeit, in der man nicht nur gelebt, sondern vieles erlebt hat, und in der wir alle mit einer Intensivität unsre Kenntnisse bereichert und unsere Urteilsfähigkeit geschärft haben, wie sie auch dem Abgeordneten, der lernen muß, in Kürze das Wesentliche zu erfassen, gewiß nur selten zuteil wird."

Der Verfasser dieses Buches habe sich zu seinem Glück in den Mantel der Anonymität gehüllt, denn wenn das Publikum wüßte, wer der von dem trinkfesten Herrn v. Puttkamer so glänzend hineingelegte Abgeordnete sei, so wäre sein Name gewiß für alle Zeiten blamiert.

Nun, wir wollen dem sicher neugierigen Publikum verraten, wer der Abgeordnete war, der beim Sekt in mitternächtiger Stunde seine „Kenntnisse" mit solcher „Intensivität" bereicherte. Es war kein anderer als der nationalliberale Abgeordnete Dr. Semler!

Die „Freis. Ztg." möchten wir aber daran erinnern, daß auch einige ihrer Partei nahestehende Herren die Spritztour mitgemacht und sich durch kaum geringeren Kolonialenthusiasmus blamiert haben, als Herr Semler! —

Puttkamerruner Kaisersgeburtstagsfeiern.

Die „Freis. Ztg." erzählt allerlei pikante Geschichtchen über Puttkamerruner Kaisersgeburtstagsfeiern. In Kamerun wie in allen deutschen Kolonien sei es Sitte, daß der Geburtstag des Kaisers besonders feierlich begangen werde. Für den Gouverneur bestehe sogar die direkte Verpflichtung, eine besondere Feier zu veranstalten, da die Höhe seiner Aufwandsentschädigung unter Berücksichtigung der ihm durch die Feier entstehenden Kosten bemessen sei. Jesko v. Puttkamer habe sich aber offenbar derartig als Herrenmensch gefühlt, daß er stets am 27. Januar eine Reise ins Innere, in den „Busch" angetreten habe, um nicht mit den Unterbeamten zusammen sein zu müssen. Im Jahre 1901 habe nun der frühere Leutnant, jetzige Regierungsrat v. Brauchitsch der stellvertretende Arrangeur der Kaisergeburtstagsfeier sein sollen. Aber auch er habe es vorgezogen, nach dem Vorbild Jeskos in den „Busch" zu verreisen. So seien denn dem Richter Diehl die Repräsentationspflichten zugefallen. Durch die Drückebergerei der beiden obersten Beamten seien nun aber die zuziehenden Festteilnehmer derart verschnupft worden, daß nicht nur die gesamte Kaufmannschaft, sondern auch die gesamte Beamtenschaft die Einladung abgelehnt habe! Dem unglückseligen Herrn Diehl sei nichts anderes übrig geblieben, als bei den untergeordneten Beamten einen regelrechten Bittgang anzutreten, um die Feier nicht ganz ins Wasser fallen zu lassen. Noch in letzter Stunde am 27. Januar begab er sich zum Bureauvorstand Schubkegel und bat ihn, doch zu dem Festessen zu kommen und auch die Kollegen zu bewegen, ihre Absage rückgängig zu machen. Herr Schubkegel ließ sich durch die dringenden Bitten seines Vorgesetzten erweichen und versprach, selbst zu erscheinen

sowie auch auf die Kollegen in demselben Sinne einzuwirken. Die Gelegenheit hierfür war günstig. Denn als der Bureauvorstand die Kollegen aufsuchte, befanden sie sich sämtlich beim Postmeister, wo sie privatim die Feier des Geburtstages des Kaisers begingen. Eine Festbowle verbreitete hier unter den Herren eine versöhnliche Stimmung, und so sagten auch sie ihr Erscheinen zu. Damit konnte nun das offizielle Festessen, zwar in Abwesenheit der gesamten Kaufmannschaft, aber doch unter Teilnahme der Missionsvorstände und der Beamten stattfinden. Die Feier verlief auch in diesem beschränkten Umfange nicht einmal würdig, denn **unter dem Einfluß der vorher genossenen Getränke führten einige Beamte überaus peinliche Szenen herbei**, die, so schreibt die „Freisinnige Zeitung.", uns in ihren Einzelheiten geschildert worden sind, die wir aber im Interesse des gesamten Beamtenkörpers lieber verschweigen wollen. Jedenfalls aber wurden sie in der Kolonien selbst lebhaft besprochen.

Ob man nach solchen Vorkommnissen wohl die offiziellen Kaisergeburtstagsfeiern in den Kolonien einstellt und das dafür ausgeworfene Geld lieber spart?! —

Der deutsche Fleischerverbandstag, der in Königsberg i. Pr. tagte, hat gestern zur Frage der Fleischeinfuhr und der Vieheinfuhr Stellung genommen. Bezüglich der Fleischeinfuhr hat er folgende Mindestforderungen erhoben:

1. Die Einführung des Deklarationszwanges für ausländisches Schmalz und Speisefett und solche Ware, zu deren Fabrikation solches Verwendung findet; 2. das Verbot der Einfuhr von Faßfleisch; 3. das Verbot der Verwendung ausländischen Büchsenfleisches für Heer und Marine und auf den Seeschiffen.

Bezüglich der Vieheinfuhr fordert der Verband:

1. Zulassung des dänischen Rindviehs unter denselben Bedingungen wie des österreichischen (Abschaffung der Quarantäne und Tuberkulinprobe); 2. Zulassung der Rindvieheinfuhr aus Holland; 3. Zulassung eines Schweinekontingents: a) aus Frankreich für die Städte Straßburg, Metz und Hagenau, b) aus Holland für die Schlachthofstädte in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Köln und Aachen, c) aus Dänemark für die Schlachthofstädte an der Nord- und Ostseeküste.

Der Fleischertag begründete die Forderungen damit, daß an ein Zurückgehen der Rinder-, Kälber- und Hammelpreise kaum überhaupt mehr und an einen Preisnachlaß für Schweine nicht eher zu denken ist, bis die Regierung die Vieheinfuhr in erweitertem Maße aus leistungsfähigen Ländern gestattet, denn die deutschen Schweinebestände sind durch Ueberzüchtung und falsche Haltungsweise derart degeneriert und seuchenempfänglich, daß sie aus sich heraus kaum mehr gesunden. Die deutsche Rinderzucht ist — obgleich sie den Anforderungen des Milch- und Fleischmarktes nicht zu genügen vermag — so forciert, daß bei schwächeren Futtererernten die größten Kalamitäten zu erwarten sind.

Wilhelm II. in Essen.

Das offiziöse Telegraphenbureau meldet unterm 9. aus Essen: Der Kaiser besichtigte die Werke Rheinhausen auf das eingehendste unter Führung des Direktors Gillhausen. Der Kaiser beehrte dabei eine Reihe von Arbeitern durch Ansprachen und fuhr darauf im Automobil durch die Arbeiterkolonien und wurde hier allenthalben von den Arbeitern und deren Familien auf das allerherzlichste begrüßt. Der Kaiser hörte heute den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts Lucanus. Der Kaiser hat ihrer Exzellenz Frau Krupp den Wilhelmsorden verliehen.

Von dem sonst üblichen Enthusiasmus und der überschwänglichen Begeisterung weis das W. T. B. in diesem Falle nichts zu melden. Die bestellten und angeordneten Ovationen in den Werkskolonien müssen demnach ziemlich kühl ausgefallen sein. Daß Wilhelm II. sich nicht außerhalb der Kolonien der Bevölkerung zeigte, ist nach den Erfahrungen gut zu verstehen. Bei seinem letzten Dortsein war die Aufnahme schon sehr reserviert. Auch kennt man ja die Antwort der Essener Arbeiter auf die Aufforderung zum Tischtuchzerschneiden. Die bis dahin ein bescheidenes Dasein führende proletarische Bewegung schwoll, fast über Nacht, zu einer gewaltigen Welle an. Bei den nachfolgenden Wahlen stieg unsere Stimmenzahl auf das Doppelte, auf das Drei-, das Vierfache. Ja, die „Elenden" waren sogar so eifrig, daß sie nun bereits den Bau eines eigenen großen Hauses mit eigener Druckerei, Restaurationsräumen und Versammlungssälen in Angriff nehmen konnten. Und dieses Wahrzeichen unermüdlichen Tischtuchzerschneidens errichten sie im Zentrum der Stadt, ziemlich nahe der Stelle, von der Wilhelm II. seine Rede hielt. —

„Sozialer" Marine-Fiskalismus.

Die Arbeiterentlassungen „wegen Mangels an Arbeit" scheinen schon gar nicht mehr von der Tagesordnung der Danziger kaiserlichen Werft zu verschwinden. Am 21. Juli wurde bereits wieder zirka 30 meist älteren Arbeitern mit durchgängig über fünfjähriger Dienstzeit gekündigt! Die Gekündigten gehören meist zum Schiffbau-, zum Teil auch zum Maschinenbau-Ressort. Kaum hatten diese Proletarier vom Musterstaat der vorzüglichsten Sozialreform die Anwartschaft auf das Straßenpflaster erhalten, als am 25. Juli schon wieder neue Kündigungen im Siffbauressort erfolgten.

Angesichts dieser, schon das ganze Jahr 1906 grassierenden Kündigungsepidemie weiß man schon gar nicht mehr, was man eigentlich sagen soll. Die Flottenvorlage von 1900, die nach der Erweiterung von 1905 das deutsche Volk zugunsten hochprozentiger Marinelieferanten mit der Riesenausgabe von rund fünf Milliarden Mark belastet, sollte doch nach den Prophezeiungen der „sozialliberalen" Danziger Wadelstrümpfler eine soziale Tat erster Größe sein. Sie sollte die Zukunft der Werft- und Staatsarbeiter bis zum Jahre 1917 unbedingt sichern und ihnen hochlohnende und feste Arbeit garantieren. Kaum ist nun das erste Drittel dieser marinistischen Glanzperiode vorüber und bereits noch eine weitere und für stattliche Reihe von Steuermillionen in den Ozean und die nimmersatten Geldschränke der Flotteninteressenten versenkt, als der letzte kümmerliche Rest von Flottengläubigkeit bei den Staatsarbeitern schon wieder durch die Entlassungen vernichtet wird, indem der Marinefiskus rücksichtslos einer weiteren Reihe ihrer Kollegen die Existenz zerstört. Die staatlichen Werftarbeiter fühlen sich durch dieses Vorgehen um so mehr vor den Kopf gestoßen, als auf der kaiserlichen Werft unlängst tatsächlich ein Neubau in Angriff genommen ist. Dazu lärmt die wasserfüchtige Lokalpresse noch recht häufig von der Vergrößerung der Staatswerft und den daraus für die Arbeiter erwachsenden Vorteilen.

Die gesamte kapitalistische Lokalpresse schweigt nun aber den kläglichen Bankerott des „sozialen" Flottenschwindels fortgesetzt tot. Früher suchte wenigstens noch die Mommsensche „Danziger Zeitung" die marinierten freisinnigen Wahlügen unverfroren dadurch zu retten, daß sie die Entlassungsmitteilungen unseres Königsberger Parteiblattes sehr von oben herab schulmeisternd als unwahr oder mindestens übertrieben zu entstellen versuchte. Dann fiel auch gelegentlich noch eine Krokodilsträne über das traurige Schicksal der von den sozialliberalen „Volksbeglückern" so schmählich genarrten Arbeiter. Seit längerer Zeit hat das auchliberale Kommerzienratsreptil seine schäbige offiziöse Vertuschungsmache aber ganz eingestellt. Jetzt begnügen sich die betrübten wasserfüchtigen Lohgerber damit, nur noch schweigend zu bestätigen, wie frivol sie die Danziger Arbeiterschaft bei den Reichstagswahlen belogen und über den Löffel barbiert haben. Mag die flottenfüchtige Lokalpresse so viel sie will den so rauh aus allen Zukunftshoffnungen gestürzten Arbeitern durch Totschweigen ihre unsägliche Verachtung beweisen. Ehrlicher ist das wenigstens, als die frühere heuchlerische und bewußte Agitationslüge, daß die flottenfeindliche Sozialdemokratie das Schicksal der um Brot und Lohn Gebrachten auf dem Gewissen habe. Wir aber werden, der kapitalistischen Preßphalanx der Lüge und Vertuschung zum Trotz niemals aufhören, der Oeffentlichkeit die krassen „arbeiterfreundlichen" Folgen der glorreichen Hurra- und Gondelpolitik wahrheitsgemäß zur Kenntnis zu bringen./ Bei den nächsten Wahlen werden wir dann ja sehen, ob die prozentpatriotischen Marinegaukler dann noch den traurigen Mut haben werden, den genarrten Arbeitern wieder Seifenblasen vorzuzaubern.

Sozialdemokraten als Muster-Abgeordnete. Ein bayerisches Zentrumsblatt sagt über die Sozialdemokraten im bayerischen Landtage:

„Am besten organisiert zeigten sich auch bei dieser Gelegenheit wie überhaupt im ganzen Jahre die Herren Genossen auf der äußersten Linken. Bei ihnen herrscht stramme Arbeitsteilung; da wird vorher genau geregelt, wer spricht und worüber. . . . Beim Zentrum dagegen . . . herrscht volle Anarchie. Wo jedermann seitens einer großen Partei eine großzügige Rede erwartet, erhebt sich eine meterbuckelbreite Persönlichkeit und fragt, ob an irgend einer Schiene seiner Lokalbahn nicht ein Nagel verkehrt eingeschlagen sei, und glaubt damit das Vaterland gerettet zu haben." Das heißt also zu Deutsch: Die Sozialdemokraten wissen was sie wollen, das Zentrum dagegen als Partei, die angeblich allen recht tun und nirgends anstoßen will, treibt Kirchturmspolitik und vertrödelt dabei die kostbare Zeit im Parlament.

Dieses Geständnis des Zentrumsblattes legen wir in unsere Mappe für die kommenden Wahlen! —

Neuwahlen zum Gemeinderat in Mülhausen.

Aus dem Reichslande schreibt man uns vom 8. August: Im Gemeinderat der oberelsässischen Industriemetropole Mülhausen haben seit 1902 unsere Genossen die Mehrheit, die noch in den folgenden Ersatzwahlen verstärkt worden ist. Der Sieg über die bislang vorherrschenden Klerikalen wurde zuerst errungen durch ein demokratisch-sozialistisches Kompromiß, aber im Laufe der Jahre wandten sich die Demokraten immer mehr nach rechts, so daß in der letzten Zeit eine heftige Gegnerschaft zwischen den früheren Verbündeten bestand. Es wurde sogar von demokratischer Seite beabsichtigt, durch Massendemissionen Erneuerungswahlen zu provozieren, aber ein neuerdings stattgefundener Beleidigungsprozeß gegen unser Parteiblatt, die „Mülhauser Volkszeitung", aus dem der Führer der Demokraten als unfairer Bodenspekulationsgeschäfte überführt hervorging, setzte die Hoffnungen der Demokraten beträchtlich herab, so daß sie ihre Absicht aufgaben. Dagegen suchten sie auf alle Fälle ziemlich offiziell Anschluß bei den Klerikalen für die nächsten Wahlen. Nun hat das Ausscheiden eines sozialdemokratischen Mitgliedes die Ersatzwahlen nötig gemacht, in die unsere Partei mit den besten Aussichten auf Erfolg geht. Die Wahlen werden ein Prüfstein dafür sein, ob die Bevölkerung mit der Tätigkeit des sozialdemokratischen Gemeinderates einverstanden ist. —

Der Gesundheitszustand der südwestafrikanischen Truppen.

Berlin, 9. August. Amtliche Meldung. Nach den aus Südwestafrika eingetroffenen Meldungen hat sich der Krankenstand in der Schutztruppe bedeutend verringert. Der Höchstbestand in diesem Jahre war im Monat Mai mit insgesamt 1388 Kranken zu verzeichnen. Hiervon entfielen auf Verwundete 39, Typhus 176, Malaria 67, anderweitige Krankheiten 1106.

Anfangs August betrug der Gesamtkrankenstand nur noch 889, also 499 Kranke weniger. Von der Gesamtsumme entfielen auf Verwundete 21, auf Typhus nur noch 91, auf Malaria 18, auf andere Krankheiten 759. Die vorstehenden Zahlen sprechen wohl beredt für die Tatsache, daß trotz der großen Verpflegungsschwierigkeiten alle Anstrengungen gemacht werden, um den Gesundheitszustand der Truppe zu heben.

Zwar ist auch im vorigen Jahre Ende Juli und Anfang August eine Verringerung des Krankenstandes zutage getreten, aber in erheblich geringerem Maße wie in diesem Jahre, der Unterschied betrug nur 196 Kranke.

Im Norden des Schutzgebietes ist der Gesundheitszustand dank der besseren Verbindungen und des besseren Verpflegungsnachschubes ein recht guter. Im Süden dagegen leidet er unter der mangelhaften Verpflegung und Unterbringung sowie der schwierigen Nachfuhr an Bekleidung und Wäsche, da die jetzige Beschaffenheit des Baiweges, trotz äußerster Anstrengung, noch eben erlaubt, das Allernotwendigste den Truppen zuzuführen. —

Die Abnahme der Erkrankungen erklärt sich einfach daraus, daß nach dem Erlöschen des Herero-Aufstandes die Truppen im Norden der Kolonien keine Parforcemärsche mehr zu machen haben und schon deshalb regelmäßiger mit Proviant versorgt werden können. Bei der geringen Zahl der wirklich zum Frontdienst gegen die handvoll Hottentotten verwendeten Truppen — kaum 10 Proz. der Gesamtzahl — ist die Krankenziffer noch immer erheblich genug! —

Klerikale Volksaufklärung.

Die „Tägl. Rdsch." liefert einen hübschen Beitrag zu der Art, wie die Zentrumspresse auf die Volksseele erzieherisch einzuwirken sucht. In dem katholischen „Volksboten", der dem bekannten Zentrumsführer Wacker nahesteht, stand folgende erbauliche Geschichte zu lesen: Unter der Spitzmarke „Ein Strafgericht Gottes" läßt das Blatt einen altbayrischen Pater Fritsch von einem „schlechten Katholiken" erzählen, der, anstatt in die Kirche zu gehen, die Religion verhöhnte und im Wirtshause katholische Zeremonien nachahmte. Eines Nachmittags lag er infolge einer kleinen Unpäßlichkeit auf dem Bette. „Die Wirtsfrau", so heißt es dann wörtlich weiter, „hört plötzlich stark klopfen. Sie geht ins Zimmer hinauf und fragt ihn, ob ihm etwas Besonderes fehle. „Nein," war die Antwort, „aber siehst Du nicht dort die zwei schwarzen Neger zu den Füßen des Bettes? Schaffet doch diese Neger fort, sie wollen mich aus dem Bett ziehen!" Die Wirtin, entsetzt über das, was ihr der Mann sagte, da sie gar nichts sehen konnte, flieht sogleich aus dem Zimmer und läuft zu zwei Männern hinunter, die eben im Gastzimmer beim Glase saßen, und bittet sie, sofort hinauf zu gehen. Sie gehen sogleich, doch wie groß war ihre Ueberraschung! Sie finden den Mann außer dem Bette, auf einem Stuhle sitzend, die Brust entblößt und ganz schwarz: er war tot. Es war damals der allgemeine Glaube im Volk, daß der als Religionsspötter bekannte vom Teufel geholt sei." Also geschehen in Preston in Nordamerika im Spätherbst 1847! Und also zu lesen in einem deutschen Zentrumsblatte im Jahre 1906!

„Renitente" Soldaten.

Die Militärjustiz muß Exempel statuieren. Es werden Opfer geschaffen, Opfer, die zur Warnung dienen sollen allen denen, die es sich jemals einfallen lassen sollten, wider den Stachel der heiligen Disziplin zu lecken. Bedingungslosen Gehorsam zu üben soll die vornehmste Tugend des deutschen Soldaten sein. Was braucht sich die Militärjustiz darum zu kümmern, daß es auch Menschen gibt, deren ganzes Wesen sich dagegen aufbäumt, sich wie ein mechanisches willenloses Werkzeug behandeln zu lassen. Alles wird schematisiert, das Militär-Strafgesetzbuch kennt keine Ausnahme, mit der Individualität des einzelnen wird nicht gerechnet.

So mag es auch kommen, daß Soldaten, die im bürgerlichen Leben als ordentliche, tüchtige Menschen gelten, die aber Rückgrat genug besitzen, sich nicht bedingungslos unter „den Befehl" eines beliebigen Mitmenschen zu beugen, beim Militär als besonders „renitente" Soldaten angesehen werden.

Am Mittwoch stand vor dem Kriegsgericht der 38. Division in Erfurt der Musketier Walter Weigand. Er diente bei der 6. Kompagnie des 95. Infanterie-Regiments in Hildburghausen und mag einer der oben geschilderten Charaktere sein. Das „schöne" Soldatenleben mag ihm wenig behagt haben, denn wegen Fahnenflucht ist er bereits mit 9 Monaten Gefängnis vorbestraft. Diese drakonische Strafe hat aber nicht vermocht, ihn zu „bessern". Als er wieder in die Truppe eingereiht war, erhielt eines Tages seine Korporalschaft andere Mäntel. Bei der Verteilung hat der Unteroffizier dem Angeklagten — nach dessen Meinung — den schlechtesten Mantel herausgesucht. Zum Appell sollte der Mantel in vorschriftsmäßigen Zustand versetzt werden. Das tat der Angeklagte nicht. Auf die Frage des Unteroffiziers, warum er es unterlassen habe, antwortete er: „An dem Mantel mache ich nichts. Ich bin doch kein dummer Junge mehr. Ich weiß, was ich zu tun habe".

Dieses Renkonter gab dem Soldaten denn auch Veranlassung, sich am nächsten Tage wieder von der Truppe zu entfernen, aber schon nach wenigen Stunden wurde er von ausgeschickten Patrouillen zurück und in Haft gebracht.

In der Verhandlung gibt der Angeklagte die Tatsachen zu, will aber immer noch nicht einsehen, daß er diese Worte nicht habe brauchen dürfen. Und das gibt dem Vertreter der Anklage Veranlassung, für den „ganz besonders renitenten" Soldaten eine exemplarische Strafe zu beantragen. Für solche bockbeinigen Soldaten — so führte er aus — dürfe es einen Milderungsgrund nicht geben. Die wenigen Worte: „Ich weiß, was ich zu tun habe", werden als eine Drohung (!) aufgefaßt und nach den famosen Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches ist ja schon das Drohen mit einer berechtigten Beschwerde als die Androhung eines Uebels zu betrachten. Doch hören wir weiter, was der Vertreter der Anklage sagt:

„Das Recht, seinem Unteroffizier zu entgegnen, steht dem Soldaten nicht zu, darf ihm nicht zustehen. Nur durch eine ganz energische Strafe kann dem Manne gezeigt werden, wie er sich als Soldat zu benehmen hat. Dazu ist ja das Militärstrafgesetzbuch da, daß die darin angesetzten Strafen bockbeinige Soldaten belehren."

Das Gericht schloß sich den Ausführungen und dem Antrag des Anklagevertreters an und verurteilte den Angeklagten zu **sechs Monaten Gefängnis.**

Dieses Urteil und besonders die Ausführungen des Anklagevertreters fordern die Kritik mehr denn je heraus. In verstärktem Maße wird man im Reichstage die Beseitigung der grausamen Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches fordern müssen, solange nicht überhaupt mit dem ganzen starren System der besonderen militärischen Gerichtsbarkeit und des Militarismus überhaupt endgültig gebrochen wird.

Ausland.

Oesterreich.

Wenn Fürsten reisen. Aus Marienbad wird vom 9. August gemeldet: 60 Geheimpolizisten sind anläßlich der bevorstehenden Anwesenheit König Eduards eingetroffen. Die vom Könige dortselbst zu beziehenden Zimmer stehen bereits seit vierzehn Tagen bereit. Der König wird sich während seiner Anwesenheit in Marienbad ausschließlich dem Automobilsport widmen. —

Schweiz.

Das Verbot der Demonstration hat auf die Züricher Arbeiterschaft ungemein aufreizend gewirkt. Zum Montagabend waren 52 Versammlungen nach den verschiedenen Gegenden der Stadt einberufen. Die Arbeiter kamen zu Tausenden und es wurde die Parole ausgegeben: Zum Protest nach dem Velodrom. Von allen Seiten setzten sich die Abteilungen in Bewegung. Das Velodrom war bald gefüllt, aber immer noch strömten neue Tausende herbei, so daß es nötig wurde, neben der Versammlung in der Halle noch 2 Versammlungen im Freien abzuhalten. Wohl 8—9000 Menschen nahmen an der Veranstaltung teil. Genosse Greulich erklärte: Wir haben das Recht zu einem Demonstrationszug und wenn wir ihn ausführen wollen, so werden wir ein andermal die Polizei nicht fragen. Am Schluß der Versammlung wurde eine Demonstration durch die Straßen beschlossen und auch alsbald ausgeführt. Sie begann um ½10 Uhr nachts am Velodrom und bewegte sich zu Selnau hinüber, dann zum See, an der Tonhalle vorbei, die Bahnhofstraße hinunter und am Limmatquai hinauf. Da die Polizei sich nicht einmischte, so sind Zwischenfälle nicht vorgekommen.

Frankreich.

Demission des Kabinetts? Aus Paris wurde gemeldet, daß Sarrien zurücktreten will. Die Nachricht wurde dementiert. Trotz des Dementis über den bevorstehenden Rücktritt Sarriens hält die „Agence Fournier" ihre Meldung aufrecht. Sarrien habe zu verschiedenen Freunden diese Absicht geäußert. Mit dem Rücktritt Sarriens werde das gesamte Ministerium zurücktreten. Sarrien sei von seinen Freunden beschworen worden, diese Absicht aufzugeben. —

Nachklang zur Dreyfus-Affäre. Dem Pariser „Matin" zufolge wurde im letzten Ministerrat auch die Frage eines Vorgehens gegen die beiden Offiziere Lauth und Rollin erörtert. Angeblich wurde beschlossen, beide ihres Postens zu entheben, was jedoch erst gegen Ende dieses Jahres erfolgen soll.

Bulgarien.

Der griechisch-bulgarische Konflikt. Aus Sofia wird vom 7. August gemeldet: Das Regierungsblatt „Now Wjek" bespricht das Meeting gegen die Griechen und hebt die dramatische Lage der Regierung hervor, sich einer tiefwurzelnden antigriechischen Bewegung entgegenstellen zu müssen. Die Großmächte sollten wirksame Maßnahmen gegen das griechische Bandenunwesen treffen, damit sie nicht auf neue Tatsachen stoßen, die geeignet seien, eine unerwartete Wendung in der Balkanfrage herbeizuführen. (Frkf. Ztg.)

Türkei.

Saloniki, 9. August. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Vorgestern abend ist hier der bulgarische Arzt Nikolow aus Bodena, der sich in Begleitung des Dragomans der bulgarischen Handelsagentur befand, auf der Straße von hinten angeschossen und schwer verwundet worden; die Täter, vermutlich Griechen, sind entkommen. Das Attentat dürfte ein Racheakt sein für die kürzliche Ermordung des griechischen Arztes in Köprülü.

Saloniki, 9. August. Eine starke griechische Bande unter Führung Akritas tötete im Dorfe Kalen-Kaza bei Perlepe 11 bulgarische Bauern und brannte 84 Häuser nieder. (Frkf. Ztg.)

Amerika.

Der amerikanisch-japanische Zwischenfall.

Aus Washington wird vom 9. August gemeldet: Im Verlaufe seiner gestrigen Unterredung mit dem japanischen Geschäftsträger hielt der stellvertretende Staatssekretär Bacon zwar die Behauptung aufrecht, daß die Tötung der fünf japanischen Fischer auf den Aleuteninseln zu rechtfertigen sei, kündigte aber gleichzeitig an, die Vereinigten Staaten würden aller Wahrscheinlichkeit nach Japan ihr Bedauern über den Vorfall aussprechen. Was die festgenommenen Japaner betreffe, so werde dafür gesorgt, daß dieselben bald vor Gericht kommen.

Der Arbeiterbund in der Politik.

Als Samuel Gompers, der Präsident der American Federation of Labor, mit vielem Pathos ankündigte, daß die organisierten Arbeiter nicht länger stillschweigend dulden werden, daß ihre Wünsche in der Gesetzgebung des Landes nicht die gebührende Berücksichtigung finden, wurde er vielfach mißverstanden. Man glaubte, daß der Arbeiterbund, der wenigstens über 1 500 000 Wahlstimmen verfügt, eine neue Partei bilden und selbständig in der politischen Arena auftreten werde. Die englischen Arbeiter hatten ihren amerikanischen Brüdern ein vortreffliches Beispiel gegeben und eine eigene Partei ins Parlament gesandt. Dasselbe, so glaubten viele, beabsichtige Gompers. Bisher hatten die organisierten Arbeiter in Amerika sich bald auf die republikanische, bald auf die demokratische Partei verlassen und waren von beiden verraten worden; bisher galt die Taktik, den „besten Mann" zu wählen, aber er mußte immer ein Demokrat oder ein Republikaner sein. Sah man sich betrogen und getäuscht, so hieß es, das nächste Mal müssen wir „bessere Männer" wählen. — An Vertreter

aus den eigenen Reihen, an Arbeiterabgeordnete, die den Auftrag bekommen, bestimmte Arbeiterinteressen zu vertreten, dachte man nicht; von solchen wollte man nichts wissen. „Keine Politik in den Gewerkschaften", so hieß es überall.

Das alles schien jetzt anders werden zu sollen. So energisch und ernstlich wie diesmal hatte Gompers noch nie mit seiner Macht gedroht. Aber er beeilte sich bald, zu erklären, daß nur eine Fortsetzung der alten Taktik beabsichtigt war. Man wollte die Kandidaten einem Examen unterwerfen; sie sollten sich verpflichten, für einzelne Arbeiterforderungen einzutreten. So werden jetzt die Kandidaten für den Kongreß gefragt, ob sie für ein Achtstundengesetz und gegen die richterlichen Einhaltsbefehle (die bei Streiks und Boykotts häufig zur Anwendung kommen) eintreten wollen. Bei einer Weigerung sollen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegen den Kandidaten stimmen. Es handelt sich hier wieder um Republikaner und Demokraten, denn alle anderen Parteien werden als aussichtslos nicht in Betracht genommen. Nur im Notfall will der Arbeiterbund eigene Kandidaten aufstellen, die er dann durchzubringen hofft. — So haben die Führer es beabsichtigt, aber die Massen sind vielfach geneigt, eigene Wege zu gehen. Man wird in vielen Städten Arbeiterkandidaten aufstellen und da, wo unsere Partei einflußreich genug ist, wird man die sozialistischen Kandidaten unterstützen. Das englische Beispiel hat ansteckend gewirkt und die größte Aufmerksamkeit in weiten Arbeiterkreisen erregt. Das wenig wirkungsvolle Auftreten Gompers wird bald Unzufriedenheit erregen. Haben die einzelnen selbständig vorgehenden Arbeiterorganisationen in verschiedenen großen Städten Erfolge bei der Wahl am 6. November, so werden bald andere große Massen nachdrängen, nach gleichen Erfolgen streben und die zaghaften und vorsichtigen Führer beiseite schieben. In dieser Bewegung bleibt natürlich die sozialistische Partei der zielbewußt und sicher auftretende Teil, der zum Kern der allgemeinen Arbeiterbewegung werden wird, und die großen Massen erst darüber aufzuklären hat, daß sich die Bewegung gegen den Kapitalismus als größten Feind richten muß. —

Gewerkschaftliches.

Tarifvertrag und Nichtorganisierte.

Das Einigungsamt für das Baugewerbe in Essen (Ruhr) hat in seiner jüngsten Sitzung den außerordentlich wichtigen Beschluß gefaßt, daß der zwischen dem Arbeitgeberbunde und den verschiedenen Organisationen abgeschlossene Tarifvertrag grundsätzlich für jeden Arbeiter Gültigkeit habe, der bei einem Arbeitgeber, welcher als Mitglied dem Arbeitgeberverbande angehört, Beschäftigung annimmt. Diese Entscheidung wurde auf Antrag des Vorsitzenden, Herrn Beigeordneten Dr. Wiedfeldt, getroffen.

Daß die Ansicht des Herrn Beigeordneten auch von anderen Autoritäten geteilt wird, dürfte ein Urteil des Gewerbegerichts Hannover beweisen, das in einem ähnlich liegenden Falle das gleiche Urteil gefällt hat. Zwischen dem Arbeitgeberverbande einer gewissen Branche und der Gehülfenorganisation war nach vorausgegangener heftiger Lohnbewegung, also genau wie in Essen, ein Tarifvertrag vereinbart worden, welcher unter Umständen eine Kündigung ausschloß. Ohne einen gesetzlichen Grund zur Kündigung zu haben, kündigte der Arbeitgeber und bemerkte seinem Gehülfen, daß er noch am Abende des Kündigungstages seine Arbeit einzustellen habe. Der Kläger war nun der Meinung, daß die gesetzlichen Bestimmungen auf das Dienstverhältnis Anwendung finden, so daß ihm also nur mit Frist von 14 Tagen gekündigt werden durfte, weil etwas anderes nicht ausgemacht worden ist. Der Tarifvertrag gehe ihn nichts an und könne gegen ihn nicht geltend gemacht werden, denn er gehöre der Gehülfenorganisation nicht an, sondern stehe außerhalb derselben.

Das Gericht hat die Klage abgewiesen, indem es davon ausging, daß der zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossene Tarifvertrag ohne weiteres für jeden Gehülfen Gültigkeit hat, der bei einem Arbeitgeber Beschäftigung annimmt, welcher Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist. Vorausgesetzt ist hierbei natürlich, daß eine vom Tarifvertrage abweichende Vereinbarung nicht getroffen wurde. Deshalb konnte sich im vorliegenden Falle der Kläger nicht auf die gesetzlichen Bestimmungen berufen, da solche durch den Tarifvertrag außer Kraft gesetzt worden sind. Die zu einer Organisation zusammengeschlossenen Gehülfen des betreffenden Faches handelten, indem sie einen Tarifvertrag schlossen, gewissermaßen als Vertreter aller Berufsgenossen, die gegenwärtig oder später, innerhalb oder außerhalb des Verbandes stehend, Arbeit an dem Orte, für welchen der Tarif gilt, suchen würden.

Dieser Urteilsspruch ist von so großer Wichtigkeit, daß wir nicht verfehlen möchten, solchen ebenso wie die Entscheidung des Essener Einigungsamtes den zahlreichen, im Baugewerbe Beschäftigten, zur Kenntnis zu bringen. Ueber den praktischen Wert der Urteile kann man zweierlei Ansicht sein, da die Arbeiterorganisationen es jedenfalls nicht als ihre Aufgabe betrachten, durch die von ihrer Leitung geschlossenen Tarifverträge auch die sogen. Unorganisierten zu schützen, also Leute, die sich nicht entschließen können, einige Mark jährliche Beiträge zu entrichten.

Berlin und Umgegend.

In der Nernst- und Glühlampenabteilung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Sickingenstraße, haben am Donnerstag früh 14 Angestellte, 10 männliche und 4 weibliche, die Arbeit niedergelegt. In dem Laboratorium dieser Abteilung waren die Angestellten mit dem Kochen von Fluß-, Schwefel- und Salzsäure beschäftigt, eine Arbeit, die durch die entwickelten Dämpfe auf die Gesundheit einen sehr schädlichen Einfluß ausübt. Außerdem werden die Kleider dabei ruiniert und die Haut verbrannt, wenn die Säure umherspritzt, was sehr leicht vorkommt. Wiederholt haben sich die Arbeiter beschwert und um Gummiröcke gebeten, wie auch um Holzpantoffel, denn sie müssen immer auf einem feuchten Platze arbeiten. Auf die Beschwerde erhielten Meister und Vorarbeiter die gewünschte Schutzkleidung, aber um die übrigen Arbeiter kümmerte man sich nicht. Diese gerieten darüber in große Erregung und sandten eine Kommission ab, um mit der Direktion Rücksprache zu nehmen, aber sie wurden abschlägig beschieden und man sagte ihnen, daß „jeder gehen könne, dem es nicht paßt". Darauf legten die 14 Angestellten die Arbeit nieder. Sie streiken nicht etwa! Nein, sie sind froh, aufhören zu können und wollen sich andere Arbeit suchen, aber sie warnen zugleich andere Arbeiter, dort ihre Gesundheit nicht aufs Spiel zu setzen. Außerdem sei bekannt gemacht, daß sehr schlechte Löhne dort gezahlt werden. Die Männer erhalten 33—35 Pf. und die Frauen 23—25 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden und Ueberstunden werden fast täglich verlangt, oft zwei bis drei Stunden den Tag. Die Arbeiter sind der Ansicht, daß dem Direktor Rathenau die Uebelstände in jener Abteilung nicht bekannt sind, ja sie glauben, daß die Unterdirektion Herrn Rathenau diese Mißstände verheimlicht, denn es ist sehr aufgefallen, daß bei einem Besuch des Herrn Rathenau in der Fabrik stets schnelle Order gegeben wurde, die Arbeit im Laboratorium ruhen zu lassen. Die Arbeiter sahen darin immer das Zeichen eines schlechten Gewissens.

Die Kutscher, Schaffner und Bodenarbeiter der Berliner Paketfahrtgesellschaft Starke haben, veranlaßt durch das rigorose Vorgehen der Direktion, am Donnerstag früh **die Arbeit einmütig niedergelegt.** Nur die sogenannten Oberschaffner, welche ausschließlich im Innendienst beschäftigt werden und einen höheren Lohn beziehen, haben sich an dem Ausstand nicht beteiligt. Noch am Mittwochvormittag ist der Direktion seitens der Leitung des Handels- und Transportarbeiterverbandes der in Sachen der Lohnforderung und der damit verbundenen Verhandlung gefaßte Beschluß der Angestellten zugestellt worden, mit dem Ersuchen, ihren diesbezüglichen Bescheid bis Donnerstag den 9. zu geben. Obwohl nun die Direktion den Bevollmächtigten Werner am Mittwochabend telephonisch zu einer Verhandlung am Freitagvormittag eingeladen hat, hat sich dieselbe noch am Mittwoch unter sich dahin geeinigt, den Lohn für sämtliche Gehaltsklassen um 5 M. pro Monat zu erhöhen. Am Donnerstagmorgen wurde den Angestellten bekanntgegeben, daß ihnen im Laufe des Tages ein Revers betreffend die vorgenannten Zugeständnisse zur Unterschrift vorgelegt werde. Wer seine Unterschrift verweigert, d. h., wer nicht damit zufrieden ist, der sei gekündigt resp. er werde entlassen. Da somit eine Verhandlung der Kommission mit der Direktion ausgeschlossen war, worauf die Leute immer noch gerechnet hatten, um zu ihrem Rechte zu gelangen, erklärten sich alle kurzerhand solidarisch und legten die Arbeit nieder. In eine seitens der Arbeiterkommission im Laufe des Vormittags nachgesuchte Verhandlung wollte die Direktion nur unter der Bedingung einwilligen, daß die Ausständigen vorher geschlossen die Arbeit wieder aufnähmen. Darauf ist die Kommission selbstverständlich nicht eingegangen. Der Geist der Streikenden ist ein guter. Leider haben auch in diesem Falle die Kontoristen, „Proletarier mit Stehkragen und Zylinderhut", sich wieder als Streikbrecher verwenden lassen. Auch haben einige Lohnfuhrwerksbesitzer (u. a. Witte aus der Ackerstraße), Gespanne gestellt. Da zurzeit die Konjunktur eine äußerst gute ist, so daß beispielsweise in den letzten Tagen wegen des Reiseverkehrs bis in die tiefe Nacht hinein gearbeitet werden mußte, ist die Direktion auch nicht im entferntesten in der Lage, den Betrieb mit fremden Leuten aufrecht erhalten zu können.

Natürlich hat sofort wieder unsere liebwerte Polizei sich in diese private Auseinandersetzung zwischen Unternehmer und Arbeitern eingemischt. Von der Brandenburg- bis zur Prinzenstraße stehen zahlreiche Schutzmannsposten, und in der Nähe des Gebäudes der Paketfahrtgesellschaft in der Ritterstraße ist den Passanten kein Verweilen gestattet. Mancher schaut sich nur ein wenig neugierig um, — er möchte wissen, ob eine Hennigjagd dort im Gange ist, weil so viele Schutzleute mit ernsten und wichtigen Mienen auf Posten stehen, aber auch die Neugierde ist nicht erlaubt. „Weitergehen!" heißt es. Die Arbeitswilligen müssen vor jeder Belästigung geschützt werden! Es sind freilich sehr wenige, die von der Gesellschaft bewogen werden konnten, die Rolle der Arbeitswilligen zu übernehmen, und die Streikenden sehen ihrem Siege mit Zuversicht entgegen.

In der Galanteriewarenfabrik von Golembiefski u. Lamperts, Markgrafenstr. 13, haben sämtliche Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt.

Die Ortsverwaltung des Portefeuiller-Verbandes.
Zahlstelle Berlin.

Entgegnung. In Nr. 183 des „Vorwärts" berichtet Herr Batschke, Gothenstr. 40, daß er seine Bewilligung nicht zurückgezogen und sich vergebens um einen Gehülfen bemüht habe. Demgegenüber erklären wir: Es ist uns nicht bekannt, daß Herr Batschke von uns einen Gehülfen verlangt hat. Nachdem schon mehrmals die anerkannten Bedingungen nicht mehr erfüllt wurden, fragten wir schriftlich an, ob wir dieses als Zurückziehung seiner gegebenen Bewilligung betrachten sollen. Eine Antwort haben wir nicht erhalten. Wohl meldete sich hierauf ein Gehülfe zur Aufnahme, welcher bei Herrn Batschke in Arbeit getreten war; dieses wurde aus hier nicht näher zu bezeichnenden Gründen abgelehnt. Das Plakat wurde daraufhin eingezogen. Die Sperre bleibt mithin bestehen.

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands.

Deutsches Reich.

Aufruf an die deutschen Bergarbeiter!

Am 1. Juli d. J. brach durch die Provokation der belgischen Kohlenbarone im Kohlenrevier **Huinet, Provinz Hainaut (Belgien)** ein Streik aus, und sandte Caluevaert, Vorsitzender der belgischen Bergarbeiterorganisation, folgenden Brief an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der ins Deutsche übersetzt also lautet:

Roux Hainaut (Belgien), den 6. August 1906.

Mein lieber Freund Sachse,

Deputierter, Bochum!

Nach dem 1. Juli brach in dem Bergwerksbezirk Huinet in der Provinz Hainaut in Belgien ein Streik aus. Der Streik wurde von den Unternehmern provoziert. Das hiesige Kohlen-Syndikat hat sich die letzte Zeit sehr ausgebreitet und seinen Mitgliederstand vermehrt. Nun versuchten die Herren unsere Organisation zu vernichten und kündigten den Kameraden, meistens natürlich Komiteemitgliedern (Vertrauensleute) unserer Organisation, so auf 25 Schächten. Daraufhin trat der Streik am 1. Juli ein. Zur Vermittelung ist das Conseil prud hommes (Gewerbegericht, Arbeiterkammer) angerufen, doch ist die Untersuchung noch nicht beendigt. Die Direktionen der Kohlenbergwerke sandten nun in alle Teile Belgiens Agenten, um Arbeiter anzuwerben und uns niederzuknüppeln. Diese versprechen den Bergarbeitern Löhne von 8 und 9 Fr. den Tag, sie erzählen sogar, daß 12—13 Fr. zu verdienen seien. Es gelang ihnen auch, von Pas de Calais Revier (Frankreich) Leute zu bekommen, die sich aber mit uns verbündeten. Unglücklicherweise ist dies nicht der Fall mit einem Dutzend westfälischer Bergarbeiter, die am 5. August in Charleroi ankamen und, von Gendarmen begleitet, die Arbeit aufnahmen. Hier geht das Gerücht um, und es ist zu glauben, daß noch 50 westfälische Bergleute schon unterwegs seien. Auch sollen Agenten abgereist sein, um noch 650 westfälische Bergarbeiter hierher zu lotsen.

Ich hoffe, mein lieber Freund Sachse, daß Ihr alle Anstrengungen macht, die westfälischen Bergleute zu warnen, hierher zu kommen und uns in den Rücken zu fallen. Ich erinnere Euch an den Brief, den Ihr uns während des Ruhrbergarbeiterstreiks sandtet, wo Ihr uns auf Euren Streik aufmerksam machtet, und auf unser Antwortschreiben, wo wir Euch der internationalen Solidarität versicherten. Wir haben damals auch alles getan, die belgischen Kameraden vom Ruhrgebiet fernzuhalten; mögen unsere deutschen Brüder auch jetzt ihre Solidarität beweisen und von hier sich fern halten.

Mit brüderlichem Gruß!

Caluevaert.

Bergarbeiter, zeigt Eueren belgischen Kameraden, daß auch Ihr Solidarität übt und gebt den belgischen Werbern, die Euch zum Streikbruch verlocken wollen, die richtige Antwort, auf daß sie das Wiederkommen vergessen. Die Löhne in Belgien sind miserabel und nicht allein die Verachtung der belgischen Kameraden würde die treffen, die sich zum Streikbruch verleiten lassen, sondern auch Not und Elend würde eine solche Verräterei lohnen.

Zeigt Euch als international gesinnte Arbeiter, bleibt von Belgien fern!

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

Streikbewegungen in Lothringen.

Straßburg, den 8. August. (Eig. Ber.) In den Salinen von Dieuze, der durch den Fall des bayrischen Leutnants Mühe bekannt gewordenen „kleinen Garnison", ist schon vor einiger Zeit ein umfassender Streik ausgebrochen, der noch immer kein Ende gefunden hat. Nunmehr sind auch in der in Saaralben gelegenen Niederlassung der deutschen Solway-Werke 700 Arbeiter in den Ausstand getreten, weil die Lohnforderungen mit Maßregelungen beantwortet worden sind. Uebrigens verteilte diese Firma in nicht einmal neun Jahren die Kleinigkeit von 60 Millionen Mark Dividenden!

In Metz sind 850 Maurer in den Streik getreten. Sie hatten vor kurzem folgende Forderungen eingereicht: Abschluß eines zweijährigen Tarifvertrages, Erhöhung des Stundenlohnes auf 52 Pf., besondere Bezahlung von Nacht- und Ueberstundenarbeit, zehnstündigen Arbeitstag. Die Unternehmer lehnten diese Forderungen ab, erklärten sich aber bereit, durch Vermittelung des hiesigen Fachvereins der Maurer, der aber nur einen kleinen Teil der Maurer zu Mitgliedern zählte, mit den Maurern zu verhandeln. Dieses Anerbieten wurde abgelehnt und der Streik beschlossen. Die Arbeit ruht fast auf allen Baustellen. Die Situation ist günstig.

Ausland.

Allgemeine Kriegserklärung der dänischen Unternehmer.

Die dänische Arbeitgebervereinigung hat wieder einmal eine allgemeine Aussperrung angekündigt, und zwar von einem Umfang, der die Massenaussperrung von 1899 noch in dem Maße übertreffen würde, wie die Gewerkschaften inzwischen an Mitgliedern zugenommen haben. Die Veranlassung dazu gab ihnen die Aussperrung in der Pianoindustrie. Wird dieser Konflikt nicht bis zum 18. August in für die Arbeitgeber befriedigender Weise beendet, so sollen vom selben Tage an alle bei Mitgliedern der Arbeitgebervereinigung tätigen organisierten Tischler und Bautischler ausgesperrt werden. Führt das nicht zu dem gewünschten Erfolg, dann soll die Aussperrung am 1. September auf sämtliche bei Mitgliedern der Vereinigung tätigen organisierten Arbeiter ausgedehnt werden. Dieses hat die Generalversammlung der Arbeitgebervereinigung am 7. August beschlossen, und zwar, wie durch Rihaus Bureau bekannt gegeben wurde, mit 155 Stimmen ohne Gegenstimmen. Wird die Aussperrung wirklich in vollem Umfange durchgeführt, so kann sie sich auf ungefähr 80 000 Arbeiter erstrecken.

Der Konflikt in der Pianoindustrie ist von den Arbeitgebern selbst in höchst leichtfertiger Weise hervorgerufen worden. Die Aussperrung in dieser Industrie wurde am 5. April d. J. durchgeführt, weil die Arbeiter des Fabrikanten Hindsberg streikten, um ihn zur Innehaltung eines mit ihm abgeschlossenen Tarifvertrags zu zwingen. Hindsberg war damals nicht Mitglied der Unternehmerorganisation, so daß diese eigentlich nicht im mindesten irgend welche Verpflichtung hatte, dem tarifbrüchigen Fabrikanten beizustehen, geschweige denn sich gar zu einer die Arbeiter aller Berufe umfassenden Aussperrung zu entschließen.

Allgemeine Aussperrungen anzudrohen ist übrigens dem dänischen Unternehmertum in letzter Zeit zu einer Gewohnheit geworden, die sie bei jeder auch noch so geringfügigen Gelegenheit anzuwenden pflegen, offenbar, um auch die kleinste Lohnerhöhung in irgend einem Betriebe oder Berufe zu hintertreiben und womöglich die ganze Kraft der Arbeiterorganisation lahm zu legen. Es wird wohl einmal wieder eines großen Kampfes bedürfen, um den Uebermut der Unternehmer zu dämpfen und ihren ewigen Friedensstörungen ein Ende zu machen.

Zur Aussperrung der Weber in Verviers. Der Bürgermeister Millendorff hat an den Verband der Weber und zugleich an den Verein der Fabrikanten einen Brief gerichtet, durch welchen er sie auffordert, den Konflikt dem Schiedsspruch der Arbeitskommission zu unterbreiten, welche in dem Gemeinderat besteht. Wie es heißt, wird der Vorschlag angenommen werden. — Die Appreteure und Färber haben sich mit den Webern solidarisch erklärt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Duma-Deputierter erhängt.

Petersburg, 9. August. (Privattelegramm des „Vorwärts".) **Der ehemalige Duma-Deputierte Onipkin, der in Kronstadt bei den Meutereien verhaftet wurde, ist am Sonntag gehenkt worden!**

Angebliche Reue der Meuterer.

Petersburg, 9. August. (W. T. B.) Nach Meldungen des Kommandeurs des Samus-Regiments in Deschlagar vom heutigen Tage zeigten die Meuterer nach Ermordung der Offiziere ernste Reue und baten die übriggebliebenen Offiziere, das Kommando wieder zu übernehmen. Die Ursache der Meuterei ist auf falsch verstandene Ideen von der Befreiung des russischen Volkes zurückzuführen. Die Meuterer beklagen aufs Tiefste das Vorgefallene und beschuldigen ihre Führer, das Blutvergießen ohne irgend einen sichtbaren Zweck herbeigeführt zu haben.

Der Moskauer Ausstand beendigt.

Moskau, 9. August. (W. T. B.) In sämtlichen hiesigen Fabriken ist die Arbeit wieder aufgenommen. Die Zahl der Ausständigen überschreitet nicht die sonst übliche Zahl. Die Mehrzahl der Druckereien ist im Betriebe, wenngleich die Arbeiter noch nicht vollzählig zur Arbeit erscheinen. Morgen erscheinen alle Zeitungen. Die Straßenbahnen verkehren wieder. Eine Deputation der Druckereibesitzer bat heute den Stadthauptmann, die verhafteten Delegierten der Schriftsetzer wieder freizulassen. Der Stadthauptmann versprach ihnen, das möglichste zu tun.

Ein Agitator verhaftet.

Moskau, 9. August. (W. T. B.) In der Dimitrowskastraße wurde ein Agitator verhaftet, der die Volksmasse zum bewaffneten Widerstande aufrief. Er ist ein ehemaliger Student und gab an, ein Sohn des Professors Golubowsky zu sein. Es hat sich herausgestellt, daß der Student Mizenko Woinarowitsch, der das Attentat auf Admiral Dubassow verübt hat, der fliegenden Kampforganisation der Revolutionspartei angehörte, von der auch das Attentat auf den General Neplinjew in Sebastopol verübt wurde. Die Affäre des Bauernverbandes wird hier Ende September zur Verhandlung kommen. Unter den 20 Angeklagten sind die Mehrzahl Lehrer an Semstwoschulen und nur einer ist Bauer.

Bau- und Erdarbeiter-Ausstand.

Görlitz, 9. August. (W. T. B.) Nachdem die hiesigen Maurer in den Ausstand getreten sind, haben auch die Bau- und Erdarbeiter beschlossen, die Arbeit einzustellen. Sie fordern zehnstündige Arbeitszeit und Lohnerhöhung.

Ein Lustmord.

Seligenstadt, 9. August. (W. H.) Große Aufregung verursacht die Auffindung der Leiche der 13jährigen Tochter des Zigarrenfabrikanten Wiehl. Die Leiche wurde mit zerschnittenem Halse in einer ziemlich belebten Straße gefunden. Es liegt ein Lustmord vor.

Hafenarbeiter-Ausstand in New York.

New York, 9. August. Der Verkehr der Schleppschiffe der Eisenbahngesellschaften im hiesigen Hafen ruht vollständig, da die Matrosen, Maschinenschmierer und Heizer zur Erlangung höherer Löhne in den Ausstand getreten sind. Auf den Kais in Jersey City lagern große Mengen von Frachtgütern, die nach der Manhattan-Insel verladen werden sollen. Von dem Ausstand werden fast alle Eisenbahnen betroffen.

Verantw. Redakt.: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Inserate verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Die russische Revolution.

Der Generalstreik

ist beendet. Die Reaktion triumphiert im Augenblick. Die Meldungen lauten:

Petersburg, 9. August. Die letzten Anzeichen des Generalausstandes sind verschwunden; sämtliche Zeitungen erscheinen wieder.

Petersburg, 9. August. Die hier eingetroffenen Rapporte der Gouverneure aus dem ganzen Reiche konstatieren, daß überall Beruhigung eingetreten und die revolutionäre Bewegung lahm gelegt zu sein scheint. Diese Rapporte haben sowohl in Petershof als auch in Regierungskreisen den günstigsten Eindruck gemacht.

Moskau, 8. August. Der Ausstand ist vollständig beendet, jedoch ist der Dienst auf der elektrischen Bahn wegen technischer Schwierigkeiten noch nicht völlig wieder aufgenommen worden. Unter den Sozialdemokraten, welche den Ausstand organisierten, herrscht wegen des Mißlingens große Niedergeschlagenheit.

Jusowka, 8. August. Infolge von Zwistigkeiten über das weitere Vorgehen teilten sich 2500 Arbeiter der Grube Alexejewsk in zwei Lager, wobei es zu Zusammenstößen kam. Zwei Personen wurden getötet und eine größere Anzahl verwundet. Eine Abteilung Dragoner stellte die Ruhe wieder her.

Wie wenig indes die Regierung im Grunde auf die Dauerhaftigkeit der Ruhe vertraut, zeigt folgende Meldung des „Russischen Kurier":

Trotz der beruhigenden Versicherungen, die das russische Eisenbahnministerium in bezug auf den Eisenbahnerstreik abgegeben hat, verfügte die russische Gendarmerieverwaltung soeben, daß alle Eisenbahnbeamten außerhalb des Dienstes schärfer als bisher bewacht werden sollen.

Die Kabinettsbildung.

Der „Russische Kurier" meldet:

Die Verhandlungen über die Neubildung des russischen Ministerkabinetts scheinen insofern in eine neue Phase getreten zu sein, als man am Zarenhofe entschlossen ist, politisch unbedeutende Persönlichkeiten beziehungsweise solche, die ein gefügiges Werkzeug in den Händen der Hofpartei sein können, in das neu zu bildende russische Ministerkabinett zu berufen.

Man muß aber wohl notgedrungen auf den pseudoliberalen Aufputz der Regierung verzichten. Nach Laffans Bureau sind die Ministerernennungen schon vollzogen. Es meldet:

London, 9. August. (Bureau Laffan.) Wie der Petersburger Korrespondent des „Standard" erfährt, ernannte der Zar den früheren Reichskontrolleur Philosofow zum Handelsminister, den Fürsten Wassiltschikow zum Landwirtschaftsminister und Iswolsky, den Bruder des Ministers des Aeußern, zum Prokurator des Heiligen Synod. Die Ernannten sind sämtlich Bureaukraten.

Indes läßt das Ministerium zum Ersatz für die fehlenden liberalen Minister die Kunde von liberalen Taten verbreiten. So erfuhr der „Russische Kurier":

Der russische Ministerrat beschloß, für das Budget für 1907 nachträglich die Genehmigung der neu einzuberufenden Reichsduma einzuholen, den Ministern aber die Kredite nur für Januar, Februar und März 1907 zu bewilligen.

Wie besorgt um die Volksrechte! Wenn der Eifer nur bis 1907 vorhält. —

Uebrigens macht auch der Petersburger Stadthauptmann schöne Versprechungen. Nach dem „R. K." hat er den Führern einiger politischer Parteien auf ihre Anfrage mitgeteilt, daß er schon in den nächsten Tagen die Eröffnung der politischen Klubs gestatten werde.

Ob sich das auch auf die Arbeitervereine bezieht? Bekanntlich war eine der ersten Taten des Ministeriums Stolypin, sogar die unpolitischen Arbeitervereine, die Gewerkschaften, zu zerstören. Soweit ihm das möglich war.

Die Propaganda im Heere.

Petersburg, 9. August. Im **Militärspital** zu **Kasan** wurden **Bomben** sowie **viele Tausende aufrührerischer Proklamationen** gefunden.

Sonstige Meldungen.

Petersburg, 9. August. Wie verlautet, wird die Regierung im Herbste die Bewilligung zur Exhumierung der Leiche Herzensteins und Ueberführung derselben nach Moskau erteilen.

Petersburg, 9. August. Die konstitutionelle demokratische Partei (Kadetten) beschloß, nächsten Monat in Moskau einen Kongreß abzuhalten.

Petersburg, 9. August. Der Sekretär und mehrere Mitglieder des Setzerverbandes der revolutionären Partei wurden gestern verhaftet.

Während eines Aufstandes in Poltawa brannten Bauern das Besitztum des Fürsten Kotschubey nieder.

Aus Warschau wird berichtet, daß **vier Sozialisten von Bauern erschlagen** wurden, weil sie versucht hatten, den Aufruhr zu predigen.

Petersburg, 9. August. Aus Thonn wird berichtet: Auf dem Schulhofe der Schule in Ubetski ist gestern eine Bombe explodiert, während die Schüler Turnübungen vornahmen. Durch die Explosion ist glücklicherweise nur geringer Materialschaden entstanden.

Sewastopol, 9. August. Der Redakteur des „Krjmski Westnik", Engel, wurde vom Stadtkommandanten wegen Veröffentlichung von Artikeln über die Auflösung der Reichsduma aus Sewastopol verbannt.

Petersburg, 8. August. (Russ. Kurier.) Im russischen Ministerium des Innern häufen sich die Nachrichten, daß zahlreiche ehemalige Reichsdumamitglieder nicht nur mißhandelt würden, sondern auch ihr Hab und Gut vielfach von ihren Wählern zerstört bezw. verbrannt wird.

Die Vorgänge in Kronstadt.

Einen interessanten Bericht über die Vorgänge in Kronstadt bringt die Petersburger „Now. Wremja" in ihrer letzten Nummer:

Der Aufruhr begann in der Mineurkompagnie um Mitternacht am 2. August. Die Mineure stürzten zur Wohnung des Obersten Alexandrow, der versetzt ist und nur nach Kronstadt gekommen war, um Abschied zu nehmen. Der Oberst unterhielt sich gerade mit Kapitän Wrotschinsky durch das Fenster, als sieben Soldaten ins Zimmer stürzten und Wrotschinsky packten. Sie drückten ihn den Kopf gegen die Knie, um ihn zu ersticken. Seine alte Mutter eilte ihm zu Hülfe. Doch sie und ihr Sohn sanken tot unter Bajonettstichen zusammen. Alexandrow, der draußen gestanden hatte, lief zu seiner Wohnung. Doch er wurde eingeholt, durch Kolbenstöße zu Boden geworfen und von einem Zivilisten erschossen. In den Leichnam stießen die Mineure ihre Bajonette. Seine Frau, die ihm zu Hülfe eilte, blieb verwundet und mit gebrochenen Beinen liegen. Nach mehrstündigen Qualen starb sie im Marinehospital. Während diese Offiziere getötet und die übrigen in eine Kammer gesperrt wurden, begab sich ein anderer Teil der Mineure zusammen mit den Sappeuren, (die mittlerweile auch ihre Offiziere verhaftet hatten) zum Konstantin-Fort. Hier schlief man schon. Die halbentkleideten Artilleristen stürzten an die Geschütze. Sie weigerten sich strikte, mitzumachen und lösten heimlich die Verschlußstücke von den Kanonen. Nur eine Kanone konnte nicht kampfunfähig gemacht werden. Auch Geschosse weigerten sie sich herauszugeben. Eines wurde gefunden und ein Schuß abgegeben, der in ein Wäldchen fiel, wo die Aufrührer die Garde-Feldbatterie vermuteten. Die Artilleristen mit sieben Offizieren wurden in den Kasematten eingesperrt. Die Mörder Wrotschinskys und Alexandrows suchten sich indessen der reitenden Artillerie zu bemächtigen. Hier stießen sie aber glücklicherweise auf Wiederstand. Auf Befehl des Kommandanten ging Oberst Schelamow mit vier Kompagnien Infanterie, zwei Maschinengewehren und zwei Kanonen gegen das Fort Konstantin vor. Ein Teil der Sappeure war treu geblieben und half beim Transport. Die reitende Artillerie zeigte sich sehr eifrig. Auf die Aufforderung, sich zu ergeben, hißten die Aufrührer eine riesige rote Fahne mit der Aufschrift: Semlja i Wolja (Land und Freiheit) und eine anarchistische schwarze Fahne. Darauf wurde das Feuer aus Flinten und Maschinengewehren eröffnet. Die Meuterer antworteten mit Gewehrfeuer, darauf wurden fünf bis sechs Kanonenschüsse abgegeben; die Meuterer versteckten sich darauf in den Kasematten. Einige stürzten sich ins Meer und ertranken, andere versuchten in einem Kutter zu fliehen, wurden aber durch die Maschinengewehre daran verhindert und kehrten zurück. Darauf hißten die Meuterer (nach anderer Version die freigewordenen Artilleristen) im Fort an Stelle der roten eine weiße Fahne. Um 5 Uhr morgens wurde das Fort besetzt. Von den Gefangenen verkündeten sieben Mann, daß sie Wrotschinsky ermordet hätten und nichts fürchteten.

So schloß dieser Teil der Tragödie.

Der Schuß vom Fort um 12 Uhr nachts war gleichsam das Signal für die Matrosen, aus ihren Kasernen auszubrechen. Hier begann die dritte, vierte und fünfte Flottenequipage den Aufruhr. Sie rückten in einer Zahl von einigen Hundert (300) die Krasnaja und Primorskaja hinauf, um sich im Arsenal Waffen zu verschaffen. Um sich leichter zu erkennen, hatten sie die weißen Ueberzüge von den Mützen genommen, die Führer hatten den rechten Arm mit einem weißen Tuch umbunden und rote Bänder um die Schulter gehängt.

Die bei den Matrosen dejourierenden Offiziere suchten sie aufzuhalten, wurden aber ermordet oder schwer verwundet. Hier fielen, wie gemeldet Rodinow, Dobrowolski, Schumann, Stopnowski, ferner wurde Kontreadmiral Bellemischew u. a. ermordet. Ueber Kapitän Krenizki, der nur leicht verwundet war, wurde ein Gericht abgehalten; als Richter fungierten Matrosen, acht Zivilisten und ein Weib. Ihn befreite die 8. Kompagnie des Jenisseischen Regiments. Diesem Regimente hat man die Rettung der Stadt zu verdanken.

Um 11 Uhr, als schon eine gewisse Aufregung zu spüren war, wurde Oberst Lobanowski zum Kommandanten berufen. Als die ersten Revolverschüsse ertönten, rückten die einzelnen Kompagnien zum Arsenal, dem Gefängnis für politische Verbrecher und an andere gefährdete Stellen ab. Die Matrosen hatten schon den Dejouranten Nikolski beim Arsenal verhaftet und da sie keine Schlüssel erhielten, das Arsenal erbrochen. Die Matrosen versuchten, die Infanteristen zu überreden, doch diese antworteten mit Salven. Die Aufrührer liefen nach einigen Salven auseinander und flohen in den Petrowski-Park. In der Finsternis der Nacht setzten ihnen die Soldaten schießend nach und fingen 38 Mann. Von den anderen Bataillonen wurden die einzelnen Equipagen genommen und die Straßen mit Salvenfeuer gereinigt. Eine andere Abteilung schnitt die fliehenden Aufrührer vom Hafen ab. Ueberall wurden Gefangene gemacht. Das Schießen in den Straßen, an dem sich auch Arbeiter mit Brownings beteiligten, dauerte bis 6 Uhr morgens an. Zum Schluß beteiligten sich auch zwei Bataillone des Finnländischen Regiments an der Herstellung der Ordnung. Die Soldaten, durch die Verwundung dreier Kommandeure erbittert, schossen schonungslos. Auf allen Straßen wurden Posten ausgestellt. Am Morgen war alles ruhig.

Der Bericht des reaktionären Blattes, der die ganze Größe des Aufstandes zu erkennen gibt, sagt den Meuterern verschiedene zwecklose Grausamkeiten nach. Natürlich ist die Wahrheit dieser Behauptungen durch die Mitteilung in dem Blatte nicht erwiesen. Sind die Meldungen aber wahr, so zeigen sie lediglich, wie das Kuntenregiment die Soldaten vertiert hat, so daß die Wildheit selbst im Freiheitskampfe noch durchbricht.

Aus Finnland.

Helsingfors, 7. August. (Eig. Ber.)

Sveaborg „erobert", die Ruhe fehlt.

Am 4. August weigerte sich in Sveaborg eine ganze Kaserne Fußtruppen nebst einigen Batterien Artillerie, zur Parade zu gehen. Soldaten rissen zweimal die zur Feier des Tages aufgepflanzten Fahnen herunter und zerrissen sie. — Unruhen gibt es in allen Kasernen. Die meisten Soldaten sind ohne Waffen und werden von den „treuen" Kosaken bewacht. Von Festungsmannschaften sind 600 entkommen. Man sucht sie und hält daher die abgehenden Schiffe auf.

Es ist eine infame Lüge,

daß die Rote Garde der Helsingforser Arbeiter die famose Bürgergarde meuchlings überfiel. Die Bürgergarde, hier viel bezeichnender „Schlächtergarde" genannt, trat offensichtlich provokatorisch auf. Als die Arbeiter am 2. August forderten, daß der Verkehr der Straßenbahn eingestellt werde, trat die „Schlächtergarde" dem entgegen. Auf jeden Straßenbahnwagen stellten sich mehrere „Schlächtergardisten" auf und drohten jeden zu erschießen, der es wagte, den Verkehr zu stören. Als dann um 1 Uhr mittags der Betrieb der Elektrizitätswerke eingestellt werden sollte, schoß die „Schlächtergarde" von der Straße und selbst aus den Fenstern auf das Volk und in das Elektrizitätswerk hinein. Verwundungen kamen vor. Erst dann rief man bewaffnete Hülfe herbei. Es eilten zehn Mann der „Roten Garde" herbei und gaben Feuer. Gegen 20 „Schlächtergardisten" wurden entweder schwer verwundet, oder blieben sofort tot liegen. Sieben von ihnen wurden am 5. August beerdigt.

Die Rache der Bürger.

Die finnisch-schwedische Bourgeoisie ist außer sich vor Wut. Die „Schlächtergarde" gab gleich am 2. August die Waffen ab, um nachdrücklicher verlangen zu können, daß auch die „Rote Garde" die Waffen ausliefern solle. Der Senat beeilte sich, die „Rote Garde" zu verbieten und einen Verhaftsbefehl gegen den Führer Kapitän Kock zu erlassen. Bis hierzu hat die Regierung ihn jedoch noch nicht. Die bürgerlichen Studenten sind nun in Spitzeldienst getreten, um der Regierung die Gefangennahme des Kapitäns Kock nebst anderen Führern der „Roten Garde" und der Agitatoren in der Armee zu erleichtern.

Die finnische Bourgeoisie gebrauchte die Armee der Arbeiter solange, bis sie von der zarischen Regierung die Zusage bürgerlicher Freiheiten erhielt. Sie hat nichts mehr zu verlangen. Nun ist sie bereit, mit Hülfe der russischen Gendarmerie und der Henker die Freiheitsbestrebungen des Volkes zu bekämpfen.

Adelstugenden in den Ostseeprovinzen.

Aus Dondangen (Kurland) berichtet der „Mufulaiko":

Um sich nicht dem Vorwurf einer einseitigen Pflege der Adelstugenden auszusetzen, halten es unsere tapferen Marssöhne für angemessen, in den Mußestunden, wo Schwert und Flinte ruhen, die alten ritterlichen Liebesabenteuer wiederaufleben zu lassen. Baron Drachenfels und Graf Lamsdorf beginnen den lettischen Bauernmädchen eine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Allwöchentlich begibt sich Drachenfels in Begleitung von Dragonern ins B.-Gesinde, eine ländliche Wirtschaft, dessen Wirt drei erwachsene Töchter hat. So traf er vor Johanni um 2 Uhr nachts im genannten Gesinde ein, drang ins Schlafzimmer der jungen Mädchen und forderte sie auf, so entkleidet wie sie waren, die Betten zu verlassen. Die Mädchen jagten ihn mit derben Worten davon. Da änderte der Baron den gebieterischen Ton, setzte sich auf den Bettrand eines der Mädchen und machte unter zärtlichen Worten Miene, das Bett des Mädchens zu teilen. Ein anderes Mal fütterte der Baron seine Hunde aus den Schüsseln, die für die Arbeiter aufgetischt waren. Am Krautabend fand sich Baron Drachenfels im Beigut L. ein, wo er die Wirtin, die seinen tierischen Zärtlichkeiten gegenüber stumm blieb, durchpeitschte. Auf das Geschrei der Wirtin liefen einige Weiber herbei und gossen dem edlen Ritter eine wenig ritterliche Kälberbrühe über den Kopf. Die heiße dicke Jauche dämpfte seine Liebesglut und unser Held stürzte wie ein begossener Kater durchs Fenster hinaus. Er hätte die Frauen erschossen, wurde jedoch von seinen Soldaten daran gehindert. Die arg zugerichtete Wirtin von L. liegt in Riga im Krankenhause. Acht Tage später wurde der heldenmütige Baron im Schloßgarten von den Soldaten verprügelt. Er hat jetzt Dondangen verlassen und befindet sich zu Talsen zur Kur. Die schuldigen Soldaten hat er nicht erkannt.

---

8. Generalversammlung des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter Deutschlands.

Leipzig, 7. August.

Nachmittagssitzung.

Ein Antrag, dem Hauptkassierer ein jährliches Mankogeld von 100 Mark zu bewilligen, fand einstimmige Annahme. Dem Vorstande, Ausschuß und Kassierer wurde Decharge erteilt. Den 3. Punkt der Tagesordnung: Unsre Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen, empfahl Brey abzusetzen, da diese Dinge bei anderen Punkten sowieso besprochen werden müssen. Man behandelte somit den Punkt 4:

Die Beschlüsse der Vorstandskonferenz zur Vermeidung von Grenzstreitigkeiten.

In seinem Referate führte Genosse Brey aus: Eine endgültige Regelung der Grenzstreitigkeiten sei fast unmöglich. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands versuchte dem Auftrage des Kölner Gewerkschaftskongresses, in der Frage der Grenzstreitigkeiten eine Regelung zu versuchen, auf der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände in Berlin gerecht zu werden.

Er empfahl der Generalversammlung die Annahme der Beschlüsse der Vorstands-Konferenz zur Vermeidung von Grenzstreitigkeiten:

„Die der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossenen Verbände anerkennen behufs Vermeidung von Differenzen über das gegenseitige Agitationsgebiet die folgenden Grundsätze:

Die gewerkschaftliche Entwicklung vollzieht sich unverkennbar in der Richtung des Zusammenschlusses der Organisationen zu großen leistungsfähigen Verbänden. Aeußere Eingriffe in diese sich selbstvollziehende Entwicklung würden diese nicht fördern, sondern nur erschweren und stören und erweist sich deshalb eine endgültige Grenzregulierung durch Konferenz- oder Kongreßbeschluß als untunlich.

Um ein gedeihliches Nebeneinander- und Zusammenwirken der Gewerkschaften zu gewährleisten, wird denselben unter Anerkennung des gegenwärtigen Organisationsstandes empfohlen, strittige Agitationsgebiete durch besondere Vereinbarungen mit den in Betracht kommenden Verbänden abzugrenzen und alle Fragen der beruflichen wie gemeinsamen Agitation, des Uebertritts von Mitgliedern und des Zusammenwirkens bei Lohnbewegungen durch feste Bestimmungen (Kartellverträge) zu regeln.

Die lokale Anerkennung des Organisationsstandes erheischt die Unterlassung jeder unlauteren Agitation, besonders mit Hinweis auf niedrigere Beiträge, die Zurückweisung Aufnahmesuchender, die aus andern angeschlossenen Verbänden ohne genügende Abmeldung und Regelung ihrer Verbindlichkeiten austraten oder ausgeschlossen wurden, sowie die Unterlassung jedes Druckes auf vorübergehend in anderen Berufen beschäftigte Gewerkschaftsmitglieder. — Die letzteren dürfen Mitglieder ihrer Organisation bleiben, haben sich aber bei gewerkschaftlichen Aktionen den Direktiven des Verbandes ihres jetzigen Berufs zu fügen. Organisierte Arbeite, die alljährlich regelmäßig ununterbrochen länger als 6 Wochen zu einem und demselben Beruf übertreten, müssen sich immer der Organisation ihres Berufs anschließen, in dem sie arbeiten. Organisierte Arbeiter, die dauernd in zwei Berufen tätig sind, haben sich beiden in Betracht kommenden Berufsorganisationen anzuschließen"

Brey meinte dann weiter, daß er und Streb auf jener Konferenz in der Voraussetzung dieser Resolution zugestimmt haben, daß sie loyal gehandhabt werde, nämlich so, daß die von uns dort gewonnenen Mitglieder, wo wir jetzt nicht mehr agitieren dürfen, uns erhalten bleiben. Ferner habe der Vorstand, um der Resolution gerecht zu werden, von der Erhebung von Eintrittsgeld für die aus anderen Organisationen Kommenden abgesehen. Wenn gestern scherzhalber gesagt wurde, daß, wenn die Minister und Hebammen streiken, schließlich auch der Fabrikarbeiterverband Mitglieder dabei haben werde, so ist das insoweit richtig, als wir fast überall Mitglieder dabei haben. Dadurch ist aber unser Gefechtsfeld ein zu großes. Wir sind aus dem Grunde jeder Initiative beraubt, weil wir ja die Dispositionen der anderen Verbände gar nicht kennen. Wenn wir vorwärts kommen wollen, und zwar noch schneller und erfolgreicher als bisher, dann müssen wir uns auf die Industriegruppen beschränken, bei denen wir einen Mitgliederstamm seßhafter Leute gewinnen können und bei denen wir, wie in der Papier-, Chemie- und Ziegelei-Industrie, nicht mehr mit anderen Verbänden kollidieren. Ueber die Organisierung der Ziegler durch den Fabrikarbeiterverband ist endlich Klarheit und Verständigung mit dem Bauarbeiterverband erzielt worden. Die Verhandlungen und daraus resultierend die Ziegler-Konferenz in Magdeburg ist von der Generalkommission und den beteiligten Organisationen eingeleitet worden, und die Generalkommission hat unserem Verbande zugesagt, dann Geldmittel für die Organisierung der Ziegler zur Verfügung zu stellen, falls wir bei erfolgreichem Arbeiten besonders große Unkosten durch die Ziegler haben würden. Wir glauben aber von diesem Anerbieten keinen Gebrauch machen zu müssen, unsere Mittel sind groß genug dazu.

Brey besprach sodann den viel angefeindeten Kartellvertrag zwischen den Verbänden der Bauhilfsarbeiter und Fabrikarbeiter. Die wichtigsten Bestimmungen dieses Vertrages sind die folgenden:

An Orten, wo Fabrik-, Ziegelei-, Landwirtschafts-, Bau- und Erdarbeiter in so großer Zahl vorhanden sind, daß jede der vertragschließenden Organisationen eine eigene Zahlstelle gründen kann, sollen Personen, die zur Zeit ihres Eintritts bei Bau- und Erdarbeiten beschäftigt sind, nicht in den Verband der Fabrikarbeiter aufgenommen werden.

Desgleichen sollen Personen, die zur Zeit der Meldung in Fabriken, Ziegeleien und in der Landwirtschaft beschäftigt sind, im Verband der Bauarbeiter keine Aufnahme finden.

An kleinen Orten mit geringer Einwohnerzahl und schwacher Arbeiterbevölkerung, wo die Arbeiter nach den Verhältnissen einmal in der Fabrik, Ziegelei, Landwirtschaft, Bau- und Erdarbeit beschäftigt sind, soll es so gehalten werden, daß, wenn schon eine

Zahlstelle einer Organisation besteht, die andere Organisation von der Gründung absieht.

In größeren Orten, wo beide Organisationen neben einander bestehen können, soll folgendes gelten:

Arbeiten die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes 3 Monate und darüber in Fabriken, Ziegeleien oder in der Landwirtschaft, so müssen sie dem Fabrikarbeiterverband zugeführt werden.

Arbeiten umgekehrt Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes 3 Monate und darüber als Bau- und Erdarbeiter, so müssen sie dem Verbande der Bauarbeiter zugeführt werden.

Von dem Uebertritt sollen ausgeschlossen sein solche Mitglieder, die wegen Maßregelung im eigenen Beruf in dem andern arbeiten müssen und an führender Stelle stehen.

Sämtliche Mitglieder, auch wenn sie nur vorübergehend in einem anderen Berufe beschäftigt sind, haben sich den Satzungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen derjenigen Organisation zu fügen, wo sie ihre augenblickliche Beschäftigung finden.

Brey forderte die Generalversammlung auf, auch diesem Vertrage zuzustimmen, da er gegenwärtig das klügste sei, wenn auch nicht das Ideal.

Ebenso ersuchte er um Annahme folgender Beschlüsse und Resolutionen:

Der Vorstand, Ausschuß und die Gauleiter empfehlen zur Annahme: Um eine bessere Bearbeitung unseres Agitationsgebietes zu ermöglichen, sind die Betriebe folgender Berufsgenossenschaften für unsere Organisation zu bearbeiten:

1. Die Ziegler-Berufsgenossenschaft,
2. Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie,
3. Papiermacher-Berufsgenossenschaft,
4. Zucker-Berufsgenossenschaft,
5. Berufsgenossenschaft der Molkereien, Brennereien usw.

Resolution der Ziegler-Konferenz.

Die Konferenz der auf Ziegeleien beschäftigten Arbeiter fordert den Vorstand des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands auf, seinem nächsten Verbandstag die Anstellung eines mit den beruflichen Verhältnissen der auf Ziegeleien beschäftigten Personen genau vertrauten Kollegen zu empfehlen.

Diesem ist, wenn irgend möglich, eine Kommission zur Seite zu stellen, die aus auf Ziegeleien beschäftigten Personen zu bilden ist.

Der angestellte Kollege hat gemeinsam mit der Kommission die Aufgabe:

1. Den Vorstand bei der Ausübung einer durch Wort und Schrift vorzunehmenden Agitation mit Rat und Tat zu unterstützen.
2. Die Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Ziegeleiarbeiter vorzunehmen.
3. Die Sammlung von allem zur Beurteilung der Lage der auf Ziegeleien beschäftigten Personen geeigneten Material, als: Lohntarife, Arbeitsordnungen, Haus- und Kantinenordnungen, Registrierung der Preise von Nahrungs- und Genußmitteln, welche durch die Unternehmer oder deren Vertreter geliefert werden und durch Akkordanten und Zwischenmeister an Zieglern vollzogene Lohnprellereien.
4. Entgegennahme von Mitteilungen darüber, an welchen Orten und bei welchen Unternehmern die Wohn- und Unterkunftsräume der auf Ziegeleien beschäftigten Personen in der Nähe der Brennöfen oder über und neben Viehställen sich befinden, oder in denen eine Trennung der Schlafräume nach Geschlechtern nicht erfolgt ist.
5. Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Abschluß von Tarifen.

Der Nachmittag wird von der Diskussion über das Referat des Genossen Brey ausgefüllt und werden wir diese Ausführungen morgen im Zusammenhange bringen.

* *

Leipzig, den 8. August.

Die Debatte über die Beschlüsse der Vorstandskonferenz zur Vermeidung von Grenzstreitigkeiten wird in der Vormittagssitzung fortgesetzt.

Wolf-Deuben tritt für eine einheitliche Organisation für alle ungelernten Arbeiter ein. Wenn auf den einzelnen Verbandstagen einmal ein Anfang gemacht würde, müßte es auch gelingen, die Grenzstreitigkeiten zu beseitigen.

Schmid-Delmenhorst begründet den Antrag seiner Zahlstelle, in dem eine Verschmelzung mit dem Textilarbeiterverband vorgeschlagen wird. Die Textilarbeiter hätten gar keine Berechtigung, sich gesondert zu organisieren, da sie ebenfalls nur ungelernte Arbeiter seien. Der Antrag des Vorstandes sei in seiner jetzigen Form nicht annehmbar. Er würde nur dazu beitragen, eine ganze Reihe von Zahlstellen hinwegzufegen.

Kimmich-Mügeln ist der Meinung, daß weder Gaukonferenzen noch Verbandstage die Grenzstreitigkeiten aus der Welt schaffen werden. Es sei notwendig, daß sich die Arbeiter bei der praktischen Arbeit gegenseitig mehr Verständnis entgegenbringen. Man müsse bei der Agitation die Branchen aus dem Spiele lassen, die nur Kosten verursachen, auf die man aber bei Lohnbewegungen gar keinen Einfluß habe. Es sei bedauerlich, daß man in den 16 Jahren, die der Verband bestehe, die Kräfte so zersplittert habe und erst jetzt dazu komme, in der chemischen Industrie und in der Papierindustrie energisch vorzugehen und dort geschlossene Organisationen zu schaffen. Man dürfe sich nicht mehr damit begnügen, sich die Leute, die andere Gewerkschaften nicht haben wollen, zuschieben zu lassen, sondern müsse versuchen, intelligente Arbeitskräfte für die Organisation zu gewinnen. Die von einigen Zahlstellen vorgeschlagene Verschmelzung sei deswegen sehr schwierig, weil kein Verband geneigt sein würde, seine Selbständigkeit aufzugeben. Auch sei es fraglich, ob man nach der Verschmelzung besser fahre, man werde auch dann nicht so vorwärts kommen, wie viele vielleicht glauben.

Funk-Berlin führt aus, man könnte den Beschlüssen der Konferenz der Vorstände ohne weiteres zustimmen, wenn man die Gewähr hätte, daß sie von allen Beteiligten auch in loyaler Weise durchgeführt würden. Das sei aber nicht der Fall. Gerade die größeren Gewerkschaften, Handels- und Transportarbeiter, Holzarbeiter usw., versuchten überall, ganze Betriebe, in denen bereits Mitgliedschaften des Fabrikarbeiterverbandes bestehen, an sich zu reißen.

Von verschiedenen Rednern wird über die in den einzelnen Zahlstellen vorkommenden Grenzstreitigkeiten berichtet. Wollbold-Heilbronn kritisierte das Verhalten der Metallarbeiter in seinem Bezirk, die sich selbst nicht gescheut hätten, die Kollegen öffentlich zu bekämpfen und als gefährlicher als die Hirsch-Dunckerschen und christlich Organisierten zu bezeichnen.

Stille-Bergedorf bemerkt, der Antrag des Vorstandes bedeute eine Revolutionierung der bisherigen Grundlagen des Verbandes. Die Ansicht sei gegen früher eine ganz andere geworden und spreche für die Entwickelung der Gewerkschaften zu großen Industrieverbänden. Wenn man aber einmal diesen Weg einschlagen wolle, solle man gleich ganze Arbeit machen, dann könne man der Resolution der Ziegler-Konferenz nicht zustimmen. Warum wolle man jetzt noch Geld zur Agitation bei den Zieglern ausgeben, wenn zu erwarten stehe, daß doch in absehbarer Zeit ein eigener Zieglerverband ins Leben treten werde. Wenn man den Antrag des Vorstandes konsequent durchdenke, könne man keine neuen Agitationsgebiete mehr erschließen.

Bernhard-Frankenthal: Die Generalkommission müsse darauf bedacht sein, neue Organisationen nicht mehr aufkommen zu lassen.

Sämisch-Markranstädt wendet sich gegen die Ausführungen Breys. Wenn nicht persönliche Momente eine so große Rolle spielten, müßte es den Vorständen der Zentralverbände möglich sein, eine Einigung aller ungelernten Arbeiter herbeizuführen. Es sei bedauerlich, daß die Arbeiterschaft angesichts des geschlossen dastehenden Kapitals noch so uneinig sei und sich mit solchen Fragen beschäftigen müsse.

Die weiteren Diskussionsredner sprechen sich im allgemeinen für die Beschlüsse der Vorständekonferenz aus, wünschen jedoch, daß bei dem Uebertritt kein Druck auf die Kollegen ausgeübt werde.

Durch einen Schlußantrag wird die Debatte beendet.

In der Nachmittagssitzung wurden folgende Anträge angenommen: 1. Die Beschlüsse der Vorständekonferenz in Berlin zur Vermeidung von Grenzstreitigkeiten. 2. Der Kartellvertrag mit dem Verbande der Bauhülfsarbeiter. 3. Die Beschlüsse der Zieglerkonferenz in Magdeburg. 4. Der Antrag des Vorstandes wonach in Zukunft der Fabrikarbeiterverband seine Tätigkeit auf folgende Berufe zu beschränken hat: die Ziegelei-, Chemie-, Papier-, Zucker- und Molkereiindustrie.

Damit schloß die Nachmittagssitzung.

Aus der Partei.

Kreiskonferenz für den Wahlkreis Solingen. Am Sonntag tagte die diesjährige Konferenz in Solingen. Die Volksvereine des Wahlkreises haben jetzt insgesamt 2371 Mitglieder; es ist im letzten Jahre eine Zunahme von 211 Mitgliedern zu verzeichnen. Inklusive eines Kassenbestandes von 1415,18 M. bezw. 2082,52 M. beträgt die Gesamteinnahme und Ausgabe 7752,14 M. Die Diskussion über den Bericht war eine sehr lebhafte, die meisten Redner neigen sich der Ansicht zu, daß es doch an der Zeit sei, auch in Solingen eine festere Zentralisation zu schaffen. Die Frauen des Wahlkreises haben im Frauenbildungsverein 572 Genossinnen organisiert. Es wurde die Bildung von Jugendorganisationen beschlossen.

Einstimmig angenommen wurde folgende Resolution:

In Erwägung, daß sich die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe zwischen der herrschenden Gesellschaft und dem Proletariat nicht vermindern, sondern naturgemäß verschärfen, hält die Kreiskonferenz den politischen Massenstreik nach wie vor für eine der wirksamsten Waffen im Emanzipationskampfe der Arbeiter. Sie erwartet daher, daß der Mannheimer Parteitag in demselben Sinne wie der Jenenser Parteitag beschließen wird.

Abgelehnt wurde dagegen der zweite Absatz:

Die Kreiskonferenz spricht dem Parteivorstand in Sachen seiner Stellungnahme zum politischen Massenstreik ihr Vertrauen aus. Sie hält es aber für dringend notwendig, daß das Protokoll der im Februar d. J. stattgefundenen Vorständekonferenz unverzüglich veröffentlicht wird,

weil das Verhalten des Parteivorstandes noch nicht ganz geklärt sei.

Ueber die Entwickelung des Parteiblattes, der „Bergischen Arbeiterstimme", wurden günstige Berichte gegeben. Ein wesentlicher Gewinn sei allerdings nicht zu erzielen gewesen, denn die Ausgaben des Jahres seien infolge großer Um- und Anbauten, der Anschaffung von Rotationsmaschine und Schnellpresse, der Schaffung von Zentralheizung und Badeeinrichtung sehr hohe gewesen.

Beschwerde wurde darüber geführt, daß der Genosse May, der ehemalige Redakteur der „Bergischen Arbeiterstimme", sich, trotzdem ihm die bekannte Schiedsgerichtsentscheidung zu Elberfeld jede Mitarbeit an dem zu gründenden Solinger Lokalblatt und jede Einmischung in die Solinger Streitigkeit untersage, doch an der Gründung des Blattes der Lokalisten, des „Stahlwarenarbeiters", beteiligt und an ihm mitgearbeitet habe nach eigenem Eingeständnis. Es wurde ein Antrag auf Ausschluß Mays aus der Partei gestellt, anscheinend aber zurückgezogen, da nach dem Bericht der „Berg. Arbeiterstimme" nicht über ihn abgestimmt worden ist. Genosse Gewehr-Elberfeld hatte dagegen gesprochen und erklärt, sollte Gen. May trotz seines wiederholt gegebenen Versprechens, nicht mehr am „Stahlwarenarbeiter" mitarbeiten zu wollen, doch noch weiter dafür schreiben, dann würden sich natürlich auch die Elberfelder Genossen schließlich gezwungen sehen, die Konsequenzen zu ziehen.

Zum Schluß wurde noch über eine ins „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften" übergegangene Notiz des Handlungsgehülfenblattes verhandelt, wonach es als unter aller Kritik bezeichnet wird, daß Genosse Hildebrand in Solingen als Redakteur angestellt wurde, obgleich er bis vor kurzem dem bürgerlichen harmoniedufeligen Buchhandlungsgehülfenverein angehört und in seinem Vorstand gesessen habe. Dieser Verein bekämpfe den Zentralverband der Handlungsgehülfen in gehässiger Weise und bemühe sich, ihn bei indifferenten Handlungsgehülfen als „sozialdemokratisch" zu denunzieren. Aus solchen Vorgängen seien manche zwischen Partei und Gewerkschaften entstehende Differenzen erklärlich. Das „Korrespondenzblatt" hatte dem noch hinzugefügt:

Die Schlußfolgerung des „Handlungsgehülfenblattes" scheint gerade in diesem Falle recht zutreffend zu sein. Die „Metallarbeiterzeitung" teilt nämlich mit, daß die „Bergische Arbeiterstimme" soeben drei Artikel zur Massenstreikfrage gebracht hat, worin der „Vorwärts" und der Parteivorstand sehr scharf angegriffen werden. Außerdem heißt es am Schluße des ersten Artikels:

„Die Sache kommt also darauf hinaus, um es klipp und klar zu formulieren, daß die preußische Wahlrechtsbewegung an den Führern der Gewerkschaften gescheitert ist. Also abermals die Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft."

Genosse Schaal, der Geschäftsführer der „Berg. Arbeiterstimme", bemerkte dazu, die Wahl des Genossen Hildebrand sei einstimmig erfolgt und zwar aus dem Grunde, weil sich die Behauptungen des Genossen Josephson (Zentralverband der Handlungsgehülfen) als stark übertrieben herausgestellt hätten und befriedigend entkräftet werden konnten.

Genosse Hildebrand erklärte u. a.: ... Aus dem Zentralverbande bin ich im Juni 1903 ausgeschieden, Vorstandsmitglied der „Vereinigung" wurde ich bereits Pfingsten 1902. Niemand hat mir damals gesagt, das vertrage sich nicht mit meiner Zugehörigkeit zum Zentralverbande. Noch nach meinem Ausscheiden aus dem Zentralverbande hat mich im Jahre 1904 der Berliner Bevollmächtigte des Zentralverbandes, Friedländer, aufgefordert, im Zentralverbande einen Vortrag zu halten. Ich habe es gern getan, um zu zeigen, daß ich trotz meines Ausscheidens nicht ein Feind des Zentralverbandes sei. Wiederholt, auch im Jahre 1905 noch, hat der gleiche Berliner Bevollmächtigte mich gebeten, aus der Buchhändlervereinigung einen Gehülfen für die Buchhandlung des „Vorwärts" zu besorgen, da der „Zentralverband" keine buchhändlerisch ausgebildeten Kräfte zur Verfügung habe. Es war also nie die Rede von einer Gegnerschaft zwischen Zentralverband und Buchhändlervereinigung. Erst als die Hauptversammlung der Buchhändlervereinigung Pfingsten 1905 ihr Programm in einigen veralteten Teilen modernisierte und verschärfte, fing das „Handlungsgehülfenblatt" plötzlich eine systematische Bekämpfung der „Vereinigung" an: Der Grund dafür ist mir noch heute nicht ersichtlich. In der Abwehr von solchen Angriffen ist die „Vereinigung" dann gezwungenerweise gegen den „Zentralverband" aufgetreten. Für mich konnte der plötzliche Frontwechsel des Zentralverbandes, über dessen Gründe ich lediglich unbeweisbare Vermutungen hegen kann, nicht bestimmend sein, mein Verhältnis zur „Vereinigung" zu lösen. Ich meine daher, die Sache ist von jener Seite maßlos übertrieben und hat keinerlei wesentliche Bedeutung.

Es wurde beschlossen, das Kreiskomitee zu beauftragen, den in Frage kommenden Blättern eine Darstellung des Sachverhalts zu geben.

Der schwarze Westen macht sich. Zu den von uns schon mitgeteilten Zahlen über die Organisation und die Kassenverhältnisse im Wahlkreise Mülheim-Duisburg, wie sie auf der Generalversammlung des Wahlvereins mitgeteilt wurden, wird uns aus Duisburg geschrieben:

Die Zahl der Organisierten ist um rund 85 Prozent! gewachsen. Was das in dem vom Pfaffentum und dem protzigsten Schlotjunkertum beherrschten Kreise bedeutet, zumal wenn man die aus aller Herren Länder bunt durcheinander gewürfelten Arbeitermassen betrachtet, das kann nur derjenige richtig verstehen, der in unserem deutschen „Wild-West" lebt. Die Zahl der Neuaufgenommenen betrug insgesamt 1785, jedoch steht dem ein Abgang von 461 gegenüber, der immerhin als recht mäßig bezeichnet werden kann, wenn man die in diesem Kreise herrschende Fluktuation in Betracht zieht. Ebenso günstig wie die Zunahme der Mitglieder haben sich auch die Kassenverhältnisse gestaltet. Vor einigen Jahren dachte noch niemand in diesem Kreise an solche Zahlen. Die nationalliberalen Organe der Schlotbarone stimmen denn auch bereits recht elegische Töne an über das Anschwillen der Bewegung in der schwarzen Westecke Deutschlands, während das Geschmeiß der Römlinge in kleinlichen Wadenkneifereien seinen Geifer verspritzt. Beide wissen, daß wir ihnen hart auf den Fersen sind, ihr Gebelfer ist daher erklärlich.

An die Adresse der Altenburger Regierung.

Wie schon kurz berichtet, hat der Altenburger Parteitag einstimmig eine Resolution angenommen, in der der Regierung zu Gemüte geführt wird, daß sie die Staatsbürger und Steuerzahler gleichmäßig zu behandeln hat.

Die vom Genossen Dikreiter beantragte Resolution lautet:

Der am 5. August in Gera tagende Parteitag der sozialdemokratischen Partei des Herzogtums Altenburg erhebt mit allem Nachdruck Protest gegen die zum Nachteil der sozialdemokratischen Partei geübte ungleichmäßige, oftmals sogar kleinliche und schikanöse Behandlung sozialdemokratischer Staatsbürger. Der Parteitag steht auf dem Standpunkt, daß der Grundsatz der Gleichheit aller Staatsbürger kein leerer Wahn, kein inhaltloser Begriff und bloße Redensart ist und sein soll, sondern daß dieser Grundsatz ein lebendiges Wort, allen Staatsdienern die oberste Richtschnur bei ihrem Handeln sein muß. Da das Gesetz keinen Unterschied der Staatsbürger nach Parteien macht und die eine Partei für minderen Rechts als die anderen erklärt, da die Steuerbehörde bei Erhebung und Aufbürdung der Steuern die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei ohne Rücksicht auf ihre Grundsätze und Bestrebungen ebenso behandelt wie die Angehörigen der bürgerlichen Parteien, da die sozialdemokratischen Parteiangehörigen ebenso zum Heeresdienste herangezogen und zum Schutze der Landesgrenzen aufgeboten werden, unbekümmert um ihre politischen Anschauungen, so haben die sozialdemokratischen Parteiangehörigen ein gutes Recht darauf, zu verlangen, daß sie in keiner Beziehung schlechter behandelt werden, als die andersdenkenden Staatsangehörigen. Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei im Herzogtum Altenburg verlangen daher, daß das herzogliche Ministerium die Gemeindebehörden und die staatlichen Verwaltungsorgane — Amtsvorsteher, Gendarmen, Landräte usw. — anweist, die sozialdemokratische Partei und deren Veranstaltungen genau so zu behandeln, wie die bürgerlichen Parteien und deren Veranstaltungen behandelt werden. Insbesondere aber erwartet der Parteitag von der Regierung, daß sie sich der peinlichsten Objektivität befleißigt und nicht selbst den Grundsatz proklamiert und dementsprechend auch handelt, daß die sozialdemokratische Partei minderen Rechtes sei als die anderen Parteien.

Der Parteitag protestiert entschieden dagegen, daß den sozialdemokratischen Vereinen die Benutzung staatlicher Grundbesitztümer untersagt wird. Der Parteitag protestiert aus diesem Grunde auch mit aller Entschiedenheit gegen die Weigerung der herzoglichen Regierung, dem sozialdemokratischen Verein in Kauerndorf für die Veranstaltung eines Waldfestes im Kammerforst einen Platz zu überlassen, wegen seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei. Gleichzeitig hält es der Parteitag für sehr erwünscht, daß die herzogliche Regierung sich des näheren darüber ausläßt, auf welche Tatsachen sie sich stützen kann bei ihrer Behauptung, daß die Verwalter staatlicher Grundbesitzungen „auf Grund früherer Vorgänge" sich als verpflichtet zu erachten haben, die Erlaubnis zur Abhaltung von Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen innerhalb der ihrer Verwaltung unterstellten Grundbesitztümer sozialdemokratischen Vereinen zu untersagen.

Der Parteitag beauftragt sein Bureau, gleichzeitig mit der Einreichung dieser Resolution an die herzogliche Regierung, von dieser Aufklärung über diese „früheren Vorgänge" zu verlangen. Der Parteitag geht von der Ansicht aus, daß die aus der Tasche sämtlicher Steuerzahler entlohnten Beamten des Staates, gleichviel welcher Stellung, keine Partei zu bevorzugen und keine zurückzusetzen haben, und nur für das Wohlergehen sämtlicher Bürger zu sorgen haben. Der Parteitag erwartet, daß die herzogliche Regierung in der Folge die ungleichartige Behandlung der sozialdemokratischen Partei unterläßt und sich stets dessen bewußt bleibt, daß sie über den Parteien zu stehen hat. Eine schlechtere Behandlung der in den sozialdemokratischen Vereinen organisierten Altenburger Steuerzahler und Staatsbürger wegen ihrer politischen und wirtschaftlichen Ideen muß sich der Parteitag entschieden verbitten.

Genosse Dikreiter führte bei Begründung seiner Resolution unter lebhaftem Beifall — nachdem er an der Hand unterschiedlicher Gebote und Verbote (hierher gehört auch das lächerliche Verbot an den Wirt auf der Leuchtenburg, den Parteitagsdelegierten, die von Jena aus die Leuchtenburg besuchen wollten, Erfrischungen zu verabreichen), den Nachweis erbracht, daß man die Sozialdemokratie im Herzogtum Altenburg schlechter behandelt als die anderen Parteien — anschließend daran aus, daß wenn auch die altenburgische Staatsmaschine stark mit christlichem Oel geschmiert werde, es mit dem „lebendigen Christentum", dessen man sich immerfort rühme, nichts sei. Fromme christliche Redereien und Telegramme nützen dem Proletariat nichts. Die Sozialdemokratie verlange nichts als gleichmäßige Behandlung aller Staatsbürger. Die christliche Lehre der Gleichheit aller Menschen werde aber geradezu mit Füßen getreten durch die Art, wie die Partei behandelt werde.

Auf die Antwort der Regierung darf man gespannt sein.

Zum Parteitag. Die Mülhauser Genossen haben, wie uns aus dem Elsaß berichtet wird, zum Parteitag in einer gut besuchten Vereinsversammlung Stellung genommen. Der zum Delegierten gewählte Genosse Martin wurde beauftragt, an der sich an den Parteitag anschließenden Generalversammlung der sozialistischen Jugendorganisation teilzunehmen. Ferner wurde auf Antrag des Genossen Martin einstimmig beschlossen, zu Punkt 5 der Tagesordnung des Parteitages: Politischer Massenstreik, folgenden Antrag zu stellen:

Der Parteitag wolle beschließen:

Angesichts der trotz aller Ableugnungen auf eine bewaffnete Einmischung Preußen-Deutschlands in den bewunderungswürdigen Befreiungskampf des russischen Volkes gerichteten Hetze der preußischen Junkerpresse — einer Hetze, die bei den gewohnheitsgemäßen Plötzlichkeiten und Unbesonnenheiten des Zickzackkursus ernste Gefahren in sich schließt, — erklärt der Parteitag: Es ist die dringende Aufgabe der Parteileitung, im Einvernehmen und zusammenwirkend mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Durchführbarkeit des allgemeinen Massenstreiks ins Auge zu fassen und vorzubereiten.

Sozialistische Schule in New York. Die Rand-Schule für Sozialwissenschaft, eine reiche Stiftung der verstorbenen Genossin Carrie A. Rand, New York, kündigt an, daß alle Vorbereitungen beendet seien und am 1. Oktober die Lehrtätigkeit beginnen werde.

Die Rand-Schule bietet zu mäßigen Bedingungen eine Reihe von Vorlesungen und Studienkursen in sozialer und politischer Wissenschaft vom Standpunkte des Sozialismus aus. Die Vortragenden wurden aus verschiedenen Gebieten gewählt. Einige sind hochangesehene Lehrer an bestbekannten Erziehungsanstalten, andere wieder sind erprobte Mitglieder der „Sozialist Party", alle aber sind durchaus fähig, die speziellen Gegenstände zu behandeln, die ihnen zugeteilt wurden.

Die Vorlesungen und Lektionen werden in drei Gruppen eingeteilt werden. Erstens: „Systematische Kurse mit persönlicher Unterstützung von Lehrern, Gebrauch von Textbüchern, Prüfungen und anderen elementarischen Methoden. Zweitens: Vortrags-Konferenzkurse mit Gelegenheit, an die Vortragenden Fragen zu stellen und drittens: Formelle Vorlesungen.

Für jeden der systematischen Kurse von 25 Lektionen werden fünf Dollar berechnet, für alle Kurse oder den größten Teil derselben nach Auswahl 20 Dollar; Parteimitgliedern werden besonders billige Raten zugestanden.

Soziales.

Einführung der Sonntagsruhe und Neunuhrschluß beschlossen die zu einem Verbandstage in Dortmund versammelten Apotheker. Daß diese privilegierte Berufsklasse auch zu den — Notleidenden gehört, kam in folgendem vom Kreise Potsdam gestellten Antrage zum Ausdruck:

Die Hauptversammlung wolle in eine Erörterung eintreten, in welcher Weise dem wirtschaftlichen Ruin der Apotheker durch die Krankenkassen in wirksamer Weise zu begegnen sei; der Vorstand des Deutschen Apothekervereins wolle die vereinbarten Maßnahmen mit allen Kräften unterstützen.

Die armen Apotheker sind aber trotz ihrer bejammernswerten Lage doch sehr wohltätig. Mit der Handelgesellschaft deutscher Apotheker m. b. H. haben die Herren einen Reingewinn von 169 144,95 M. erzielt. Davon erhielten die Angestellten als Tantieme und Gratifikation 3785 M. und für eine Pensionskasse wurden 5000 M. abgeführt. Ob man nicht befürchtet durch solche Freigebigkeit dem wirtschaftlichen Ruin entgegengeführt zu werden?

Erfahrungen mit dem Achtstundentag in Belgien. Ueber die Einführung des Achtstundentages in den chemischen Werken von Engis in Belgien berichtet, wie die „Soziale Praxis" mitteilt, der technische Direktor dieser Werke im Bulletin des Arbeitsamtes. Danach ist der Achtstundentag ein bedeutender Fortschritt gewesen, nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Unternehmer. Dies ist allerdings dem Umstand zuzuschreiben, daß eine dreimal wechselnde Schichtarbeit von 8 Stunden eingeführt ist, so daß der Tag von 24 Stunden voll ausgenutzt wird. Innerhalb der 8 Stunden Arbeitszeit ist ½ Stunde Ruhepause mit inbegriffen. Der frühere Arbeitstag betrug inklusive der Pausen 12 Stunden. Da die Arbeit im Akkord bezahlt wird, je nach der Produktion des Materials, so waren die Arbeiter selbst der bedeutenden Verkürzung des Arbeitstages von 12 auf 8 Stunden zuerst entgegen, weil sie einen Lohnausfall fürchteten. Es hat sich aber gezeigt, daß die Arbeiter jetzt in den 7½ Stunden wirklicher Arbeitszeit ebensoviel schaffen wie bei dem früheren System von 12 Stunden in den 10 Stunden reeller Arbeitszeit, so daß also ein Lohnausfall nicht eingetreten ist. Für die Gesellschaft, die Inhaberin der Werke, ist sogar eine Verminderung der Unkosten um 20 Proz. eingetreten durch die intensivere Ausnutzung der Arbeitszeit.

Aus Industrie und Handel.

Kapitalistische Moral.

Wenn kapitalistische Organe moralisieren, dann eröffnet sich harmlosen Gemütern eine andere Welt. Gewöhnlich wird dabei nicht nur das natürliche Moralempfinden geradezu verhöhnt, auch die Logik wird vergewaltigt. Ein hübsches Pröbchen dafür liefert der „Ratgeber auf dem Kapitalmarkt". Er moralisiert gegen die — Tantiemensteuer. Diese ist dem Blatt so wenig dem Gerechtigkeitsgefühl entsprechend, „daß man ein fast diabolisches Behagen bei dem Gedanken empfindet, die Steuer könnte von schlauen Leuten umgangen und dem Staate ein Schnippchen geschlagen werden."

Weiter wird die Steuer bezeichnet als „krasse Ungerechtigkeit", die Form ihrer Einführung ein „verwerfliches Spiel". Weiter heißt es, sie sei ein „Steuermonstrum", „die ungerechteste Steuer, die in Deutschland existiert", „diejenige Steuer, die jedem ethisch denkenden Menschen die unsympathischste sein muß", die „den rohesten Instinkten schmeichelt, dem Haß, dem Neid, der Tücke", „barbarische Steuer".

Das ist zweifellos reichlich gut ausgemessen, aber damit ist die Schale der moralischen Entrüstung noch nicht geleert.

In seinem moralischem Drange begnügt das Blatt sich nicht mit einer erschütternd wirkenden Kapuzinerpredigt, es fühlt sich auch berufen, als Missionar bürgerlicher Tugend, die Aufsichtsräte zu moralischen Taten aufzufordern, nämlich den Staat zu — betrügen und es gibt auch gleich eine fachmännische Belehrung dazu. Die Anweisung lautet:

„Aber die Rechnung hat ein Loch. Man hat wohl an die Ueberwälzung der Steuer gedacht, aber nicht an ihre völlige Umgehung (!) Dieser letzteren glaubte man einen Riegel vorgeschoben zu haben, indem man nicht nur die Quittungen über die Tantiemen, sondern auch die über jede andere Vergütung (Gewinnanteil, Gehalt) besteuerte, die den zur Ueberwachung bestellten Personen gewährt werden würde. Dadurch ist allerdings verhindert worden, daß man die Tantiemen unter irgend einem andern Namen zahlte. Nicht verhindert worden ist aber, daß die Aktiengesellschaften ihr ganzes Verhältnis zum Aufsichtsrat auf eine andere Basis stellten; daß sie aus dem „Honorar-Rat" einen „Titular-Rat" machten, den Aufsichtsratsposten für ein Ehrenamt erklärten und dem hinfort ehrenamtlich Tätigen eine Entschädigung zuteil werden ließen, die auch der auf die Spitze getriebene juristische Scharfsinn nicht mit der Tantiemesteuer würde erfassen können. . . .

Um ein Beispiel aus der neuesten Zeit zu wählen: Die Prager Eisenindustrie und die Alpine Montangesellschaft, die Herrn Fürstenberg, den Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft, in ihren Aufsichtsrat kooptiert haben — selbstverständlich nur, um sich der Dienste dieser Bank zu versichern — werden die Tantieme nicht mehr Herrn Fürstenberg, sondern seinem Institut auszahlen; versteht sich nicht unter der Bezeichnung „Tantieme", sondern unter einem Titel, der die jeweiligen Geschäftsbeziehungen deckt: „Vorschußprovision" oder „Konsortialanteil" oder „Vertretungshonorar"; je nachdem. Keine Steuer der Welt könnte an diese Zahlung heran. Und keine Tantiemesteuer könnte Herrn Fürstenberg in Kontribution nehmen, wenn er sich für den Tantiemeentgang durch ein hohes (!!) Direktoralgehalt oder durch eine Aufbesserung (!!) seines Gewinnanteils als Geschäftsinhaber — dieser ist und bleibt steuerfrei — schadlos hält."

Für die Interessenten wird die Moralität des empfohlenen Betruges ohne weiteres einleuchtend sein, das genügt dem Blatte aber nicht. Um auch den Laien zu zeigen, wie wohlverdient das Tantiemetrinkgeld in den meisten Fällen ist und damit, wie ungerecht die Steuer, macht es noch folgende Ausführungen:

„Der Bankdirektor wird Aufsichtsrat in der von seiner Bank gegründeten Gesellschaft. Der Lederfabrikant wird Aufsichtsrat in der auf ihn und seine Kredite angewiesenen Treibriemenfabrik. Der technische Leiter einer Elektrizitätsgesellschaft wird Aufsichtsrat bei dem von ihm installierten Dynamowerk oder der von ihm ausgerüsteten elektrischen Bahn. Die allermeisten Aufsichtsratsposten sind so das Resultat eines Kundenverhältnisses oder einer Kreditoperation. Zuweilen ist es freilich auch umgekehrt: Die persönlichen Beziehungen führen die geschäftlichen herbei und sind lediglich zu diesem Zwecke angeknüpft worden. In allen diesen Fällen also ist das Amt des Aufsichtsrats lediglich eine Begleiterscheinung. Und die Tantiemezahlung ist nicht das Entgelt für die Ueberwachungstätigkeit, die ein tüchtiger Bücherrevisor oder Techniker besser und billiger ausüben könnte, sondern das Honorar für Dienste, die mit der eigentlichen Verwaltung der Gesellschaft nicht das mindeste zu tun haben. In Wirklichkeit zahlt man die Tantieme auch gar nicht der Person, die zufällig das Amt eines Aufsichtsrats bekleidet, sondern dem Institut, das die Person delegiert hat: der Bank, die durch sie die Interessen ihrer Gründung und damit ihre eigenen Interessen wahrnehmen läßt, dem Elektrizitätswerk, das die Kredite gewährt usw."

Also der Aufsichtsrat ist gewöhnlich ganz unschuldig an der ihm zufallenden Tantieme, diese ist kein persönliches Verdienst, sie wird eigentlich an die in Betracht kommende Bank usw. gezahlt, darum soll der Staat um die Steuer betrogen werden und die Aufsichtsräte lassen sich ihre Gehälter erhöhen! Der Betrug im Interesse eines unverdienten Gewinnes eine sittliche Forderung kapitalistischer Moral! Man kann ein diabolisches Behagen empfinden, wenn durch solche Moralgrundsätze das Steuer- und Zoll-belastete Proletariat über kapitalistisches Wesen aufgeklärt und für die sozialistische Lehre empfänglich gemacht wird.

„Mäßige" Preiserhöhung. Wie aus Essen gemeldet wird, fordert das Kohlensyndikat für Winterkohlen 1 M. Tonnenaufschlag.

Ein tüchtiger Dividendenhub. Das Eisen- und Stahlwerk Hösch A.-G. erzielte im letzten Geschäftsjahre einen Betriebsgewinn von 6 043 869 M. Die Abschreibungen belaufen sich auf 2 095 713 M. — 14 Proz. des Aktienkapitals. — Zur Verfügung steht ein Reingewinn von 3 348 155 M., woraus 15 Proz. Dividende verteilt werden. In den beiden Vorjahren erhielten die Aktionäre je 12 Proz. und für 1902/03 8 Proz. Die Dividendenarbeiter dürfen mit der Lohnerhöhung zufrieden sein.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenkonferenz.

Der Philister rümpft vielleicht die Nase, wenn er von der dem deutschen Parteitage voraufgehenden Frauenkonferenz hört. Der Spießer Verständnis langt nun einmal nicht über die Bierbankphilosophie, nach der die Frau ins Haus gehört, minderen Verstandes sei und bevormundet werden müsse. Es sind wichtige Fragen, zu denen die sozialistischen Frauen Stellung nehmen werden. Besonders die Frage der Agitation und Organisation wird zu eingehenden Erörterungen führen. Es wird zutage treten, welche enormen Fortschritte die Frauenbewegung in den zwei Jahren seit Bremen gemacht hat. An zahlreichen Orten, in denen vor kurzem nichts von einer Tätigkeit überzeugter Genossinnen zu spüren war, konnten Vertrauenspersonen gewählt werden. Bildungsvereine sind ebenfalls zahlreich entstanden. Kleine Vereine haben bedeutend an Mitgliedern zugenommen, andererseits haben sich mehrere kleine zu großen Vereinen zusammengeschlossen, erkennend, daß ein großer Verein leichter die materielle Grundlage findet, bildend und werbend zu wirken. Auch aus den gesegneten deutschen Gefilden, wo die Frauen den politischen Vereinen angehören dürfen, wird über starken Zuwachs weiblicher Mitglieder berichtet. Die Abonnentenzahl der „Gleichheit" ist erfreulicherweise ganz bedeutend in die Höhe gegangen. Allen Gegnern wird sich die Gewißheit aufdrängen, daß die proletarische Frauenbewegung schon eine achtunggebietende Position errungen hat, daß sie bereits ein Faktor geworden ist, mit dem man wohl oder übel rechnen muß.

Selbstverständlich mußte nun auch der Punkt „Frauenstimmrecht" auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden. Was zu diesem Thema gesagt wird, kann unmöglich ganz spurlos vorübergehen. Der einheitliche Wille der Genossinnen muß Beachtung finden und dauernd kann die Reaktion die Entmündigung der Frau nicht durchsetzen. In Australien, in einigen Staaten Amerikas, in Schweden, hier zwar nur in beschränktem Maße, haben die Frauen längst das gleiche Wahlrecht errungen.

Als dritter Punkt der Verhandlungen ist eine Besprechung über die Agitation unter den Landarbeiterinnen vorgesehen. Die Notwendigkeit, dieses Thema einmal auf einer Frauenkonferenz besonders zu behandeln, ist gegeben durch das tiefe Elend und die Rechtlosigkeit der weiblichen Lohnsklaven auf dem Lande. Die Fabrikarbeiterin, so schlecht es ihr auch oft ergeht, sie mag mit der Landarbeiterin doch nicht tauschen. Jene haben wenigstens das Recht, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzwingen. Sie können sich in Verbände zusammenschließen, hier den Kampf organisieren gegen die immer stärker werdenden Ausbeutungsgelüste des Unternehmertums. Den Landarbeiterinnen ist dagegen das freie Koalitionsrecht noch versagt. Machtlos, gebunden an Händen und Füßen, vermögen sie nicht sich zu wehren, wenn man ihnen eine Last nach der andern aufbürdet, sie durch menschenunwürdige Behandlung peinigt und quält. Mit Spannung kann man der Berichterstattung und der sich anknüpfenden Diskussion über diesen Punkt entgegensehen. Jedenfalls wird die Tagung für die Landarbeiterinnen ersprießlich wirken.

Genau so wie mit den Landarbeiterinnen steht es mit den Dienstmädchen in Stadt und Land. Diese seufzen immer noch unter einer vorsintflutlichen Gesindeordnung, richtiger Gesindeordnungen, deren es in Preußen allein nicht weniger als achtzehn gibt. Erfreulicherweise haben sich in letzter Zeit die Dienstboten etwas gerührt. Der in Berlin seit Jahren bestehende Verein für Hausangestellte hat einen kleinen Ruck nach links gemacht. In Nürnberg, Fürth, München und Köln sind neue Dienstbotenorganisationen ins Leben gerufen, deren kräftiges Blühen eine gedeihliche Weiterentwickelung erwarten läßt. Eine Aussprache auf der Konferenz über weitere Mittel und Wege zur Förderung der Dienstbotenbewegung wird jedenfalls von Erfolg für diese sein. Die Gesindeordnung, eines der festesten Bollwerke der Reaktion, muß mit aller Kraft bestürmt werden.

Der 5. und letzte Punkt der Tagesordnung „Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen", ist ebenso wie die Forderung des Frauenstimmrechts eine alte Forderung der Sozialdemokratie. Für Schwangere geschieht von Gesetzes wegen so gut wie gar nichts. Daß Schwangere 4 Wochen vor der Entbindung nicht mehr arbeiten dürfen, ist allerdings schon erreicht worden, doch das genügt nicht. Die schwere Arbeit, die manche Arbeiterin während der ganzen übrigen Zeit der Schwangerschaft verrichtet, verrichten muß, um nur leben zu können, verlangt weitere Schutzmaßregeln. Gar häufig wird das Gesetz auch noch von der Arbeiterin umgangen, aus dem einfachen Grunde, weil das Krankengeld nicht für den Lebensunterhalt ausreicht und doch eigentlich noch etwas erübrigt werden soll für die Zeit nach der Entbindung, weil die Mutter nicht sofort wieder arbeiten kann und das Kind noch eine Mehrausgabe erfordert. Die Erhaltung der Gesundheit von Mutter und Kind müßte heiligste Pflicht des Staates sein, aber in diesen dem Volkswohle dienenden, die kommende Generation schützenden Bestrebungen findet die Sozialdemokratie Verständnislosigkeit und Widerstand.

Es sind Fragen von weittragender Bedeutung, die zur Debatte stehen. Hoffentlich bringt diese Klarheit bei den Genossinnen und Einheitlichkeit in der Agitation. Die Delegiertinnen werden sicherlich Eindrücke und Belehrungen empfangen, die sie befruchtend in der Agitation verwerten können. Möge die Mannheimer Frauenkonferenz gute Arbeit verrichten zur gedeihlichen Weiterentwickelung der Frauenbewegung und vorarbeiten dem Siege des Sozialismus!

Versammlungen — Veranstaltungen.

Britz. Die August-Versammlung fällt aus.

Weißensee. Sonntag, 12. August: Gemütliches Beisammensein (Kaffeekochen, Unterhaltung, Tanz). Mitglieder frei. Restaurant Flugrad, „Seeterrasse", Berlinerstr. 144.

Vorstadt-Tegel. Mittwoch, 15. August, 8½ Uhr: Wanderversammlung bei Franke, Reinickendorf-West, Eichhornstr. 18. Vortrag. Frau Lungwitz: „Die Frau im wirtschaftlichen Kampfe".

Gerichts-Zeitung.

„Zanderitis."

Ein Pendant zu dem kürzlich verhandelten Prozeß gegen die Frau Major Zander beschäftigte gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte. Wegen Betruges in 33 Fällen war die Lehrerin Emilie Fischer angeklagt. — Die Angeklagte entstammt einer hochachtbaren Familie; ihr Vater war Kanzleirat in Oberschlesien, ihr Bruder ist der kürzlich in Breslau verstorbene bekannte Chemiker Professor Dr. Fischer. In der Jugend der jetzt 35jährigen Angeklagten machten sich keinerlei Zeichen einer Absonderlichkeit bemerkbar, erst als im Jahre 1890 ihr Vater starb und ihr ein Erbteil in Höhe von 4500 M. ausbezahlt wurde, packte die Angeklagte eine an das Unsinnige grenzende Verschwendungssucht und Kaufwut. Sie gab ohne zwingenden Grund ihre pensionsberechtigte Stellung als städtische Lehrerin auf und lebte als Privatiere. Von dieser Zeit ab fiel sie auch durch ihre phantastischen Ideen auf. So erzählte sie viel von einem Fest, welches sie gegeben hatte und für das ihr der Bürgermeister den Rathaussaal reserviert hätte. Ferner erzählte sie viel von ihrer Verlobung mit einem Dr. N. in Breslau. Sie kaufte sich eine vollständige Ausstattung und ein Brautkleid auf Kredit, obwohl die Verlobung nur in ihrer Phantasie existierte. Sie schrieb sogar Briefe und Karten des Bräutigams an sich selbst und schwelgte stundenlang in ihrem Glücke. Selbst mehrere Briefe fertigte sie an, in welchen ihre zukünftige Schwiegermutter ihre Freundinnen zum Besuch einlud. Wenn dann der Tag des Besuchs herannahte und große Vorbereitungen getroffen waren, telegraphierte die „Schwiegermutter" dann, der Besuch könne eingetretener Hindernisse wegen nicht stattfinden. Eines Tages teilte sie mit, ihr Bräutigam sei erkrankt. In den selbstangefertigten Briefen teilte sie sich und ihren Freundinnen mit, daß der Zustand ihres Bräutigams immer schlimmer werde, ein Arm sei amputiert usw., schließlich starb der Bräutigam. Die Angeklagte kaufte sich Trauerkleider und reiste angeblich zu dem Begräbnis nach Breslau. Völlig gebrochen schilderte sie dann später in einem Briefe die Vorgänge bei der Trauerfeier. Tatsächlich lebt der „Bräutigam", der keine Ahnung von seinem „Glück" hat noch heute in Breslau. — Ihr Erbteil war durch die unsinnigen Geldausgaben in wenigen Monaten ausgegeben. Die Angeschuldigte nahm dann in dem Hause der Gräfin von Klockow, die sich viel mit Spiritismus beschäftigte, eine Stellung an. Dies wirkte auf die Angeklagte noch ungünstiger. Als sie wiederum zirka 3000 M. erbte, gab sie dieses Geld in etwa 2 Wochen aus, um dann eine Stellung bei der Frau Kommerzienrat Fähndrich in Luckenwalde als Erzieherin anzunehmen. Von hier aus setzte sie die unglaublichsten Schwindeleien in Szene. Ihrer Herrschaft gegenüber gab sie an, sie wäre mit einem Oberleutnant und Rittergutsbesitzer, Freiherrn von Gersdorff verlobt. Dessen Tante, eine Frau von Reichel, wäre ihre beste Freundin. Mit diesen gar nicht existierenden Personen trat die Angeklagte durch selbstangefertigte Briefe in eine lebhafte Korrespondenz. Zugleich gingen bei ihr tagtäglich Warensendungen von zahlreichen Firmen aus Berlin, Hamburg und Köln ein, die sie der Frau Kommerzienrat F. gegenüber als Geschenke ihres Bräutigams und der Frau von Reichel deklarierte. Es waren dies jedoch wertvolle Pelze, Spitzen, seidene Blusen, welche sich die Angeklagte unter allerlei falschen Vorspiegelungen auf Kredit hatte zuschicken lassen. Einem der Familie befreundeten Geistlichen übergab sie eines Tages eine prächtige Torte mit dem Bemerken, die Frau von Reichel habe sich erlaubt, ihm die Torte zu überreichen. Tatsächlich war die Torte auf Kredit bei der Firma Gumpert entnommen worden. Bei der Firma Telschow bestellte die Angeklagte ebenfalls für 24 M. Kuchen, den sie bald wieder weiterverschickte. Mehrere Konfektionsfirmen in Berlin und anderen Städten wurden um insgesamt 5000 M. geschädigt. Die Gesamtschuldenlast der Angeklagten belief sich schließlich auf insgesamt 12 000 M., als das ganze Lügengewebe zerriß. Als einzige Erklärung für ihre unsinnige Kaufwut gab die Angeschuldigte nur an, sie habe sich dann nur als vornehme Dame gefühlt, wenn sie so nach Herzenslust, was sie wollte und wieviel sie wollte, bestellen konnte. Da Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit der Angeklagten auftauchten, so wurde sie in dem Untersuchungsgefängnis auf Antrag der Rechtsanwälte Dr. Werthauer und von Palmowsky durch den Gerichtsarzt Dr. Strauch auf ihren Geisteszustand untersucht. Der Sachverständige konstatierte bei der F. das Vorhandensein einer „Pseudologia phantastica", ein gewohnheitsmäßiges phantastisches Lügen, welches indessen nicht als eine Geisteskrankheit im Sinne des § 51 St.-G.-B. anzusehen sei. Der Gerichtshof erkannte auf eine Gesamtstrafe von zwei Monaten und einer Woche Gefängnis, die jedoch, da sich die Angeklagte fast dreiviertel Jahre in Untersuchungshaft befindet, als verbüßt angesehen wurde.

Die Lageristin als kaufmännische Angestellte.

Die Frage ist streitig, ob die Lageristinnen zu den kaufmännischen oder gewerblichen Angestellten rechnen. Während sich mehrere Kammern des Kaufmannsgerichts für unzuständig erklärten, nahm gestern die erste Kammer in einem besonderen Falle ihre Zuständigkeit an. Die Klägerin, Erna T., war Lageristin im Blusen-Engrosgeschäft von H. E. Busse. Eine Kündigungsfrist war beim Engagement nicht vereinbart worden. Am 15. Mai wurde ihr zum 1. Juni gekündigt. Da sie der Chef als Gewerbegehülfin ansah, so hielt er sich hierzu für berechtigt. Die Klägerin hingegen nahm den Standpunkt ein, daß die Kündigung ungesetzlich sei. Sie hat eine gediegene kaufmännische Vorbildung genossen und auch eine kaufmännische Lehre durchgemacht. Sie gibt zu, daß das Monatsgehalt von 50 M., das sie bezog, eher der Entlohnung einer gewerblichen als einer kaufmännischen Angestellten entspricht, sie habe aber die Stellung auch nur in größter Not angenommen. Sie wendet andererseits ein, daß sie wochenlang bis 9 und 10 Uhr abends habe arbeiten müssen, ohne einen Pfennig Extraentschädigung zu erhalten. Eine solche hätte sie aber in Gestalt von Ueberstundengeldern erhalten müssen, wenn sie der Chef als Gewerbegehülfin ansah. Aus der Schilderung der Tätigkeit der Klägerin ging hervor, daß ihre Arbeit keineswegs eine rein mechanische war, sondern eine Warenkenntnis und kaufmännische Bildung voraussetzte. Das Kaufmannsgericht erklärte sich darum für zuständig, verurteilte die Beklagte zur Zahlung von 50 M. für Juni und stellte der Klägerin anheim, das August- und Septembergehalt zur Zeit einzuklagen, falls sie bis dahin keine Stellung finden sollte.

Versammlungen.

Die Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter Berlins beschäftigte sich am Montag in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung mit dem Thema Partei und Gewerkschaften, worüber Genosse Julius Gehl den einleitenden Vortrag hielt. Seine Ausführungen bildeten zu einem großen Teil eine scharfe Verurteilung der Taktik der Zentralverbände und ihres Verhaltens zur Generalstreikfrage wie zur Partei im allgemeinen. Hinsichtlich des Protokolls der Konferenz der Zentralvorstände äußerte der Redner, daß die Ablehnung der Freigabe des Protokolls durch die Vorstände den Parteivorstand nicht abhalten sollte, es dennoch zu veröffentlichen. Den Artikel Kleinleins „Aus eigener Kraft" in der „Einigkeit" verwarf der Redner als nur geeignet, Uneinigkeit zu stiften und die so wie so schon schwierige Agitation für die Gewerkschaften der Freien Vereinigung noch mehr zu erschweren. Es liege keine Veranlassung vor, eine neue Partei zu gründen. Nicht gegen, sondern mit der Partei sollten die Genossen für die revolutionären Ziele der Partei kämpfen. Ebenso wandte sich der Redner entschieden gegen die ausgesprochenen Anarchisten und ihre Angriffe auf die Partei. Er wies darauf hin, daß die revolutionären Kämpfe in Rußland ja zunächst erst einmal die Erringung einer konstitutionell demokratischen Verfassung zum Ziele haben, was in einem Zwischenruf aus der Versammlung als bedauerlich bezeichnet wurde.

Dem Vortrage folgte eine Diskussion, die bis gegen Mitternacht dauerte. Von anarchistischer Seite wurde in der bekannten Weise gegen Parlamentarismus und Sozialdemokratie gesprochen, wobei auch die Behauptung auftauchte, die sozialdemokratischen Abgeordneten hätten seinerzeit für die Hererokredite gestimmt, was dann von Wilms richtig gestellt wurde. Dieser Redner sowohl wie Haffner und andere bezeichneten die Veröffentlichung des Artikels Kleinleins als verwerflich oder mindestens als einen taktischen Fehler. Kleinlein selbst bemerkte, daß es nicht richtig sei, den Zentralvorständen die ganze Schuld an den Zuständen in der Partei zuzuschieben; ein groß Teil Schuld trage auch der

Parteivorstand. Hätte Bebel sofort nach der ersten Veröffentlichung der „Einigkeit" die Thesen in der von ihm gebilligten Form veröffentlicht und richtig gestellt, dann wäre Klarheit geschaffen worden. Auch der „Vorwärts" sei nicht ehrlich vorgegangen. Wohl hätte er wieder drei Leiter über die Generalstreikfrage gebracht, aber man sei nicht gescheit daraus geworden. Was Bebel gesagt habe, das sei die Hauptsache; darüber aber habe der „Vorwärts" geschwiegen. Dagegen sei man, wenn einer abweichende Meinungen äußere, gleich mit dem Wort „Anarchist" bei der Hand. Die eigentlichen Anarchisten erkennten ihn, den Redner, nicht als ihren Gesinnungsgenossen an; andere bezeichneten ihn als einen blutigen Anarchisten, wieder andere als einen großen Quatschkopf. Sein Artikel habe eingeschlagen, und damit sei er zufrieden. Der „Vorwärts" und Liepmann hätten in ihrem Auszug aus seinem Artikel wichtige Sätze unterschlagen. Er selbst halte alles aufrecht, was er geschrieben habe. Er habe mit dem Artikel lediglich einmal die Fühlhörner ausstrecken wollen. Er habe auch nicht zur Gründung einer „neuen Partei", sondern einer „neuen Arbeiterbewegung" aufgefordert. — Diese feine Unterscheidung wurde von den Gegnern des Artikels allerdings nicht als berechtigt anerkannt. Besonders scharf sprach Wilms gegen Kleinlein. In zahlreichen Vorträgen habe Kleinlein über die naturwissenschaftliche Entwickelungstheorie gesprochen, während er nun glaube, die große Umgestaltung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse lasse sich binnen kurzer Zeit erreichen. Er kenne Kleinlein als einen ehrlichen Hasser und Kämpfer gegen die bestehenden elenden Verhältnisse, aber durch seinen Artikel sei er genau so ein Verräter an der Arbeitersache geworden wie die Leiter der Zentralverbände. — Diesem Urteil trat Gehl in seinem Schlußwort entgegen. Er wollte eben so wenig das Verhalten der Zentralverbändler als Verrat bezeichnet wissen, sondern vielmehr als „Markstein der Versumpfung". Hinsichtlich der Thesen glaube er mehr dem Parteivorstand als der Generalkommission. Ein Urteil könne man darüber vorläufig nicht abgeben. — Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung ist mit der Veröffentlichung der 31 Gewerkschaftsleiter in der „Einigkeit", sowie mit der Haltung der „Einigkeit", und ebenso mit der Feenpalastresolution vom 30. August einverstanden und stellt sich hinsichtlich der Veröffentlichung des Protokolls der Vorständekonferenz auf den Standpunkt der Leipziger Parteiversammlung."

Der nächste Punkt der Tagesordnung: „Der Streik bei Bell u. Co.", wurde vertagt. Der Streik selbst dauert unverändert fort. Auf Grund eines Schreibens aus Kopenhagen gab der Vorsitzende bekannt, daß die am 5. April durchgeführte Aussperrung der Klavierarbeiter ebenfalls unverändert fortbesteht. Den Ausgesperrten weitere Unterstützung zu senden, wurde dem Vorstand überlassen.

Die Generalversammlung des Zweigvereins Berlin vom Verband der Friseurgehülfen beschäftigte sich am Donnerstag mit der Aufhebung der Lohnbewegung. Der Referent Liere erläuterte den Hergang der ganzen Bewegung und kritisiert hierbei die Handlungsweise der Behörde, welche durch Einziehen der Plakate Front gegen die Gehülfenbewegung macht. Weiter verurteilt Redner das Gebaren der Rixdorfer Meister, welche durch ihren Beschluß betreffs Aushängeverbot von Kennzeichen der Organisation den Fehdehandschuh hingeworfen haben.

Die Ausgaben der Bewegung sind folgende: für Drucksachen 509,35 M., für Inserate 405,— M., für Porto und Fahrgeld 134,36 M., für Gehalt 30,0 M., Summa 1078,71 M. Nach Abzug der zurückgezogenen resp. durchbrochenen Unterschriften sind zu verzeichnen 608 Bewilligungen, bei welchen 560 Gehülfen beschäftigt werden. Da nun nichts mehr zu erreichen ist, empfiehlt Redner nach Lage der Sache die Aufhebung der offiziellen Bewegung unter der Bedingung, daß der Kleinkrieg fortgesetzt wird. Es entspinnt sich hierauf eine stundenlange rege Debatte, in welcher die Redner versprechen, für eine lebhafte Agitation Sorge zu tragen. Gegen neun Stimmen wurde unter Beibehaltung des Kleinkrieges die diesjährige Lohnbewegung aufgehoben.

Die Arbeiterbildungsschule hielt am 26. Juli ihre ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem von Lammé gegebenen Vorstandsbericht ist hervorzuheben, daß der Vorstand beschlossen hat, ein eigenes Schullokal zu erwerben. Die Zustände der im Gewerkschaftshaus befindlichen Unterrichtsräume seien unhaltbar geworden und hinderlich für die Fortentwickelung der Schule. Die Schule soll in die Gegend des Bahnhofs Börse verlegt werden, wo sie von allen Stadtteilen leicht zu erreichen sei. Dem Vorstand, der schon mehrere Vorschläge hat, soll die Auswahl überlassen bleiben.

Der Besuch war im 2. Quartal etwas zurückgegangen, was jedoch mit der Jahreszeit in Verbindung zu bringen ist und sich jährlich wiederholt. Es waren Mitglieder am Schlusse des Quartals 335 Herren und 38 Damen. Der von Königs gegebene Kassenbericht schließt mit einer Einnahme von 824,15 M. und einer Ausgabe von 965,55 M. ab. Bestand am 30. Juni 1767,78 M. — Das Lehrerkollegium ist mit den in den einzelnen Kursen erzielten Erfolgen vollkommen zufrieden. Die Aufmerksamkeit war eine gute und die Diskussion trotz der Jahreszeit eine äußerst rege. Unger beantragt, einen Kursus für Literaturgeschichte einzuführen und macht auch gleich Vorschläge für den betr. Lehrer. Grunwald erklärt sich im Prinzip mit dem Antrag einverstanden, sei ja dieser Kursus doch auch schon abgehalten worden. Redner hält es aber gerade hier für notwendig, geeignete Lehrkräfte zu gewinnen. Es sollen ja nicht geistreiche Erzählungen abgehalten, sondern die Schüler vollkommen in das Gebiet der Literaturgeschichte eingeführt werden. Nachdem sich Katzenstein noch dagegen gewandt hatte, daß die Generalversammlung den Lehrer bestimmt, wird der Antrag angenommen und das weitere dem Vorstand überlassen. — Ein Antrag Gurland, welcher verlangt, den Kursus für Fortgeschrittene in Redeübung wieder aufzunehmen, wird nach längerer Debatte abgelehnt. Ausschlaggebend ist dafür ein in der letzten Generalversammlung angenommener Antrag Maurenbrecher: Der Fortbildungskursus in Redeübung wird aufgehoben. Dafür wird in jedem Quartal ein aus zehn Abenden bestehender allgemeiner Fortschrittskursus eingerichtet mit einer Maximalbeteiligung von 20 Hörern, dessen Stoff quartalsweise zwischen Nationalökonomie, Geschichte, Gewerkschaftswesen usw. wechselt und dessen Methode darin besteht, daß die Teilnehmer selber kleine Referate aus dem betreffenden Gebiet halten. Die Leitung dieses Kursus liegt in den Händen des betreffenden Fachlehrers. Unter Schulangelegenheiten ist dann noch der Antrag Keßler zu erwähnen, welcher Beschwerde gegen die geplante Methode des Lehrers in Redeübung erhebt. Es wird in dem Antrag verlangt, daß in einer besonderen Versammlung die Teilnehmer an betr. Kursus das Recht haben, über die im folgenden Kursus anzuwendende Methode mit ihrem Lehrer zu beraten und durch Stimmenabgabe darüber zu beschließen. Die folgende Debatte drehte sich hauptsächlich um den Punkt, ob die Generalversammlung oder der Vorstand das Recht hat, in die Lehrmethode eines Lehrers einzugreifen. Auch würden durch den Antrag Keßler Untervereine geschaffen, die ihre Aufgabe selbst regeln. Der Antrag wird schließlich abgelehnt. Jedoch beauftragte die Versammlung verschiedene Genossen, an der nächsten Vorstandssitzung, in welcher die Methode des Genossen Borchardt zur Sprache kommt, teilzunehmen. Daraufhin Schluß der Versammlung.

Zentralverband d. Böttcher u. Hülfsarbeiter Deutschl.
(Filiale Berlin.)

Am 7. August starb nach kurzer Krankheit unser altes Mitglied

August Kramke

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittag 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

39/11 **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis
(Görlitzer Viertel.)

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Böttcher

August Kramke

(wohnhaft Wienerstraße 39, Stadtbezirk 110)

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute nachmittag 4½ Uhr von der Leichenhalle des Emmauskirchhofes aus statt.

244/16 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf!

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schleifer

Gustav Bonnet

am 3. d. Mts. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

123/15 **Die Ortsverwaltung.**

Hierdurch sagen wir allen Freunden und Bekannten, besonders den Mitbewohnern, sowie den Kollegen vom Bau und den Mitgliedern des Wahlvereins für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und für die zahlreichen Kranzspenden unseren tiefgefühlten Dank. 4555

Frau Wwe. Lindner
nebst Kindern.

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch **hohen Nährgehalt** sich auszeichnend!
Täglich Sendungen **lebendfrischer,** ständig unter Eis gehaltener **Seefische** in **eigenen Kühlwaggons.**
Riesenfänge unserer Dampfer ermöglichen billigste Preise.

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee"
Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.
Seefisch-Kochbücher gratis.

Verkaufs-Niederlagen:
Prinzenstraße 30 (am Moritzplatz). | **Madaistraße 22** (im Schlesischen Bahnhof). | **Landsbergerstraße 52-53** (der Kurzenstr. gegenüber).

Gr. Schellfisch mit Kopf im Ganzen **20** Pf.
Cabliau ohne Kopf im Ganzen **23** Pf.
Seelachs mit Kopf im Ganzen **20** Pf.
Pf. pr. Pfd. **25** im Anschnitt
Bratschellfische / **Bratflundern** **20,** 3 Pfd. **50** Pf.
Goldbarsch Ersatz für Zander **20** Pf.
Schollen . . . . . **30** Pf.
Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Vom Mai bis August inkl. bis 8 Uhr abends, außer Sonnabends, geöffnet.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt | Belle Alliancestrasse | Grosse Frankfurterstrasse | Brunnenstrasse

Freitag, Sonnabend, Montag, Dienstag **Schulbedarfs-Artikel** *soweit der Vorrat reicht*

Schreibhefte 20 Blatt stark mit Löschblatt	Dtz. 70 Pf.
Oktavhefte 3, 5 Pf.	Aufgabenhefte 4, 6 Pf.
Diarien mit festem Deckel	18, 25, 38 Pf.
Diarien mit Wachstuchdeckel	18, 35 Pf.
Löschblätter stark, in Mappen	25 Blatt 6 Pf.
Blaue Umschläge	25 Bogen 10 Pf.
Heftetiquetten	100 Stück 10 Pf.
Löschblatt-Oblaten	50 Stück 9 Pf.
Radiergummi AKA, Töff Töff, Blitz etc.	5, 8, 10
Schulbleistifte	Dutzend 22, 35 Pf.
Zeichenkohle	Etuis 5 Pf.
Zeichenblocks 9, 15, 20 Pf.	Zeichenständer 48 Pf.
Federhalter	2, 4, 8, 10 Pf.
Federkasten	9, 15, 25 Pf.
Federkasten doppelt	18, 30, 45 Pf.
Federkasten schwarz	25, 35, 48 Pf.
Frühstückstaschen	Ledertuch 48 Pf., Leder 95 Pf.
Ordnungsmappen	25, 38, 55 Pf.
Zensurenmappen	25, 38, 60 Pf.

Butterbrotpapier	100 Bogen 18, 25 Pf.
Schultafeln	18, 22 Pf. poliert 45 Pf.
Klapptafeln	45, 90 Pf.
Tuschkasten für den Schulgebrauch	25, 50, 75 Pf.
Tuschkasten, Farben in Tuben	75, 1.50, 2.25
Zirkelkasten	25, 45, 95 Pf.
Reisszeuge n. Vorschr. f. Fachschulen	1.45, 2.25, 3.00 bis 20.00
Reissbretter	1.05, 1.45, 1.85
Griffel	Dutzend 8 Pf. weich Dutzend 18 Pf.

Schulmappen für Knaben

Ledertuch	95, 1.35, 1.75
Leder	3.45, 3.85
Rindleder schwarz 6.00,	braun 6.50

Schulmappen für Mädchen

Ledertuch	95, 1.65
Leder	3.65, 3.85
Rindleder schwarz 6.00	braun 6.50

Bleistifte Joh. Faber „Rafael"	4 Pf. Dutzend 45 Pf.
Bleistifte Joh. Faber „Dessin"	6 Pf. Dutzend 68 Pf.
Bleistifte A. W. Faber „Polygrades"	Stück 13 Pf.
Bleistifte H. C. Kurz „Rubens"	4 Pf. Dutzend 40 Pf.
Bleistifte „Dürer"	9 Pf. Dutzend 1.00
Schulfedern	3 Dutzend 15 Pf.
Schulfedern Perry 17	Dutzend 8 Pf.
Schulfedern Perry 28	Dutzend 10 Pf.
Schulfedern Alfred 2100	Dutzend 15 Pf.
Schulfedern Bremer Börsen	Dutzend 15 Pf.
Schulfedern Karton mit gemischten Federn ca. 120 Stück	25 Pf.
Knaben Jockey-Mützen	35 Pf.
Knaben Jockey-Mützen Cheviot oder Velvet	48, 85 Pf.
Knaben Schirmmützen	48, 75, 1.25
Knaben Matrosen-Mützen	60, 95, 1.60
Mädchen Matrosen-Mützen	75, 95 Pf.
Schul Schirme für Knaben und Mädchen	1.25
Kinder-Capes aus gutem blauen Cheviot mit roter Kappe, in verschiedenen Längen	2.65

Schwarze Hängeschürze mit Volant farbig besetzt

Grösse ca.	50	55	60	65	70	75	80 cm
	1.35	1.45	1.55	1.65	1.75	1.85	1.95

Schwarze Reform Hängeschürze mit Volant u. farb. Besatz

Grösse ca.	60	65	70	75	80	90 cm
	1.45	1.60	1.75	1.90	2.05	2.35

Schwarze Reform-Hängeschürze m. Volant, farb. Bortenbes.

Grösse ca.	60	65	70	75	80	90 cm
	1.85	2.—	2.15	2.30	2.45	2.75

Schwarze Reform-Hängeschürze m. Volant, eleg. Garnierung

Grösse ca.	60	65	70	75	80	90 cm
	1.95	2.10	2.25	2.40	2.55	2.85

Knaben Schul-Hosen aus dunkelblauem Cheviot

für das Alter von ca.	6—8	9—10	11—13 Jahren
	1.45	1.70	1.95

Knaben Schul-Blusen dunkelblau u. weiss gestreifte Stoffe oder blau Cheviot

für das Alter von ca.	6—8	9—10	11—13 Jahren
	2.15	2.90	3.65

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Die Parteigenossen des 6. Bezirks veranstalten am 12. August einen Familienausflug nach Schmargendorf, Café Pein, Hubertusbadstr. 8. Abmarsch pünktlich 1½ Uhr von Mertens, Krummestr. 43. Die Genossen der anderen Bezirke sind hierzu eingeladen. Der Bezirksführer.

Weißensee. Den Genossen die Mitteilung, daß Genosse Siegfried Leby, Lothringenstr. 14 II wohnhaft, in der Generalversammlung des hiesigen Wahlvereins am 24. Juli 1906 als Vorsitzender gewählt wurde. Alle Zuschriften sind nunmehr an diese Adresse zu senden.

Mahlsdorf. Der Wahlverein für Mahlsdorf und Umgegend feiert am Sonntag, den 12. d. M. im Lokal von Werneke, Hönowerstraße 6 sein Stiftungsfest. Anfang nachmittags 4 Uhr. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Spandau. Am Sonntag, den 12. August feiert der hiesige Wahlverein sein diesjähriges Sommerfest in Teßnows Volksgarten, Hakenfelde. Das reichhaltige Programm verspricht einem jeden Genossen, einer jeden Genossin mit ihren Angehörigen einen vergnügten Sonntag. Im übrigen verweisen wir auf das Inserat in der heutigen Nummer.

Schildow, Blankenfelde (Bezirk Nieder-Schönhausen). Am Sonntag, den 12. d. M. findet in Mönchsmühle bei Knappe nachmittags 3 Uhr die fällige Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vorlesung des Genossen Böhm über: Kapital und Arbeit. 2. Diskussion und Verschiedenes. Die Genossen werden ersucht, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Treffpunkt für die Nieder-Schönhauser Genossen Punkt 1 Uhr bei Dücker, Eichenstraße 70. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Freisinn und Hausagrarier.

In Eisenach haben in diesen Tagen die Hausagrarier Deutschlands ihre alljährliche Zusammenkunft abgehalten, die sich „Deutscher Hausbesitzertag“ nennt. Wieder haben sie einander ihre schwere Not geklagt und all' ihre heißen Wünsche vorgetragen.

Die Magnaten des städtischen Grundbesitzes gelten als die festeste Stütze des bürgerlichen Liberalismus. So ist es nicht nur in unserem Berlin, so ist es in den meisten der größeren Städte. Wo in den Kommunalverwaltungen der Liberalismus sich zu behaupten gewußt hat, da verdankt er das den Hausagrariern. Dafür erwarten sie von ihm, daß er ihnen ihre Geschäfte besorgt. Stellt er sich mal bockbeinig, so kündigen sie ihm die Freundschaft und drohen mit Abmarsch nach rechts. In Berlin kann man es vor den Stadtverordnetenwahlen ziemlich regelmäßig erleben, daß in Hausbesitzerkreisen Stimmen laut werden, man solle nicht länger den Liberalismus unterstützen, der die Wünsche der Hausbesitzer nicht willig genug erfülle. Aber die bröcklig gewordene Freundschaft wird dann immer noch wieder repariert, weil beide Teile sehr wohl wissen, daß sie so am besten fahren.

Auch auf Landtag und Reichstag sucht der städtische Grundbesitz immer mehr Einfluß zu gewinnen. In Eisenach erklärte ein Delegierter, er sei liberal und werde es bleiben; doch wenn ein konservativer Abgeordneter für die Hausbesitzer eintrete, dann werde er diesem seine Stimme geben. Dieser Liberale war aus Greifswald. Aber in Berlin fehlt es nicht an Leuten, die gegebenenfalls bereit wären, ihm das nachzumachen. In Berlin sind die liberalen Hausagrarier bisher nur in der angenehmen Lage gewesen, so etwas nicht nötig zu haben. Vor den letzten Landtagswahlen haben sie die Freisinnskandidaten der Berliner Wahlkreise auf Herz und Nieren geprüft. Ueber einige dieser armen Schächer ist bekannt geworden, daß sie damals den Hausbesitzern die befriedigendsten Zusicherungen gegeben haben. Als sie im Landtag nicht schon bei der nächsten Gelegenheit Anstalten machten, ihr Wort einzulösen, wurden sie von den mißtrauisch gewordenen Hausagrariern Berlins sehr nachdrücklich an ihre Pflicht gemahnt.

Auf dem Hausbesitzertage in Eisenach ist nun dem Liberalismus aufs neue das Gewissen geschärft worden. Ein Antrag Hartwig, der sich gegen staatliche oder kommunale Unterstützung von Baugenossenschaften richtete, empfahl, in jedem Einzelfalle bei den staatlichen bezw. kommunalen Behörden Einspruch zu erheben. Herr Hartwig meinte, besonders in Berlin müsse endlich einmal daran gegangen werden, den Freisinn nachdrücklich zugunsten der Hausbesitzer zu bearbeiten. Der Harmlose behauptete, hier habe man das nur mit dem freisinnigen Abgeordneten Rektor Kopsch getan, mit keinem anderen weiter. Aber ein Vertreter für Berlin konnte sofort feststellen, daß das ein Irrtum ist. Er selber z. B. habe auch mit dem freisinnigen Abgeordneten Lehrer Merten verhandelt. Vorläufig sei zwar nicht viel erreicht worden, aber die Herren hätten für später Berücksichtigung der Hausbesitzerwünsche zugesagt.

Man sieht hier wieder, wie gut die „Bürger zweiter Klasse“ ihr Handwerk verstehen. Und auch das sieht man aufs neue, wie bereitwillig der Liberalismus sich erbietet, ihr Handlanger zu sein. Die Eisenacher Bekenntnisse kennzeichnen nicht nur das Hausagrariertum, sondern auch den Freisinn, im besonderen den Berliner Freisinn. Da ist wirklich einer des anderen wert.

Sodom — Berlin. In der letzten Zeit ist die Reichshauptstadt wieder in sehr üblen Geruch geraten. Bei allen Frommen und bei vielen anderen Leuten ist der Berliner Sündenpfuhl geradezu eine Zucht- und Brutstätte für Mörder und Berlin müßte, wenn das viel verbreitete Urteil richtig wäre, der Schauplatz der meisten Mordtaten sein. Die Statistik spiegelt aber ein ganz anderes Bild. Sie bestätigt, daß nicht Junker- und Kirchenregiment der Menschheit Heil ist. Nach Provinzen geordnet starben nämlich von 100 000 Lebenden durch Mord:

Hannover	0,85	Personen
Pommern	1,20	„
Schleswig-Holstein	1,31	„
Berlin	1,54	„
Hessen-Nassau	1,66	„
Sachsen	1,75	„
Schlesien	1,78	„
Brandenburg	1,98	„
Posen	2,03	„
Westfalen	2,38	„
Westpreußen	2,43	„
Rheinland	2,65	„
Ostpreußen	2,71	„
Hohenzollern	7,41	„
Preußen	1,96	Personen

Läßt man das kleine Hohenzollern unberücksichtigt, dann stehen Ost- und Westpreußen sowie Rheinland und Westfalen mit der Verhältniszahl weit voran; Ostpreußen z. B. überragt Berlin um 76 Proz. Das fromme Rheinland-Westfalen hat an der eigenen Last nicht genug, dort wird die Kriminalstatistik bereichert durch den enormen Zuzug aus dem Osten des Reiches, wo Junker und Pfaffen das Volk — veredeln. Auch Posen und das überfromme Schlesien, wo der katholische Kaplan und der Zentrumsgraf regieren, stehen Berlin weit voran. Das rote Sachsen und das rote — kirchenfremde Berlin nehmen in der Kriminalstatistik einen durchaus ehrenvollen Platz ein.

Die Drucksachen- und Warenprobenbeförderung, welche die Berliner Packetfahrt-Gesellschaft einzuführen beabsichtigt, wird vom 15. August ab von der genannten Gesellschaft betrieben werden. Die Beförderung von Drucksachen, Zeitungen, Warenproben usw. erfolgt auf Grund von Speditionslisten. Die Sachen müssen sich, wenn kuvertiert, in offenen, unadressierten Briefumschlägen befinden. Der Bestellbezirk erstreckt sich über Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg, Wilmersdorf und die innerhalb der Stadtringbahngrenze belegenen Ortsteile von Friedrichsberg. Die Preise für Drucksachen usw. stellen sich pro Sendung bis 50 Gramm auf zwei Pfennig, bis 100 Gramm 3 Pfennig, bis 250 Gramm 3½ Pfennig usw. bis auf 15 Pfennig pro 1000 Gramm. Bei Warenproben stellt sich die Gebühr bis 250 Gramm auf 6 Pfennig, und steigend bis auf 15 Pfennig bei 1000 Gramm. Diese Warenprobensendungen sind gegen Verlust versichert und wird bei Abhandenkommen einer derartigen Sendung ein Schadenersatz bis zum Höchstbetrage von 2 Mark geleistet. Bei Verteilung von Drucksachen, Warenproben usw. ohne aufgegebene Adressen an sämtliche Bewohner bestimmter Straßen werden die Speditionspreise auf ¾ bis ⅝ Pfennig herabgesetzt. Bei Verteilung von Drucksachen an Inhaber bestimmter Branchen, wie beispielsweise Restaurateure, Bäcker, Hauswirte usw., stellt sich der Preis bei Aufgabe von 1000 Stück auf 15 Mark.

Wenn wir uns für verpflichtet halten, von der neuen Einrichtung der Packetfahrtgesellschaft im Interesse des Verkehrs Notiz zu nehmen, so wollen wir doch auch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß sich im Augenblicke die Angestellten der Gesellschaft in einer Lohnbewegung befinden und daß deshalb Aufträge von Organisationen und Privatleuten bis zu einer befriedigenden Erledigung der Bewegung nicht gegeben werden können.

Die Zufuhr russischer Gänse auf dem Magerviehhof in Friedrichsfelde ist seit einigen Tagen fast vollständig ins Stocken geraten. Infolge der in Rußland neuerdings eingetretenen Unruhen ist es unmöglich, die Gänse an den Grenzstationen zur Verladung zu bringen, und die Tiere krepieren an den Sammelstellen zu vielen Tausenden. An manchen Tagen treffen nur ein bis zwei Ladungen der Martinsvögel in Berlin ein und die Gänsemästereien sind infolgedessen nicht in der Lage, ihren Bedarf auf dem Markt in Friedrichsfelde decken zu können.

Drei Personen bei einer Aetherexplosion verunglückt.

In der Eisermannschen Spritfabrik, Mühlenstr. 6/7, erfolgte heute mittag 11½ Uhr eine **gewaltige Explosion**, bei der der sechzigjährige Vorarbeiter Schulz aus der Memelerstr. 83 und der 36jährige Arbeiter Hennig aus der Sorauerstraße **getötet** wurden, während ihr Kollege Schmidt so schwere Brandwunden davontrug, daß er sofort ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Die Fabrik wurde bereits vor zwei Jahren einmal von einem mit zahlreichen Explosionen verknüpften Brande heimgesucht, bei dem auch verschiedene Feuerwehrleute verunglückten. Diesmal erfolgte die Explosion in der Aetherfabrik. Dort waren verschiedene Arbeiter damit beschäftigt, Aether auf Glasballons aufzufüllen. Angeblich hat nun der mitverunglückte Schulz sich dann überzeugen wollen, ob ein solcher Ballon bald voll sei. Zu diesem Zweck bog er ihn zur Seite und im selben Augenblick explodierte dieser auch. Die Wirkung war eine vernichtende. Durch die Stichflammen wurden noch andere Ballons zur Explosion gebracht und der hierbei erzeugte Luftdruck warf alle Fensterscheiben des brennenden Raumes auf den Hof. Lichterloh brennend und hülfesuchend stürzte der Arbeiter Schmidt aus dem Fabrikausgange und brach dann auf dem Hofe zusammen. „Menschenleben in Gefahr! Großfeuer!“ hallte es bald auf sämtlichen Feuerwachen und komplett eilten die erste, zweite und fünfte Kompagnie mit insgesamt zwölf Zügen zur Brandstelle. Fünf Dampfspritzen überschütteten das brennende Fabrikgebäude vorerst mit riesigen Wassermengen, um das Feuer zu lokalisieren. Erst nachdem dieses geschehen und die Gefahr weiterer Explosionen nicht mehr zu befürchten war, konnte an die Bergung der Leichen gegangen werden. Von vornherein war mit Sicherheit festgestellt worden, daß zwei Personen sich nicht hatten retten können. Schulz wurde denn auch alsbald tot aufgefunden. Hennig war durch den gewaltigen Luftdruck zwischen einen Apparat und die Wand geschleudert worden und konnte erst nach längerer Anstrengung geborgen werden. Die drei Verunglückten sind verheiratet und Familienväter.

In den Fahrstuhlschacht hinabgestürzt. Ein schwerer Unglücksfall hat sich Mittwoch nachmittag auf dem Fabrikgrundstück Elsenstraße 11 ereignet. Der Maurer Robert Verberske hatte in der dritten Etage am Fahrstuhl Löcher zuzumauern und war dabei auf ein Rüstbrett getreten, dem fahrlässigerweise vorher die Unterlage genommen worden war. Infolgedessen brach V. ein und stürzte in den Schacht hinab. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen wurde der Verunglückte davongetragen.

Vergeblich „gearbeitet“. Großes Pech hatte in der vergangenen Nacht eine Einbrecherbande, die einer Gummifabrik in der Weydingerstraße einen Besuch abstattete. Um in das Bureau, in dem die Bande große Geldsummen vermutete, zu gelangen, rissen die Einbrecher einen Teil der Mauer heraus, doch als sie damit zu Ende waren, stießen sie auf ein mächtiges eisernes Gittertor. Vergeblich bemühten sie sich nun, das neue Hindernis zu sprengen. Bei dieser schwierigen und anstrengenden Arbeit zogen sich die Täter fast sämtlich so schwere Verletzungen zu, daß sie den Einbruch schließlich aufgeben und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Vorsichtigerweise suchten sie die abgelegene Unfallstation in der Lindowerstraße auf und ließen sich dort am Kopf, Armen und Händen eine ganze Reihe von Verletzungen verbinden. An der Einbruchstelle hatten sie große Blutspuren zurückgelassen. Die Kriminalpolizei ist der Bande bereits auf den Fersen.

Durch die Explosion einer Platzpatrone ist gestern nachmittag wieder ein schwerer Unglücksfall herbeigeführt worden. In einer Laubenkolonie in der Nähe des Bahnhofes Jungfernheide hatten mehrere Schulknaben mit Platzpatronen, die sie wohl jedenfalls auf dem Schießplatz gesammelt, gespielt. Sie waren dabei so unvorsichtig zu Werke gegangen, daß plötzlich eine der Patronen explodierte. Die gesamte Ladung drang dem 13jährigen Schüler Otto Schnuchel aus der Wallstr. 25 in den Kopf und ins Gesicht. Auch die Blechteile der Patrone hatten sich in den Körper des Knaben gebohrt. Der von der Charlottenburger Unfallstation hinzugerufene Arzt leistete dem Sch. die erste Hülfe und veranlaßte dann seine Ueberführung nach dem Westender Krankenhause. Der Zustand des Knaben ist recht bedenklich.

Folgenschwerer Absturz von der Brücke. Bei einem bedauerlichen Unglücksfall hat sich gestern nachmittag der 48jährige Arbeiter Rudolf Wohlgemut, Knobelsdorffstr. 21, lebensgefährliche Verletzungen zugezogen. W. hatte an der Dovebrücke am Charlottenburger Ufer Reparaturarbeiten ausgeführt, tat dabei einen Fehltritt und stürzte ab. Er schlug mit dem Kopf so unglücklich auf die gepflasterte Böschung, daß ein schwerer Schädelbruch herbeigeführt wurde. Auch an der Stirn und im Gesicht hatte W. schwere Verletzungen erlitten. Er erhielt die erste Hülfe auf der Unfallstation XI und fand im Krankenhaus in Westend Aufnahme.

Zwei Personen ertrunken. Die Gewässer der Umgebung Berlins, in denen in diesem Sommer schon so außerordentlich viel Personen ertrunken sind, haben gestern wiederum zwei Opfer gefordert. In der Oberspree an der Dammbrücke ertrank der 12jährige Schüler Klaustholer aus Köpenick. Der Knabe hatte geangelt und dabei anfangs am Ufer gestanden. Da jedoch kein Fisch anbeißen wollte, zog er sich aus und ging mit seiner Angel in das Wasser hinein. Er geriet an ein tiefes Loch, sank unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Später wurde die Leiche des Ertrunkenen ans Ufer gespült. — In der Oberhavel bei Tegel fand die 32jährige Kinderfrau Anna Kühnecke den Tod in den Wellen. Frau Kühnecke hatte einen Ausflug nach den nördlichen Vororten unternommen und vergeblich harrte die Herrschaft auf ihre Rückkehr. Gestern wurde die Leiche der Kühnecke aus der Havel gelandet. Die Bedauernswerte war jedenfalls abends auf dem Heimwege bei der Dunkelheit an einer gefährlichen Stelle ins Wasser geraten und ertrunken.

Gegen die Sperrung des Seeuferweges in Tegel will Freitag abend eine öffentliche Versammlung der Tegeler Bürgerschaft in Trapps Festsälen, Bahnhofstraße 1, protestieren. Die gesperrte Stelle bildete auch am Mittwoch den Zielpunkt zahlreicher Ausflügler aus Berlin. Von verkehrstechnischem Standpunkt aus ist die Sperre geradezu unbegreiflich. Der Gemeindevorstand hat die gesperrte Stelle des Weges bereits mit Gras besäen lassen. Der Versuch, Gras über die Angelgenheit wachsen zu lassen, wird dem Tegeler Gemeindevorstand bei der tiefgehenden allgemeinen Erregung der Einwohnerschaft wohl kaum gelingen.

Ein Vorfall, der leicht größeres Unheil anrichten konnte, ereignete sich gestern nachmittag 5 Uhr in der Gneisenaustraße unweit der Garnisonkirche. Dortselbst stand ein Arbeitsgefährt des 1. Garde-Dragoner-Regiments, als plötzlich vor einem vorbeisausenden Automobil die Pferde scheuten. Der Dragoner suchte die Pferde aufzuhalten, geriet jedoch unter den Wagen und wurde überfahren. Gleich darauf sprang der Hinterwagen aus und die Tiere jagten mit den Vorderrädern die Gneisenaustraße entlang. An der Ecke der Nostitzstraße rannten sie mit solcher Wucht gegen einen Straßenbahnwagen, daß eines der Tiere sofort verendete. Das zweite konnte unbeschädigt aufgehalten werden.

Verloren gegangen ist die Liste Nr. 1796 der ausgesperrten Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen auf dem Bau Tempelhofer Ufer 9. Dieselbe ist anzuhalten und an August Dalg, Restaurateur, Berlin, Skalitzerstr. 51/52, abzugeben.

Feuerbericht. Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde am Mittwoch abend der 12. Löschzug nach der Frobenstraße 8, Ecke der Schwerinstraße, gerufen. Als der Zug dort ankam, stand der Dachstuhl schon in hellen Flammen. Sie hatten an dem Inhalt der Bodenverschläge, besonders an Brennmaterialien, reiche Nahrung gefunden, weshalb die Wehr kräftig Wasser geben mußte, um des Feuers Herr zu werden. Ein zweiter Brand beschäftigte den 5. Zug in der Luckauerstraße 10, wo künstliches Terpentin, Regale u. a. in einer Galvanisieranstalt brannten. Auch dort mußte die Wehr energisch vorgehen, um eine weitere Ausdehnung des Feuers zu verhüten. Hier soll der Brand durch die Entzündung von Terpentin entstanden sein. Gestern früh hatte die Feuerwehr in der kleinen Stralauerstraße 7 zu tun, wo eine Klosettverpackung in Brand geraten war. Drei Wohnungsbrände beschäftigten die Feuerwehr in der Oranienstraße 138, Schwedterstraße 52 und Leipzigerstraße 30. Ferner hatte die Wehr in der Chausseestraße 2, Elsasserstraße 89 und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Das Schulwesen Rixdorfs. An Schulen besitzt Rixdorf ein viertelhundert Gemeindeschulen und ein Realgymnasium, das mit einer Realschule verbunden ist. Geplant ist die Errichtung einer höheren Mädchenschule nebst Mädchenmittelschule.

Dem „Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Rixdorf“, den der Magistrat über das Jahr 1905 erstattet hat, entnehmen wir, daß im Winterhalbjahr 1905/06 in 25 Gemeindeschulen 22 042 Kinder saßen (einschl. einer Hülfsschule mit 83 schwachbefähigten Kindern). Diese 25 Schulen bestanden aus 377 Klassen, die von 345 Lehrkräften in 337 Klassenräumen unterrichtet wurden. Es kamen also auf jede Klasse durchschnittlich 58—59 Kinder, auf jede Lehrkraft durchschnittlich 64 Kinder. Wohlgemerkt: Das sind Durchschnittszahlen! Wie die Dinge im einzelnen liegen, darüber ist aus dem Bericht nichts zu ersehen. Aber bei so hohen Durchschnitten, die z. B. noch sehr weit über die wahrlich nicht niedrigen Berliner Durchschnitte hinausgehen, darf man vermuten, daß es in manchen Klassen noch immer ganz unerhört hohe Frequenzen gibt.

Da erfreut sich die höhere Lehranstalt denn doch ganz anderer Frequenzverhältnisse. Im Winterhalbjahr 1905/06 saßen in den 12 Realgymnasialklassen Sexta bis Obersekunda 319 Schüler, in den 11 Realschulklassen Sexta bis Untersekunda 351 Schüler. Das ergibt im Durchschnitt pro Klasse dort nur 26—27 Schüler, hier nur 29—30 Schüler. Man wird uns antworten, für höhere Lehranstalten seien eben andere Frequenzen als für Gemeindeschulen nötig und üblich. Doch die höhere Lehranstalt hat auch noch mehrere Vorschulklassen, ohne die sich ja die Besitzenden keine richtige höhere Lehranstalt denken können. Zum mindesten die Vorschulklassen dürfen doch wohl zu den Klassen der Gemeindeschulen in Parallele gestellt werden. Da sehen wir nun, daß im letzten Winter in sieben Vorschulklassen 358 Kinder saßen, das macht pro Klasse 51 Kinder. Nur 51 Kinder hier, aber 58—59 Kinder pro Klasse in den Gemeindeschulen! Die Gemeindeschulen sind also im Punkte der Frequenz immer noch bedeutend schlechter gestellt als die Vorschulklassen.

Interessant ist übrigens, daß der Zudrang zur Vorschule in der letzten Zeit ganz außerordentlich zugenommen hat. Im Winter 1903/04 saßen in ihr erst 229 Kinder, im Winter 1904/05 waren es 300, und im Winter 1905/06 stieg die Schülerzahl, wie oben angegeben, auf 358. In Berlin hat seit einer Reihe von Jahren die Zahl der Vorschüler sich nicht mehr erheblich geändert, desto mehr ist sie dafür in den Vororten in die Höhe gegangen. Es scheint, daß auch Rixdorf nicht zurückbleiben und sich von den Vororten des Westens nicht beschämen lassen will. Die Honoratioren von Rixdorf werden es zufrieden sein, daß sie ihre Kinder nicht in den ersten Schuljahren die „ordinäre Gemeindeschule“ besuchen zu lassen brauchen.

Der Bericht macht noch ein paar Mitteilungen über die Kosten des Schulwesens. Realgymnasium und Realschule fordern 100 M. Schulgeld, während die Vorschule sich mit 80 M. begnügt. Trotzdem betrug im letzten Jahre der aus Stadtmitteln zu leistende Zuschuß zu den Kosten der höheren Anstalt noch 106,15 M. pro Schüler — nach Abzug des Schulgeldes. In den Gemeindeschulen wird das bißchen Bildung, das für den Nachwuchs

des Proletariats als ausreichend gilt, umsonst gespendet. Trotzdem stellte sich im letzten Jahre der von der Stadt für die Gemeindeschulen aufzuwendende Betrag pro Schulkind auf nur 51,73 M.

Man sieht: Rixdorf könnte für sein Volksschulwesen genau doppelt soviel tun wie bisher — und der Zuschuß pro Gemeindeschulkind würde immer noch nicht an denjenigen heranreichen, den die Stadt für die Schüler der höheren Lehranstalten hergibt. Aber die Besitzenden sind freilich der Ansicht, daß für die unbemittelte Bevölkerung, die ja überhaupt nichts zu verlangen habe, hinsichtlich der Schulbildung gerade genug und eigentlich schon zu viel getan werde.

Pankow.

Die Gemeindevertretung beschloß am 7. d. M. endgültig, den unverdienten Wertzuwachs, der sich bei Grundstücksverkäufen ergibt, mit einer Steuer zu belegen. Die Versammlung, die zum ersten Male von dem neugewählten Gemeindevorsteher Kuhr geleitet wurde, nahm den Entwurf der betr. Steuerordnung gegen eine Stimme an. Die Steuerordnung soll — nach Erteilung der ministeriellen Genehmigung — mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft treten.

Die Gemeindevertretung bewilligte außerdem monatlich 300 M. für die Gestellung der Bespannung für die freiwillige Feuerwehr. In der Submission hierfür lagen noch Angebote über 540 bezw. 610 bezw. 750 M. vor.

Zum 29. Städtetage am 24. und 25. September d. J. wurden der Gemeindevorsteher und Schöffe Hetzn delegiert.

Die Wassernot ist nunmehr dadurch beseitigt, daß Berlin mit seiner Leitung aushilft, bis Pankow sein Wasserwerk vergrößert haben wird. Freilich hat Berlin außer Bezahlung des Wassers noch besondere Bedingungen gestellt. Namentlich handelt es sich um Freigabe einiger Straßen (Talstraße, Bahnhof Pankow-Heinersdorf) zur Durchlegung großer Berliner Kanalisations-Druckrohre. Die Entscheidung über den von Berlin gegen die Anlegung des Pankower Wasserwerkes am Tegeler See erhobenen Einspruch steht noch aus.

Angeregt wurde ferner, wegen Einrichtung eines zweiten Postamtes und zwar im östlichen Teile von Pankow erneut vorstellig zu werden und eine zweite Polizeiwache in der Berlinerstraße oder einer angrenzenden Straße in der Nähe der Berliner Grenze vorzusehen, da durch die fortschreitende Bebauung die Sicherheit des Publikums in jener Gegend gefährdet werde.

Lichtenberg.

Einen recht charakteristischen Beitrag über die Tätigkeit eines Arbeitgebervertreters in der Ortskrankenkasse in Lichtenberg erhalten wir in einer Zuschrift des Arbeitgebervertreters Groß. In der Zuschrift heißt es:

„Es ist unwahr — daß ich jemals aufgefordert wurde, die Soll- und Restliste einer Revision zu unterziehen und daß ich dieses abgelehnt habe mit dem Bemerken: Dafür habe man doch einen Beamten angestellt! — Gust. Groß, Frankf. Allee 163.

Der Herr Groß scheint eine merkwürdige Fähigkeit dafür zu besitzen, Aeußerungen, die ihm später unbequem sind, zu vergessen oder mindestens — zu leugnen. In der letzten Generalversammlung leugnete er auch ganz ungeniert, er habe in der Versammlung im April nicht gesagt, die „Volksztg." gehe zu weit. Hat er einen Rüffel bekommen und die Aeußerung aus Angst verschwitzt? Um seinem Gedächtnis etwas nachzuhelfen, folgendes: Nachdem der Hauptredner der Arbeitgebervertreter, Herr Plonz, dem Vorsitzenden Schulz Anerkennung für seine objektive Berichterstattung gezollt hatte, wandte der berichtigende Herr Groß sich gegen den Delegierten Levin, der ihm vorgeworfen hatte, trotz Aufforderung die Sollliste nicht revidiert zu haben. Herr Groß sagte:

Mir war schon vor längerer Zeit bekannt, daß vertrauliche Sachen schwebten. Nicht nur von Herrn Horstmann, auch von anderer Seite bin ich aufmerksam gemacht, habe aber nichts gefunden. Herr Levin hatte mir gesagt, ich sollte doch mal die Sollliste nachsehen; ich sagte, das geht doch nicht, wir können doch nicht alles nachsehen, dafür haben wir einen Beamten angestellt. (!!) Wir haben keine Pflicht vernachlässigt, schwer nachgerechnet, aber nichts gefunden. . . .

Der Rendant Grauer ging später auf dies Geständnis ein und bemerkte: „Wenn Herr Groß sich darauf beruft, für die Kontrolle sei der Beamte angestellt, dann muß man mir doch auch zubilligen, daß ich mich auf die Beamten verlassen kann, ich kann doch auch nicht jede Arbeit nacharbeiten; das ist doch unmöglich. . . ."

Es ist doch wirklich ein starkes Stück, diesen Tatsachen gegenüber den § 11 des Preßgesetzes zu mißbrauchen.

Da Herr Groß aber wahrscheinlich noch nicht befriedigt ist, soll ihm auch gleich noch quittiert werden über eine der „Berichtigung" beigefügte ruppige Bemerkung. Er beschwert sich, daß der Bericht im „Vorwärts" nicht ganz vollständig sei. Das stimmt! Dem Fehler sei zur Freude des Herrn Groß etwas nachgeholfen. Rendant Grauer führte u. a. aus:

„Herr Groß hat behauptet, ihm seien für einen Monat zwei Rechnungen — über Kassenbeiträge — zugegangen. Das stimmt nicht! Lediglich sind ihm für zwei Monate Rechnungen zugegangen, die lediglich durch den ausstellenden Beamten versehentlich am Kopf mit dem gleichen Monatsvermerk versehen waren. — Aber sie trugen die richtigen Monatsstempel des Rendanten. — Herr Groß hat das auch gewußt und die Rechnungen zunächst richtig verbucht. Später hat er seine Bücher aber korrigiert und die beiden Rechnungen für einen Monat eingetragen. Ich möchte das als nicht fair bezeichnen . . ."

Und Herr Groß, der sich gern „vervollständigt" sieht, erwiderte:

„Es ist richtig, daß ich nachher umgebucht habe. Das war unvorsichtig, ich hätte erst abwarten müssen, ob die Rechnung nochmals präsentiert würde. . . ."

Und mit diesem Material glaubten die Herren die Einsetzung eines Kommissariats erzwingen und die Arbeiterschaft von der Verwaltung der Kasse ausschließen zu können. Aber die Behörde konnte mit dem gelieferten Material nichts anfangen und lehnte den Antrag auf Einsetzung eines Kommissariats ab.

Wenn Herr Groß nun noch nicht groß genug ist, können wir ihn noch etwas — größer werden lassen.

Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Die Lustbarkeits- und Billettsteuerordnung hat die Genehmigung der Behörden erfahren und ist auch bereits in Kraft getreten. Von nun ab ist jedwede Veranstaltung, jedes Musikinstrument in den Lokalen usw. einer Steuer unterworfen. Jedes Billett von 25 Pf. aufwärts ist tributpflichtig, die Tanzlustbarkeit wird nach Quadratmetern berechnet usw. Auch die Wertzuwachssteuer hat die Genehmigung des Ministers des Innern erhalten, jedoch sollen noch einige Aenderungen vorgenommen werden, so unter anderem sollen Schenkungen unter Lebenden steuerfrei bleiben, da hier bereits die Erbschaftssteuer in Kraft tritt, ferner soll die Steuer mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft treten, und nicht schon am 1. April 1906, da das Publikum erst Kenntnis von der Steuer erhalten soll. Da dieselbe rückwirkend nicht zur Geltung kommt, geht der Gemeinde eine Summe von zirka 250 000 M. verloren, da die Grundstücksverkäufe in letzter Zeit rapid zugenommen haben.

Der Wochenmarkt, welcher in der verkehrsreichen Königchaussee hinderlich war, wird vom 1. Oktober ab nach der Charlottenburgerstraße verlegt. Elektrische Straßenbeleuchtung wird unser Ort in Zukunft auch erhalten und zwar soll die Langhansstraße von der Königchaussee bis zur Gustav Adolfstraße mit Bogenlicht nach Berliner Muster beleuchtet werden; diese Beleuchtung hat der Unternehmer Ruthenberg kostenfrei zu liefern, dafür erhält er die Erlaubnis, einen Kanal zu bauen zwecks Verlegung von Dampf- und Wasserleitungsröhren zu seinen über die Straße liegenden Fabrikgrundstücken. Für den nach Berlin verzogenen Gemeindevertreter Forbrig (bürgerlich) findet in allernächster Zeit eine Neuwahl statt, er vertrat bisher die dritte Abteilung des alten Ortsteils und werden sich unsere Genossen befleißigen, diesmal den Sieg an unsere Fahne zu heften.

Tegel.

Vom Dampfer gestürzt und ertrunken ist der Heizer des Dampfers „Neptun I" der Spandauer Schiffahrtsgesellschaft. Als der Dampfer, von Tegel kommend, um 11 Uhr bei Tegelort anlegte, wollte der Heizer ein Tau um den Anlegepfahl werfen. Hierbei glitt er aus und fiel zwischen dem Dampfer und der Landungsbrücke ins Wasser. Der Unglückliche muß unter den Dampfer geraten oder vom Herzschlage getroffen worden sein, denn er kam nicht wieder zum Vorschein. Die Leiche ist noch nicht gefunden worden.

Ober-Schöneweide.

Zu der Notiz in unserer Sonnabendnummer: „Todessturz eines Kindes" teilt uns das Publische Ehepaar mit, daß sie sich während der Zeit, wo das Kind aus dem Fenster gefallen ist, unweit des Hauses an der Spree befanden. Auch sei dasselbe von zwei Frauen schon vorher von der Unglücksstelle weggetragen worden, bevor die Eltern des Kindes herangekommen seien.

Ein neues Geschäft ausgeplündert haben Einbrecher, welche dem Uhrmacher Grünwaldt in Ober-Schöneweide einen unwillkommenen Besuch abstatteten. G. hatte vor kurzem in der Mathildestr. 1a ein Ladengeschäft eröffnet, in welchem er Uhren und Goldwaren vertrieb. In der vorgestrigen Nacht gelang es Einbrechern, in den Laden des G. einzudringen, nachdem sie die Zugangstür mittels Stemmeisen geöffnet hatten. Bei dem Zusammenpacken der Goldsachen wurden sie jedoch anscheinend gestört, denn es gelang ihnen nur, für 1200 M. Wertsachen mitzunehmen. Mit der Beute sind die Verbrecher vermutlich nach Berlin entkommen.

Achtung, Kinderspiele! Die Eltern, welche am Sonntag, den 12. d. M., die Spielpartie mit ihren Kindern mitmachen wollen, seien darauf aufmerksam gemacht, daß die Partie nicht nach Adlershof, wie auf den Flugblättern verzeichnet steht, sondern umständehalber nach Restaurant „Pferdebucht" gemacht wird. Um zahlreiche Beteiligung der Eltern und Kinder bittet die „Fr. Turnerschaft". Die Kinder werden um 2 Uhr von den Sammelplätzen abgeholt.

Adlershof.

Das Gewerkschaftskartell von Adlershof und Umgegend veranstaltet am Sonntag, den 12. August, ein großes Gewerkschaftsfest in Bölsteins Lustgarten (siehe Inserat vom Mittwoch, den 8. d. M.).

Da nachmittags 3 Uhr der Festzug mit Musik stattfindet, so hat sich jeder Festzugteilnehmer behufs Aufstellung zwischen 2—2½ Uhr vor dem früher Fechnerschen Lokale in der Oppenstraße einzufinden. Jeder Festteilnehmer wird gebeten, sich mit einer Eintrittskarte zu versehen, welche 20 Pf. kostet. Damit so viel wie möglich die Kontrolle beim Eintritt in das Festlokal erleichtert wird, sind die Eintrittskarten sichtbar am Hut zu tragen.

Vermischtes.

Auf der Jagd erschossen. In Matzenburg bei Wittenberge hat der Gutspächter Frick auf der Jagd einen Häusler erschossen. Ob ein Unglücksfall oder ein Verbrechen vorliegt, ist noch nicht aufgeklärt. Frick, der anfänglich leugnete, gestand an der Leiche schließlich, den tödlichen Schuß abgegeben zu haben.

Die Kirche hat einen guten Magen! Wenn diese Tatsache auch am drastischsten bei den angesammelten Millionen der toten Hand zutage tritt, so versteht sie jedoch auch im kleinen recht gut zu Geld zu kommen. Eine treffliche Illustration hierzu liefert nachstehende „Kostenrechnung" oder Aufstellung der Trauungsgebühren, welche in der gesamten Aufstellung und spezifizierten Aufzählung der einzelnen Leistungen unwillkürlich an eine Advokatenrechnung erinnert. Die ordnungsliebende und geschäftlich recht gewissenhafte Pfarrei, der diese Aufstellung entstammt, ist die

Stadtpfarrei St. Moritz in Augsburg.

Das denkwürdige Dokument sieht wie folgt aus:

Trauungsgebühren

für . . . . . .

Pfarramt	3,—	M.
Heilige Messe	—,—	„
Trauung	—,80	„
Opfer dem Hochw. H. Pfarrer	—,80	„
St. Johanneswein	—,50	„
Kultusgebühr	2,15	„
Verkünden	3,—	„
2 Dispensschreiben	2,40	„
Dispens	2,—	„
Schreiben nach	—,—	„
3 Stühledecken	1,35	„
Altaraufmachen	2,—	„
Meßner	2,—	„
Kirchendiener	1,—	„
Ministranten	—,50	„
Beleg	—,05	„
Summa	21.55	M.

Besonders klassisch ist der letzte Posten von 5 Pf. für den Beleg, also für die Rechnung selbst. Dieser Posten war in dem gedruckten Formular gar nicht vorgesehen, der die Rechnung ausstellende Beamte hatte offenbar einmal auf einer Rechtsanwaltsaufstellung das ominöse „für dieses" so und soviel Pfennig gesehen und hatte es nunmehr auch in seinem Betriebe praktisch angewendet. Wir bemerken dabei noch, daß, wie der mit der Kostenrechnung Beglückte, ein Arbeiter mit kaum 3 Mark Tagelohn, nicht gerade in den schmeichelhaftesten Ausdrücken mitteilte, der Trauungsakt nur drei bis fünf Minuten gedauert habe und daß ihm als Hochzeitsgabe noch vor Verlassen der Kirche diese hochwürdige Kostenrechnung eingehändigt worden sei. Uns wundert dies nicht, Ordnung ehrt jedes Geschäft, warum sollte sich denn die Kirche derselben schämen.

In Kentucky in den Vereinigten Staaten herrschen noch die Clans (Familiensippen) und die Blutrache ist an der Tagesordnung. Wird dem Mitglied einer Familie ein schweres Leid angetan, so ist die ganze Sippe verpflichtet, es blutig zu rächen und die Vendetta (Blutfehde) nimmt gewöhnlich erst dann ein Ende, wenn ein Clan ausgerottet ist oder auswandert. Daß Mörder gedungen werden, ist in Kentucky nichts Außergewöhnliches. Vor kurzem wurden zwei Beamte der Justiz, ein Richter und ein Sheriff, wegen gedungenen Mordes angeklagt. Der Prozeß fand in einem benachbarten Distrikt statt, denn da, wo das Verbrechen begangen worden war, konnte man kein Geschworenengericht zusammenbringen. Die Schuld der Angeklagten stand zweifellos fest, trotzdem wurden sie freigesprochen, vermutlich deshalb, weil die Geschworenen die Rache fürchteten. Eine amerikanische Zeitung meint, die Moral der Vorgänge in Kentucky liegt in der Erkenntnis, daß ein amerikanisches Gemeinwesen, wenn es nicht von auswärts Bevölkerungszuwachs erhält, auf das Niveau eines Indianerlagers herabsinkt. Die Lynchmorde im Süden, die oft in der grausamsten Weise vor sich gehen, deuten ebenfalls darauf hin.

Die Opfer der „Siris"-Katastrophe. Nach neueren Meldungen soll die Gesamtzahl der bei dem Untergang des „Siris" Ueberlebenden 522, die der Vermißten 270 betragen.

Arbeitseinstellung wegen Hitze. Infolge der enormen Hitze mußten die großen Spinnereien in Lancashire, wo mehrere tausend Frauen beschäftigt sind, die Arbeit einstellen.

Ueberschwemmungen in Texas.

Süd-Texas ist vom Colorado-Fluß, der aus seinen Ufern getreten ist, überflutet. Viele Menschen sind ertrunken. Die Verlustliste wächst stündlich. Hunderte sind obdachlos. Der Sachschaden ist gewaltig. Die Katastrophe wird für die unheilvollste seit der Ueberschwemmung von Galveston gehalten. Die zur Hülfeleistung entsandten Züge sind durch das Wasser abgeschnitten und können nicht weiter. Die Telegraphenleitungen sind unterbrochen. Auch andere Flüsse sind über ihre Ufer getreten und fordern Opfer an Menschenleben. Der Concho-Fluß hat ein 30 englische Meilen langes Gebiet unter Wasser gesetzt. Man hegt Befürchtungen wegen des Schicksals einer Anzahl kleinerer Städte im Innern.

Lese- und Diskutierklub „Wilhelm Liebknecht". Stadtbez. 181a. Jeden vierten Mittwoch im Monat bei O. Elsholz, Schreinerstr. 56.

Allgemeine Familien-Sterbekasse. Heute: Zahltag Ackerstr. 123 bei Wiesenthal von 3—6 Uhr.

Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. Abteilung Charlottenburg. Sonnabend, den 11. August, abends 8 Uhr, im Volkshause, Rosinenstraße 3: Abteilungsversammlung. Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Vortrag. 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten. Erscheinen jedes Kollegen ist Pflicht.

Eingegangene Druckschriften.

„Kommunale Praxis". Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus. Nr. 32. Herausgeber: Dr. Albert Südekum. Preis vierteljährlich 2,50 M. Einzelnummer 30 Pf. Verlag Paul Singer, Berlin. Kommissionsverlag Kaden u. Co., Dresden-A.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

M. T. 56. Eine Beleidigung liegt vor, wenn die Person erkennbar bezeichnet ist und erkannt ist. Korrektheit des Namens ist gleichgültig. — **O. C. 72.** Ihre Angaben über die Gewinnbedingungen sind unklar. Wie es scheint, hat der zweite auf den nächstfolgenden Gewinn Anspruch. Sie haben es doch aber in der Hand, klare Bestimmungen zu treffen. — **111.** Erkundigen Sie sich wegen der Höhe des Stempels beim Distributeur. Eine Hypothek ist im allgemeinen sicherer als ein bloßer Schuldschein; sie gibt eine volle Sicherheit aber nur, wenn das belastete Grundstück wertvoll genug ist, um bei etwaigem Verkauf so viel zu bringen, daß die Hypothek gedeckt wird. Wichtiger als die Nummer der Hypothek ist die Höhe der Belastung. Unterschrift beider Eheleute ist besser. — **Weinrich, Rixdorf, Neckarstr. 11.** Ein solcher Verkauf wäre unzulässig, wahrscheinlich strafbar. — **B. 96.** Es kann nur vom 15. zum 1. gekündigt werden. — **E. Sch. 0.86.** Die Altersrente ist von fixiertem Betrag und unabhängig von der Zahl der geklebten Marken. Unfall liegt anscheinend nicht vor; er könnte nur angenommen werden, wenn die Arbeit, bei der der Schlaganfall eingetreten ist, mit einer außergewöhnlichen, über betriebsüblichen Anstrengung verknüpft war. Krankenversicherungspflicht würde hier nur bestehen, wenn sie durch Kreisstatut eingeführt sein sollte. Stellen Sie den Antrag auf Invalidenrente schriftlich bei der Landesversicherungsanstalt. Die Alimentationspflicht dauert wenigstens bis zum vollendeten 14. Jahre, aber auch darüber hinaus, bis zur Erwerbsfähigkeit des Kindes. — **R. P. 28.** Wenden Sie sich an den deutschen Generalkonsul in Rom, der Ihnen die weiteren Wege zeigen wird. — **G. 26.** Wenn es sich um Grundstücke oder Hypotheken handelt, bedarf es notarieller Form, die überhaupt als zweckmäßig zu empfehlen ist. Die Vollmacht ist zu versteempeln, gehen Sie zum Distributeur. — **R. R. 3773.** Die Frau ist nicht empfangsberechtigt. — **A. J. 888.** Von 6000 M. an wird in Preußen Vermögenssteuer erhoben. Steuerbehörde und Sparkasse haben nichts miteinander zu tun. Zu 3 müssen Sie angeben, um welchen Ort es sich handelt. — **P. B. 30.** Wenn der Lärm sehr erheblich und das Haus sonst ruhig ist, so fordern Sie durch eingeschriebenen Brief den Wirt mit Frist von acht Tagen auf, den Mangel zu beseitigen, widrigenfalls Sie sofort ziehen würden. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist können Sie ziehen. — **S. 99.** Sie haben Anspruch, wenn alle Marken auf Grund der Versicherungspflicht geklebt sind. Wenden Sie sich an die Landesversicherungsanstalt. — **R. R. 39.** Der Vater hat nicht dazwischen zu reden. Die Alimente müssen bezahlt werden, auch wenn die Heirat verweigert wird. Kein Enterbungsgrund. — **H. R. 78.** Reklamieren Sie. — **F. B. 67.** Es kommt auf die Vereinbarung an. Man wird für die Regel annehmen, daß für Beköstigung nichts gezahlt werden soll. Am besten kommen Sie in die Sprechstunde. — Der Satz würde pro Tag zirka eine Mark sein.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 71—75 pr. 100 Pfd., IIa 65—70, IIIa 59—64, IVa 54—58, englische Bullen- 0,00, dänische Bullen- 0,00, holländische Bullen- 0,00. Kalbfleisch, Doppelländer 100—110, Ia 84—95, IIa 74—82, IIIa 62—72. Hammelfleisch Ia 77—82, IIa 67—75. Schweinefleisch 66—72. Rehböcke Ia per Pfd. 0,55—0,65, IIa 0,35—0,54. Rotwild Ia mit Abschußattest, per Pfund 0,40—0,50, IIa 0,00—0,00. Damwild 0,51. Wildschweine pr. Pfd. 0,33. Frischlinge 0,43—0,48. Kaninchen per Stück 0,55—0,60. Wildenten Ia per Stück 1,10—1,20, IIa 0,60. Hühner, alte, per Stück 1,70—2,50, alte, IIa 0,90—1,60, junge, per Stück 0,60—0,90. Tauben, junge, per Stück 0,30—0,45, alte 0,00. Enten, junge per Stück 1,75—2,25, alte per Stück 0,00. Hamburger, junge, per Stück 2,80. Gänse, Ia per Pfund 0,58—0,65, IIa 0,00. Ia per Stück 3,00 bis 3,95. IIa 2,00—2,90. Poulets p. Stück 0,80—1,15, do. klein 0,30—0,70. Hechte pr. 100 Pfd. 94—112. Zander 123—140. Schleie 110—117. Bleie 62—64. Aale, groß 120—125, mittel 103—111, klein 66—75, unsort. 76—95. Plötzen 00. Karpfen 00. Barse 70. Karauschen 86—90. Bunte Fische 56—80. Amerik. Lachs I neuer per 100 Pfd. 110—130, do. II neuer 90—100, do. III neuer 50—75. Seelachs 12—15. Flundern, pomm. I, per Schock 9,00. do. pomm. II 2—3, Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—3, do. klein per Kiste 0,00. Bücklinge, per Wall Kieler 4—5, Stralsunder 4—6. Aale, groß per Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60. Heringe per Schock 4—5. Schellfische Kiste 3—4, do. ½ Kiste 1,50. Kabliau, per 100 Pfd. 10—15. Sardellen, 1902er, per Anker 86,00, 1904er 85,00, 1905er 80,00. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 36—38, mod. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 60—120. Hummern, IIa, 100 Pfd. 00. Krebse, per Schod, große 21,50—28,00, mittel 11—12,00, kleine 5,50, unsort. 8,00. Galizier 0,00. Eier, Land-, per Schock 2,80—3,20. Butter per 100 Pfd. Ia 114—116, IIa 110—113, IIIa 105—108, abfallende 90—100. Saure Gurken, neue, Schock 4,00, Pfeffergurken 4,50. Kartoffeln per 100 Pfd. Rosen 1,75—2,00, neue runde 2,25—2,50, neue blaue 2,25—2,50, neue Zerbster 2,25—2,50. Spinat p. 100 Pfd. 12—15. Karotten p. Schock 3,00—4,00. Selterie, hiesige, p. Schock 1,25—5,00. Zwiebeln 100 Pfd. 3,50—4, Petersilie, grün, Schockdd. 1,00. Kohlrabi p. Schock 0,75—1,00. Rettig, bayr., p. Schock 2,40 bis 4,80. Radieschen p. Schock-Bd. 0,60—0,70. Salat, p. Schock 1,00—1,40. Bohnen, grüne, per 100 Pfund 6—10. Wachsbohnen 10—15. Schoten per 100 Pfd. 11—16. Pfefferlinge per 100 Pfd. 20—28. Mohrrüben per 100 Pfd. 6,00—8,00. Blumenkohl per Mandel 1,00—2,20. Wirsingkohl per Mandel 1,00—2,00. Rotkohl p. Mandel 2—2,50. Weißkohl p. Mandel 1,50 bis 2,00. Steinpilze p. 100 Pfd. 25—30. Gurken, Zerbster, Schock 0,75—1,00, do. Einlege-, Schock 1,00—2,00. do. Rothenb. 2—3,25. do. Liegnitzer 2,00—2,50. Kohlrüben, Mandel 1,00—1,25. Birnen, ital. per 100 Pfd. 15—25, schles. 5—16, Tiroler 14—20, böhmische 5—12. Aepfel, ungar., per 100 Pfund 12—15, italienische 8—15, hiesige 6—16. Stachelbeeren 8—13. Preißelbeeren 12—15. Kirschen, saure 15—25. Blaubeeren per 100 Pfd. 15—16. Pflaumen, ital. runde dunkle per 100 Pfd. 16—25, ital. lange gelbe 15—22, ital. runde 15—25, ungarische 10—12, hiesige 8—25, Reineclaude 10—22. Zitronen, Messina 300 Stück 18,00—20,00, 360 Stück 12,00—16,00, 200 Stück 7,00—12,00, 420 Stück, klein 7,00. Pfirsiche, Werdersche per 100 Pfd. 25—35, französische 20—40, italienische I Kiste 1,50—1,80, do. II Kiste 1,20—1,40, do. III Kiste 0,80—1,10, do. in Körben per 100 Pfd. 20—30.

Witterungsübersicht vom 9. August 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	759	W	2	wolkig	16	Haparanda	755	NNO	4	bedeckt	8
Hamburg	759	OSO	1	bedeckt	15	Petersburg	753	NW	1	bedeckt	11
Berlin	760	WSW	2	bedeckt	16	Scilly	761	W	2	bedeckt	14
Frankf. a. M.	760	O	1	halb bd.	15	Aberdeen	759	NO	2	Regen	12
München	760	SO	2	wolkenl	16	Paris	761	NW	3	heiter	17
Wien	761	Still	—	Nebel	16						

Wetter-Prognose für Freitag, den 10. August 1906.

Zunächst wärmer, bei mäßigen südwestlichen Winden und zunehmender Bewölkung; nachher Regen und wieder etwas kühler.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 8. August. Elbe bei Aussig — 0,19 Meter, bei Dresden — 1,35 Meter, bei Magdeburg + 1,16 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,30 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,14 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4,90 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,38 Meter, bei Frankfurt — 0,04 Meter. — Weichsel bei Brahemünde + 2,58 Meter. — Warthe bei Posen + 0,96 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 10. August.

Anfang 7½ Uhr.
Neues Operntheater. Carmen.

Anfang 8 Uhr.
Berliner. Sherlock Holmes.
Lessing. Die lustige Witwe.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Morwitz-Oper: Die Jüdin.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater). Geschlossen.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Westen. Kinder-Oper. Crispino e la Comare.
Zentral. Nanon.
Trianon. Die herbe Frucht.
Lustspielhaus. Unsere Käte.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Carl Weiß. Adele.
Metropol. Auf ins Metropol.
Apollo. Berlin im Omnibus. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Wintergarten. Torfajada. Spezialit.
Passage. Willy Prager. Spezialit.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Freitag und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ein idealer Gatte.
Sonnabend und folgende Tage:
Ein idealer Gatte.
Lord Goring . . . Harry Walden.

Neues kgl. Operntheater
(Kroll). Anfang 7½ Uhr.
Carmen.
Sonnabend: Gastsp. Franceschina Prevosti: La Traviata.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper.
Heute abend 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Sonnabend zum 25. Male: Don Pasquale.
Sonntag: Hoffmanns Erzählungen.
Montag zu volkstüml. Preisen: Figaros Hochzeit.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr: **Unsere Käte.**
Sommerpreise: Park.-Fauteuil 3,20.

Zentral-Theater.
(Operette). 8 Uhr:
Nanon. Operette in 3 Akten.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr
Das
glänzende
Eröffnungs - Programm.
14 erstklassige Spezialitäten!

Metropol-Theater
Henry Bender. Josef Giampietro. Fritz Massary.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater
10 Uhr! Täglich: 10 Uhr!
Berlin im Omnibus.
Im zweiten Bilde:
Der Omnibus-Trick.
Vorher: Gute Spezialitäten!
Anfang 8 Uhr.
Ab 7½ Uhr: Garten-Konzert.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Täglich im Theater 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuv.

Zoologischer Garten
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes
Militär - Doppel - Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Trianon-Theater.
Täglich 8 Uhr: **Die herbe Frucht.**

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Im Theater: Täglich 8 Uhr:
Adele.
Lebensbild in 5 Akt. v. Hedwig Abt.
Im Sommergarten täglich:
Große Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 Uhr.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
Anfang
Wochentags
8, Sonntags
7 Uhr.

Schweizer Garten
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater-Vorstellung, Spezialitäten u. Ball.
Nord und Süd.
Komische Operette in einem Akt.
Mlle. Martha Bellvert mit ihren dressierten Bären. Olms u. Carbeth, die verrückten Amerikaner.
Jeden Mittwoch:
Kinder-Freuden-Fest.
Damentanz frei.
Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.
Sonntg., Montg. Donnerst. und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanzkränzchen.
Neuester Schlager: Wir von der Kavallerie. Posse.
Entr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.
Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8 U.
Im Vorgart.: Freikonzert.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Das neue August-Programm!
Arbeit schändet nicht.
Volksstück in 3 Bildern v. Reifslingen.
Dazu die erstklassig. Spezialitäten.
Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche von 3 Uhr.
Bei schlecht. Wett.: Vorstell. im Saale.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich Berlins bestes Spezialitäten-Programm.
Steffen Bros
Neiss Troupe
La Matchiché
Paul Coradini
Geltins Tauben.
Das unruhige Haus.
Außerdem: Der Verschwender.
Anfang 4½ Uhr. Im Saale: Ball.
Billettvorverk. v. 10-1 a. d. Theaterkasse.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: **Amor von heute.**
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sands Sportakt.
„Der grüne Teufel."
Große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.
15 Attraktionen ersten Ranges 15.
Der Millionenschneider.
Posse mit Gesang in 2 Akten.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 (Behm- u. Bellermannstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Das neue August-Programm!
Harry Steiner Geschw. Bollini
Max Franconi Garreton Truppe.
„Auf fremder Erde".
Gr. Ausstattungsstück mit Gesang u. Tanz in 3 Bildern von Hugo Schulz.
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest.
Jed. Donnerst.: Gr. Brill.-Feuerwerk.
Volksbelustigungen aller Art.
Die Kaffeeküche ist v. 1 Uhr an geöffnet.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bötel.
Der Troubadour.
Sonntag, nachm. 3 Uhr, bei halben Preisen: Die Zauberflöte.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zum letzten Male: Carmen.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Freitag: Geschlossen.
Morwitz-Oper.
Sonnabend, abends 8 Uhr, popul. Vorst. und bei halben Preisen:
Der Waffenschmied.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bötel:
Der Postillon von Lonjumeau.
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Max Kliems Sommer-Theater.
Hasenheide 13—15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung**
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: die beliebten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Wegen kolossaler Nachfrage bis 30. August prolongiert.
Täglich:
16 Löwen sowie **4 neugeborene Löwen** werden im Publikum herumgezeigt.
Die größte Sensation u. beste Gruppe der Welt: Im Salon des Löwenbändigers. Ein Dompteur, eine Tänzerin im Löwenkäfig und eine Dompteuse mit noch nie gesehenen Tricks. 11 Uhr abends: Fütterung sämtlicher Bestien aus den Händen des Dompteurs.
The Carl Damman-Familie, Amerikas beliebteste Akrobaten,
und das neue beste Programm Berlins.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. — Entree 30 Pf. — Vorzugskarten sind gültig.

Schloß Weißensee.
„Zum Sternecker". Inhaber C. Koch.
Freitags: **Hoffmanns Sänger.** Stets neues Programm. Familien-Freitanz.
Avis! Sonntag:
Große Sehenswürdigkeit **Ausstellung Afrika** nur kurze Zeit.
Futaneger-Karawane. Dorf mit 53 Eingeborenen. Pferde, Kamele usw.; spannende Vorführungen ihrer heimatlichen Gebräuche. Täglich mehrere Vorstellungen. Sonntag vormittag 11½ Uhr: erste Vorstellung, nachm. 4½ Uhr: die zweite usw.
Entree: Erwachsene 50 Pf., Kinder 15 Pf. 1931L

Der politische Massenstreik
war in letzter Zeit wieder Gegenstand eingehender Diskussionen; er wird auch den bevorstehenden Parteitag beschäftigen. Wir empfehlen daher den Parteigenossen zur Orientierung folgende Schriften:

Der politische Massenstreik
und die Sozialdemokratie
Sonderabdruck der Verhandlungen auf dem Parteitage in Jena
Preis 20 Pf.

Der politische Massenstreik
Vortrag von Eduard Bernstein
Konfisziert gewesen!
Preis 20 Pf.

Generalstreik und Sozialdemokratie
von Henriette Roland-Holst
Mit einem Vorwort von Karl Kautsky.
Zweite revidierte und erweiterte Auflage.
Preis 1.50 M.

Expedition des „Vorwärts", BERLIN SW. 68
243/13* Lindenstraße 69 (Laden).

Feldschloß-Brauerei
G. m. b. H.
Berlin: Telephon: Amt II 196,
Gr.-Lichterfelde: Telephon No. 9,
empfiehlt ihre mehrfach prämiierten
Tafelbiere
in Fässern und Flaschen.

Veranlaßt durch die in letzter Zeit sehr oft vorkommenden Klagen über ganz minderwertige Nachahmung des 1886??*
Dänischen
Kapitän-Kautabak
weise ich darauf hin, daß derselbe nur echt ist, wenn in jedem Stück (5 u. 10 Pf.-Rollen oder Schleifen) der Zettel liegt mit Aufschrift:
Dänischer Kapitän-Kautabak (gesetzl. geschützt).
Gen.-Vertr.: C. Röcker, Berlin O., Grüner Weg 112. Amt 7, 3861.
Zu haben in den meisten Zigarrengeschäften.

Spandau!
Teßnows Volksgarten Hakenfelde.
Endstation der Straßenbahn.
Sonntag, den 12. August 1906:
Großes Sommerfest
veranstaltet vom
Sozialdemokrat. Wahlverein Spandau
unter Mitwirkung des Arbeiter-Gesangvereins „Hoffnung", des Arbeiter-Radfahrervereins „Frisch auf" sowie der „Freien Turnerschaft Spandau".
Zur Aufführung gelangen:
Oberschlesische Dorf-Idylle.
Die Festteilnehmer werden gebeten, möglichst in ländlicher Kleidung zu erscheinen.
Die Handlung spielt sich in dem oberschles. Dorfe Holzh—usen ab.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen. Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Bei ungünstigem Wetter finden die Aufführungen soviel als möglich im Saale statt.
Anfang 3½ Uhr nachmittags. Eintritt à Person 20 Pf.
Um zahlreichen Besuch bittet [266] Das Komitee.

1. Deutsch-Amerikanischer Cirkus
von Norton B. Smith, Dir. Nat. Behrens.
Größter und elegantester aller reisender Zeltcirkusse
Berlin, Comeniusplatz, Memelerstraße
Heute und folgende Tage
abends 8 Uhr:
Große Gala-Vorstellung
mit einem hochsensationellen Attraktionsprogramm.
Preise der Plätze: Loge 2,50. Sperrsitz 1,50. 1. Platz 1,25. 2. Platz 80 Pf. Galerie (Stehplatz) 40 Pf. Militär und Kinder unter 12 Jahren bezahlen Wochentag-Abend-Vorstellung 1. Platz 1,—. 2. Platz 60 Pf. Galerie (Stehplatz) 30 Pf. 209/19

Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Progr.
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
◆ Den ganzen Tag Vorstellung. ◆
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 17
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Spezialarzt für 137/13*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

1329L*
Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Plüsch-**Reste!** Mocquetts. Satteltaschen.
Muster b. näh. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

Adler-Motordroschke
sofort lieferbar, Teilzahlung.
Off. u. S. 1 a. d. Exp. d. Ztg.

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein"
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität".
Morgen,
Sonnabend, den 11. August:
Vereins-Sommervergnügen
im „Moabiter Gesellschaftshause", Emdenerstr. 33/35 und Wiclefstr. 24.
Konzert, Spezialitäten, Reigenfahren, Tanz etc.
Bei schlechtem Wetter findet Konzert u. Vorstellung im großen Saale statt.
Eintritt 20 Pf. Anfang 6 Uhr.
Es ladet freundlichst ein
Das Festkomitee.

Touren
zum Sonntag, den 12. August.
1. Abt. nachmittags 1 Uhr nach Baumschulenweg. Start Bülowstr. 58.
2. Abt. nachm. 1½ Uhr nach Schlachtensee (Neues Gesellschaftshaus). Start Urbanstr. 7.
3. Abt. früh 6 Uhr nach dem Werlsee (Fichtenau). Nachm. 1 Uhr Familientour nach Kiekemal (Heidekrug). Starts Mariannenplatz.
4. Abt. nachm. 2 Uhr. Wohin? wird am Start Küstriner Platz bekanntgegeben.
5. Abt. früh 5 Uhr nach Wriezen (45 Kilometer). Nachm. 2 Uhr nach Sadowa (Eslugs Restaurant). Starts Elysium.
6. Abt. mittags 12 Uhr nach Neue Spitzmühle. Start Oderbergerstr. 30 (Genossenschaft).
7. Abt. früh 6 Uhr nach Groß-Schönebeck. Nachm. 1 Uhr nach dem Gorinsee bei Schönwalde. Starts Kösliner Hof.
8. Abt. nachm. 1½ Uhr Familientour nach Schulzendorf (Reye). Start Stefanplatz.
9. Abt. nachm. 1 Uhr. Wohin? wird am Start Schillingstraße 22 bekanntgegeben.
27/3
Dienstag, den 14. August: Sitzung d. Agitationskommission bei Ostrowski, Schillingstraße 24.

Fahrräder! Billig!
M. 48, 55, 60, 75,

Freilauf 6 M. mehr.
5 Jahre Garantie.
Willi Haussherr
Berlin 127 Alte Jacobstrasse 88

J. Baer
Badstr. 26, Ecke Prinz.-Allee
Herren- und Knaben-Moden. Berufskleidung.
Elegante Paletots.
Großes Lager in- und ausländischer Stoffe, zur Anfertigung nach Maß.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Das Auge sieht nicht
wie viel Bakterien oft in dem Essig, der konsumiert wird, enthalten sind, denn sonst würden Sie fortan Ihren Essig nur noch selbst bereiten, und zwar aus Reichels Essig-Essenz, Marke „Lichtherz". — Originalflasche, für 12 Weinflaschen Essig ausreichend, Mk. 1.—, ½ Fl. 55 Pf. Für leere Flaschen 5 bezw. 10 Pf. zurück. Ueberall in den Drogerien usw. erhältlich, wo nicht, direkter Versand von der Fabrik 1942L
Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4.
Man verlange und nehme nur Reichels Essig-Essenz u. achte auf unverletzt. Kapselverschluß m. Marke „Lichtherz".

Jedermann erspart „Zeit und Geld"
wenn er vor Antritt einer Reise oder Ausflug die nötigen Ansichtskarten besorgt in der 146/7
Ansichtskarten-Ausstellung
„Bediene dich selbst"
Berlin, Friedrichstraße 164, Ecke Passage.
Ansichtskarten der ganzen Welt vorrätig.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Drechsler. Achtung!

Sonntag, 12. August: **Herrenpartie nach Bernau.**

Abfahrt früh 7½ Uhr vom Stettiner Bahnhof.

Die Kommission.

Kistenmacher.

Montag, 13. August, abends 8½ Uhr, bei Franke, Sebastianstr. 39:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Arbeiterbewegung und Christentum. Referent: Kollege O. Danske. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

Die Kommission.

Achtung! Küchenmöbel-Branche. Achtung!

Sonntag, 12. August, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Versammlung

aller in der Branche beschäftigten

Tischler und Maler für Berlin u. Vororte.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommissionen. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Die Kollegen werden ersucht alle zu erscheinen. **Die Kommission.**

Einsetzer.

Am Sonntag werden von 9 Uhr ab in allen Bezirkslokalen **Beiträge entgegengenommen.**

Vereinigung der Maler, Lackierer und Anstreicher.

Melchiorstraße 28. **Filiale Berlin.** Tel.: Amt 4, 4787.

Sonntag, den 12. August, vorm. 10 Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstraße 27c:

Versammlung der Küchenmöbelbranche Berlins u. Umg.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig.

125/18 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Dachdecker.

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 12. August 1906, vormittags 10 Uhr, bei Feind, Weinstraße 11:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Urabstimmung über den Antrag Frankfurt (Oder). 2. Verbandsangelegenheiten. 54/15

Kollegen! Die Tagesordnung ist eine hochwichtige. Erscheint darum zahlreich und pünktlich. **Der Vorstand.**

Verband der Hafenarbeiter u. verw. Berufsg.

Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin.

Sonntag, den 12. August 1906, vormittags 10½ Uhr:

General-Versammlung

im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72.

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 3. Verbandsangelegenheiten. 19/6

NB. Kollegen! Angesichts der wichtigen Tagesordnung ist es Ehre und Pflicht, Mann für Mann zu erscheinen, in Euren Händen liegt es, wer für das kommende Geschäftsjahr dem Vorstande angehören soll, darum fehle niemand.

Mitgliedsbuch legitimiert! **Der Vorstand.**

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Sektion der Putzer.

Sonntag, den 12. August, vorm. 10½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Das Verschulden der örtlichen Verwaltung in der Demminer Streikbruchaffäre.
2. Die Abstempelung der Mitgliedsbücher in den Bezirksversammlungen.
3. Abrechnung vom zweiten Quartal 1906. 134/12
4. Verschiedenes.

In Anbetracht der reichhaltigen und wichtigen Tagesordnung ersuchen wir die Mitglieder pünktlich und zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die örtliche Verwaltung. J. A.: **H. Neumann.**

NB. Die **nächsten Bezirksversammlungen** finden am **Mittwoch, den 15. August,** abends 8 Uhr, in den bekannten Lokalen statt. D. O.

Verband der baugewerblichen Hülfsarbeiter

Deutschlands. ××× Zweigverein Berlin.

Sonntag, den 12. August, vormittags 10 Uhr, in Buggenhagens Etablissement, Moritzplatz:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 35/19*
1. Kassenbericht vom 2. Quartal 1906. 2. Die Vorkommnisse bei dem Streik der Fahrstuhlarbeiter der Firma Lähn. 3. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt!

Um rege Beteiligung ersucht **Der Zweigvereinsvorstand.**

Die Kollegen von den Bauten Helmholtzstraße, Rixdorf, Fontanestraße, Wiesenstraße, Samoastraße, Amsterdamerstraße und Schwedtbeinerstraße, welche die Arbeit der streikenden Fahrstuhlarbeiter während des Streiks aufgenommen haben, sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Zentralverband der Glaser Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Heute, Freitag, den 10. August, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 1).

Tages-Ordnung:

Bericht über den Stand der Aussperrung.

Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder wird verlangt, da **wichtige** Beschlüsse zu fassen sind.

NB. **Achtung!** Von nächster Woche an werden **graue** Berechtigungskarten ausgegeben.

Die Ausgabe findet **nur** Sonnabends von 4—10 Uhr im Gewerkschaftshause (Kegelbahn) statt.

74/2 **Die Streikleitung.**

Freie Vereinigung der Maurer Deutschl.

Ortsverein Berlin.

Abteilung sämtlicher Putzer.

Freitag, den 10. August 1906, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei Wilke, Brunnenstraße Nr. 188.

Tages-Ordnung: 130/6*

1. Ist die Abteilung der Putzer innerhalb der Freien Vereinigung notwendig und berechtigt? Referent Kollege **Julius Gehl.** 2. Diskussion.

NB. Von 8 Uhr an werden in der Versammlung Beiträge kassiert und Mitglieder aufgenommen. — Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Stettin-Skandinavien

vermittelst hochelegant mit allem Komfort eingerichteter Schnelldampfer

Stettin-Kopenhagen-Christiania (via Frederikshavn) **jeden Sonnabend und Mittwoch nachm. 2½ Uhr.**

Stettin-Kopenhagen-Gothenburg **jeden Dienstag u. Freitag** nachm. 2½ Uhr.

Prospekte gratis und franko durch 124/7*

Gust. Metzler, Stettin P. **Det Forenede Dampskibs Selskab Kopenhagen.**

Vertrauensvoll

wende sich ein jeder, der ein gutes Geschäft (Branche gleich) oder Grundstück kaufen oder verkaufen will, an die **Geschäfts-Verkaufsbörse,** Berlin, Zimmerstraße 30. Auskünfte kostenfrei. Eine Karte genügt und wir sprechen vor. 143/3*

Glänzende Existenz.

Wirklich soliden und nüchternen Schlossern und Monteuren 2c. geben wir schon bei geringer Anzahlung Motordroschken, erstklassige Marken. Am besten übernehmen 2 Reflektanten einen Wagen. *

Berliner Automobilhaus- u. Industrie-Gesellschaft m. b. H. W., Uhlandstr. 170

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt 4, 3353. **Verwaltungsstelle Berlin** Engel-Ufer 15. **Hauptbureau:** Zimmer 1—5, Amt 4, 9679.

Sonntag, den 12. August, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung aller in den Emaillierwerken

beschäftigten Kollegen und Kolleginnen

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5.

Tages-Ordnung:
1. „Die Entwickelung der Arbeiterbewegung". Referent: Koll. **Mahle.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zur Beachtung!

Mitglieder, welche noch im Besitz von **Bibliotheksbüchern** sind, machen wir noch einmal aufmerksam, daß **dieselben** so schnell wie möglich abzuliefern sind, um eine unnötige längere Schließung der Bibliothek zu vermeiden. Die Vorort-Bibliotheken brauchen nicht geschlossen zu werden.

Wir machen hierdurch aufmerksam, daß die Erwerbslosenunterstützung **in Krankheitsfällen** nicht, wie früher angegeben wurde, an zwei Tagen in der Woche, sondern **täglich,** mit Ausnahme Sonntags, von 9 bis 2 Uhr, im Zimmer 34, Engel-Ufer 15, in Empfang genommen werden kann. 123/14 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Steinarbeiter.

Berlin I.

Freitag, den 10. August 1906, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im „Englischen Garten", Alexanderstraße Nr. 27c.

Tages-Ordnung: 172/20*
1. Antrag der Verwaltung: Beitragserhöhung. 2. Antrag der Verwaltung: Einführung eines Ortsstatuts. 3. Unterstützungsgesuche. 4. Der jeweilige Stand der Aussperrung in Berlin und des Streiks im Muschelkalkgebiete. 5. Verschiedenes.

Kollegen, in dieser Versammlung darf niemand fehlen!

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Die Statistik wird nur noch in dieser Versammlung abgenommen. Auch ersuchen wir, endlich mit den Billetts vom Sommerfest abzurechnen.

Der Vorstand. J. A.: **Hanschke.**

H. Zimmermann

Berlin SO. **Juwelier** **Oranienstr. 206**

Gold- und Silberwaren-Fabrik, Uhren-Großhandlung. 1669L*

Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.

Streng reell. — Billigste Preise.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Skalitzerstraße 40. 1663R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 266/14*

Hochvornehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Maßstoffen gefertigt wurden, 18 bis 38,00, Herrenhosen 7—12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe.

Kleiderspind 20 Mark, Kommode 21, Vertiko 29, furniertes Kleiderspindvertiko, modern 40, Säulenschränke 54, Garderobenschränke 38, Waschtoiletten 21, Ruhebett 27, Schlafsofa 38. Muschelbettstelle, englische Schlafzimmer, Küchenmöbel. Auch Teilzahlung. Transport frei. Wallstraße 81. 146/12*

Restaurationen, mehrere gutgehende, passend für Parteigenossen, kein Agent, zu erfragen bei Bäumler, Schöneberg, Martin Lutherstraße 51, Laden. †104*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Katz, Mulackstraße 14. 408b*

Gaskocherhaus! Einlochgaskocher! 0,75. Geschlossene Spargaskocher! 5,00. Gasbügelapparat, Gasplätteisen spottbillig! Gasbrenner! 1½, Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32 (Beleuchtungshaus I). 1696R*

Hohe Vergütung bei Ringschiffchen Bobbin, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. †88*

Nähmaschinen. Zahle bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Brauser, Tilsiterstraße 90. †37*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

See- und waldreicher Vorort, Chaussee, Wald, Landparzellen, Quadratmeter 40 Pfennige an. Besitzer Kleinmann, Stolpischestraße 3.

Kraustraße 50, Möbel, Spiegel, Polsterwaren spottbillig, weil die hohen Ladenmieten spare. 428b*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Schankgeschäft umständehalber zu verkaufen. Auskunft Rügenerstraße 24, Spedition. †98

Schleunigst hochelegante Metallbetten, komplett 45,00, 4 Stuhlen Nußbaummöbel, Harmonika 3,00, Klavierzither 7,50. Landsbergerstraße 42 II. 457b

Milchgeschäft, passend für Anfänger, verkauft Tilsiterstraße 9. †38

Kanarienroller 6,00, Jerusalemerstraße 7, Quergebäude III. 146/14

Ringschiffchen 18,00, gut nähend, Jüdenstraße 47 II. 146/17

Frettchen, gute, junge Albiner, verkauft Friedrich, Richardstraße 111. Quergebäude III. †118

Damenhemden, Herzfassen, aus gutem Hemdentuch, Viertelduzend 4,00, drei Herrenhemden 3,50. Ausstattungen sowie einzelne Reisemuster spottbillig. Wäschefabrik Salomonsky, Dircksenstraße 21, Alexanderplatz.

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Warschauerstraße 67, Wiesenstr. 1/6, Ackerstraße 111. 1435

Verschiedenes.

Freie Scholle. Waidmannslust-Tegel findet am 12. August ein großes Ernte-Kinderfest statt. Freunde, Genossen ladet ein das Komitee. 1738R*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 267b*

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 1667R*

Rixdorf, Kniesebeckstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettsaal (600 Personen). Sonntags Freikonzert und Ball. †117*

Saalgeschäft zu kaufen oder zu pachten gesucht, am liebsten in mittlerer oder größerer Stadt. Ausführliche Angebote unter J. F. 948 an Haasenstein u. Vogler, Magdeburg.

Teilzahlung! Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Marcus, Landsbergerstraße 75. 456b

Aufpolsterung Sofa 4,50, Matratze 3,50. Buchholz, Hussitenstraße 57, vorn II. †91

Vermietungen.

Klempnerei mit Werkstatt und Wohnung (18 Jahre mit großem Erfolg betrieben), Großbeerenstraße 44 parterre, 1. Oktober zu vermieten. Näheres nur hochparterre rechts. *

Für Anfänger (Barbiere, Schuhmacher usw.) Läden, Wohnungen. Kiekemal, Bahnhof Köpenick, Ebereschen-Allee 3. 422b*

Wohnungen.

Müllerstraße 25, Wedding, gesunde Wohnungen 20 Mark. 402b*

Zwei Zimmer, vorn, mit Balkon oder Erker, 33—36 Mark, Seestr. 68 h.

Stube und Küche, 21 und 22 M., Seestraße 68 h. Näheres beim Wirt.

Schlafstellen.

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle gesucht. Frau Jacobey, Kolbergerstraße 26, III. *

Mietsgesuche.

Moabit sucht anständiger Herr einfach möbliertes Zimmer. Preisofferten Sehr. 27 Postamt 61. 445b

Leeres Zimmer, Nähe Andreasplatz, sofort gesucht. Offerten G. S. Postamt 51. 146/15

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur ausgebildet. Glänzendste Erfolge. Lehrpläne kostenlos. Autotechnikum Berlin, Spichernstraße 11/12.

Junger Pantinenmacher (Nagler) findet sofort oder später bei gutem Lohn dauernde Arbeit. Robert Hedderich, Eisleben. 447b

Putz-Schablonenmacher, Barthelmann, Wilhelmshavenerstraße 19.

Schildermaler, mit allem vertraut, dauernde Stellung, sucht sofort Riesch, Alte Jakobstraße 25. 451b

Tüchtige Kesselschmiede für dauernde Arbeit sucht Carl Bonnoh, Weißenseer, Langhansstraße 123. 448b

Papierzuschneider, welcher schon in Kartonfabrik gearbeitet hat, verlangt Hermann Mielke u. Co., Frankfurter Allee 60. †38

Zeitungsfrauen verlangt Walter Witwe, Kronenstraße 65. 452b

Botenfrauen finden sofort sehr lohnende Beschäftigung Schiffbauerdamm 1. 146/16*

Tüchtige Verzererin suchen bei hohem Lohn und dauernder Stellung per sort Magdeburger Gold- und Politurleistenfabrik Friesenstraße 15.

Zeitungsfrauen verlangt für den Bezirk Englische- und Gutenbergstraße, „Vorwärts"-Spedition, Sesenheimerstraße 1. †125

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Redakteur und Expedient gesucht!

Für das vom 1. Oktober d. J. ab neu erscheinende Parteiorgan „Weimarische Volkszeitung" (Redaktion und Expedition in Jena) werden bis zum 20. September d. J. ein Redakteur u. ein Expedient gesucht. Genossen, die mit den weimarischen Verhältnissen vertraut sind, erhalten den Vorzug. Offerten mit Gehaltsansprüchen wolle man bis 1. September an H. Leber, Jena, Magdelstieg 3, einreichen. 1939g

---

Achtung! Achtung!

Kürschner

Wegen Differenzen haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der **Mützenfabrik von S. Gärtner & Co., Marktstr. 50,** die Arbeit niedergelegt. **Zuzug ist streng** fernzuhalten. 102/15*

Verband der Kürschner Berlins und Umgegend.

Deutscher Kürschner-Verband (Zahlstelle Berlin.)

Achtung!

Die Holzbearbeitungsfabrik **Nadge, Palisadenstr. 77/78** und **Rummelsburg, Wilhelmstrand,** ist für Maschinenarbeiter sowie Hülfsarbeiter **gesperrt!** Sämtliche Arbeiter befinden sich im Ausstande.

Verband der Handels- und Transportarbeiter. Verband der Maschinenarbeiter.

Deutsch. Buchbinderverband

(Zahlstelle Berlin).

Folgende Firmen sind, weil Einstellungen nach dem abgeschlossenen Vertrage nicht erfolgt sind, bis auf weiteres gesperrt:

Xaver Kölle, Reichenbergerstraße 33.
Fleck Nachf., Lützowstr. 87.
Ad. Wittenburg, Wilhelmstraße 16.
F. O. Agthe, Wilhelmstr. 119/20.
Ad. Schoß, Puttkamerstraße 19 und Dessauerstraße 14.
Kartonfabrik Ad. Lesser, Kraustraße, für Kartonarbeiter, u. für Galanteriearbeiter die Firma **Aloys Suk,** Neanderstr. 4.

Vor Arbeitsannahme in den Verbandsbetrieben, auch durch den paritätischen Facharbeitsnachweis ist Information auf dem Bureau, Engel-ufer 15 II, Zimmer 21, einzuholen.

24/12 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

In der Pianofabrik von **Bell & Co., Andreasstr. 32,** haben sämtliche Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. 141/16*

Zuzug ist fernzuhalten.

Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.